



## DIPLOMARBEIT

**Paradigmen in der österreichischen Wirtschaftspolitik:**

**Bedeutung für Instrumente der Regionalentwicklung**

Eine Analyse der Budgetreden der Jahre 1975 bis 2013

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades eines Diplom-Ingenieurs

unter der Leitung von

**Univ.Prof. Mag. Dr. Michael Getzner**

Fachbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik (E280-3)

im Department für Raumplanung (E280)

eingereicht an der Technischen Universität Wien

Fakultät für Raumplanung

von

**Dominik Lörnitzo (Verfasser)**

Matr.-Nr. 0652221

Wien, am 7.4. 2015



# Inhaltsverzeichnis

<b>Abstract</b> .....	<b>5</b>
<b>Einleitung und Problemstellung</b> .....	<b>6</b>
<b>1. Ökonomietheorien</b> .....	<b>7</b>
1.1. Historischer Hintergrund von Ökonomietheorien .....	7
1.2. Historische Entwicklung ökonomischer Theorien .....	8
<b>2. Neoklassische Theorie</b> .....	<b>12</b>
2.1. Einführung und historischer Hintergrund .....	12
2.2. Inhalte der Neoklassischen Theorie .....	13
2.3. Übergang zum Keynesianismus.....	19
<b>3. Keynesianismus</b> .....	<b>20</b>
3.1. Einführung .....	20
3.2. Historischer Hintergrund .....	20
3.3. Wirtschaftslehre des Keynesianismus.....	22
3.4. Auswirkungen des Keynesianismus.....	25
3.5. Unterschiede zwischen Neoklassischer Theorie und dem Keynesianismus .....	26
<b>4. Weitere Ökonomietheorien</b> .....	<b>28</b>
4.1. Monetarismus .....	28
4.2. Neuere Entwicklungen in der Makroökonomik .....	30
4.2.1. Neue Klassische Makroökonomik .....	31
4.2.2. Neue Keynesianische Makroökonomik.....	32
<b>5. Neue Politische Ökonomie – Public Choice</b> .....	<b>33</b>
5.1. Allgemeiner Überblick und Entstehung.....	33
5.2. Inhaltliche Schwerpunkte der NPÖ .....	35
5.2.1. A. Downs: Ökonomische Theorie der Demokratie .....	37
5.2.2. W.A. Niskanen: Ökonomische Theorie der Bürokratie.....	38
5.2.3. M. Olson: Die Logik des kollektiven Handelns .....	40
5.3. Weitere Theorien in der „Neuen politischen Ökonomie“ .....	41
5.3.1. Principal-Agent-Theorie (Meckling 1976).....	41
5.3.2. Ökonomische Theorie des rent-seeking (Tullock 1967, Anne Krueger 1974) .....	42
5.4. Zusammenfassung.....	42
<b>6. Wirtschaftspolitische Entwicklungen in Österreich</b> .....	<b>43</b>
6.1. Österreichs Wirtschaft im „Goldenen Zeitalter“ der Nachkriegszeit .....	43
6.2. Ölpreiskrise und Entstehung des „Austro-Keynesianismus“:.....	44

6.3.	Regierungsperioden zwischen 1983 und 1994 – Aufkeimender Monetarismus und Verzicht auf aktive Konjunkturpolitik .....	48
6.4.	Zeitalter der Spar- und Reformpolitik (1995 bis 2007) .....	50
6.5.	Wiederaufleben der großen Koalition (2007 bis 2014) .....	52
<b>7.</b>	<b>Bedeutung der Paradigmen für die Regionalentwicklung .....</b>	<b>55</b>
7.1.	Räumliche Wachstumstheorien .....	55
7.1.1.	Neoklassische Theorie .....	56
7.1.2.	Polarisationstheorie .....	57
7.1.3.	Endogene Wachstumstheorie .....	58
7.2.	Regionalentwicklung in Österreich .....	59
<b>8.</b>	<b>Konzeption und Methode .....</b>	<b>63</b>
8.1.	Forschungsfragen .....	63
8.2.	Untersuchungsgegenstand der Analyse .....	65
8.3.	Methodik .....	67
8.4.	Analyse und Indikator .....	73
<b>9.</b>	<b>Ergebnisse der empirischen Untersuchung .....</b>	<b>76</b>
9.1.	Konjunkturbelebende Fiskalpolitik als allgemeine Zielsetzung .....	76
9.2.	Staatausgaben erhöhen - Ausdehnung der Investitionen .....	78
9.3.	Senkung der Staatseinnahmen - geringere Belastung des Steuerzahlers .....	80
9.4.	Expansive Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik .....	83
9.5.	Anwendung restriktiver Fiskalpolitik zur Eindämmung der Staatsschulden .....	85
9.6.	Einsparungen der Staatsausgaben zum Abbau des Budgetdefizits .....	88
9.7.	Erhöhung der öffentlichen Einnahmen zum Schuldenabbau .....	90
9.8.	Liberalisierung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes .....	92
9.9.	Regionalpolitische Instrumente und Schlagwörter in österreichischen Budgetreden .....	94
<b>10.</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>97</b>
10.1.	Fiskalpolitik .....	97
10.2.	Regionalpolitik .....	98
10.3.	Schlussfolgerungen .....	100
<b>11.</b>	<b>Quellenverzeichnis .....</b>	<b>102</b>
11.1.	Schriftliche Quellen .....	102
11.2.	Online-Quellen .....	104
11.3.	Tabellenverzeichnis .....	106
11.4.	Abbildungsverzeichnis .....	107
11.5.	Anhang .....	108

## **Abstract**

Wirtschaftspolitische Paradigmen haben politische Entscheidungen innerhalb des letzten Jahrhunderts weitgehend beeinflusst. Diese Arbeit hat sich als Ziel gesetzt, die Anwendung fiskal- als auch regionalpolitischer Theorien innerhalb der österreichischen Bundespolitik zu untersuchen. Der theoretische Part dieser Arbeit gibt einen Überblick auf die historische Entwicklung ökonomischer Theorien im Allgemeinen. Zudem fasst er wirtschafts- und regionalpolitische Entwicklung in Österreich sowie deren verwendete Instrumente kurz zusammen. Im empirischen Teil erfolgt eine Analyse der Budgetreden der österreichischen Finanzminister zwischen 1975 und 2013 anhand der Verwendung ausgewählter fiskal- sowie regionalpolitischer Schlagwörter. Zum Abschluss soll ein Vergleich der Schlagwörter mit wirtschaftspolitischen Indikatoren sowie den einzelnen Regierungsperioden die Auswirkungen der politischen Handlungen mit den in den Budgetreden erwähnten Maßnahmen untersuchen.

Within the past century, political decisions have widely influenced several instruments of economic policy. In this thesis, these theories will be reflected in Austria, from both, a political economic as well as regional economic point of view. After giving an impression of the development of political economic theories in general, the first part of this thesis summarizes economic political and regional economic processes in Austria.

The second part then analyses the Austrian finance ministers' budgetary speeches between 1975 and 2013 and counts the use of selected keywords describing political economic and regional economic aspects. Finally, to better evaluate the acting of austrian governing parties, these keywords will be compared to the economical development of the country, comparing each governments initiatives with its actual outcome.

## Einleitung und Problemstellung

Eines der wichtigsten Kennzeichen moderner Gesellschaften stellt die enge Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Politik dar. Dies ist für alle unterschiedlichen Gesellschaftsformen, seien es nun Demokratien oder Diktaturen, aber auch Industrienationen und Entwicklungsländer, gleichsam gültig. Eine der relevantesten staatlichen Funktionen ist jene der Allokation. Daher ist der Staat als Bereitsteller vieler öffentlicher Güter in der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken. So wird das Angebot an Infrastrukturleistungen größtenteils politisch bestimmt, aber auch im Bildungs- und Gesundheitsbereich übernimmt die öffentliche Hand in der Bereitstellung von Gütern eine tragende Rolle. Mit Ende des Zweiten Weltkrieges wird dem Staat zudem eine starke Verantwortung für die Stabilisierung der Konjunktur zugeteilt. Die „erfolgreiche“ Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit wird als Aufgabe der Regierung gesehen, die wiederum, sollte sie an diesen Aufgaben scheitern, von der Bevölkerung auch verantwortlich gemacht wird. Des Weiteren wird dem Staat auch in der Sicherung des Wirtschaftswachstums eine wichtige Rolle zugetragen (Frey, 1979). Österreich erlebte innerhalb der letzten 40 Jahre viele politische aber auch wirtschaftliche Änderungen und die regierenden Politiker wurden vor immer neue Herausforderungen gestellt. Trotzdem gelang es jeder Regierung, mittels diverser fiskalpolitischer Maßnahmen auf diese Herausforderungen zu reagieren und somit auf unterschiedliche Weise zur Entwicklung des Landes beizutragen. Als stark regional geprägtes Land, galt der Fokus auch der strukturellen Entwicklung des Landes, um ein gesamtwirtschaftliches Wachstum flächendeckend zu erzielen.

Diese Arbeit geht nicht nur auf die unterschiedlichen fiskalpolitischen Maßnahmen ein, die Regierungen in den letzten Jahrzehnten praktizierten, sondern wirft auch einen Blick auf die regionalpolitischen Entwicklungen und deren Stellenwert innerhalb der einzelnen Regierungsperioden.

# 1. Ökonomietheorien

## 1.1. Historischer Hintergrund von Ökonomietheorien

Als Ökonomietheorien werden im klassischen Sinne jene Teilbereiche der Volkswirtschaftslehre bezeichnet, die sich mit den grundlegenden Abläufen und Zusammenhängen volkswirtschaftlicher Art befassen. Ökonomische Theorien umfassen all jene Versuche, wirtschaftliche Erscheinungen und Phänomene wie z.B. Preis, Verteilung und Beschäftigung systematisch zu erklären. Außerdem ist die Geschichte der ökonomischen Theorie gleichzeitig auch die Geschichte des systematischen Denkens über wirtschaftliche und soziale Probleme (dies entspricht wirtschaftlichen und sozialen Ideen). Diese Probleme sind beispielsweise jene des Preises, sowie Probleme der Geldpolitik, der Einkommensverteilung oder Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit (Bortis, 2012; S.1.).

In der Ökonomiegeschichte wurde dieses systematische Denken über hunderte von Jahren in verschiedene Denkmodelle gepackt, aus denen sich wiederum eine Vielzahl von Theorien weiter entwickelte. Bevor in diesem Kapitel nun einige dieser Theorien und Denkrichtungen dargestellt werden, wird noch einmal kurz auf die unterschiedlichen Arten ökonomischer Aussagen eingegangen. Grundsätzlich gilt es in der Ökonomie zwischen zwei verschiedenen Arten von theoretischen Aussagen zu unterscheiden: **positiven Theorien und normativen Theorien.**

Positive Theorien versuchen in erster Linie wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und diese neutral zu beschreiben, ohne dabei Werturteile zu fällen. Hier gibt es auch einige Überschneidungen zu philosophischen Ansätzen, da sich die Ökonomie hier auch Erkenntnissen aus Entscheidungs- und Spieltheorie bedient (ein klassisches Modell einer positiven Theorie ist das „*homo-oeconomicus-Modell*“, welches später noch genauer dargestellt wird). Diese behandeln zumeist Beziehungen von Ursache und Wirkung, es geht daher um systematische

Erklärungen von ökonomischen Phänomenen – wie zum Beispiel die Frage nach dem Zustandekommen des Preises oder der Einkommensverteilung (ebd.).

Normative Theorien behandeln vor allem „Sollens-Aussagen“, sie beschäftigen sich daher mit der Frage, wie eine Wirtschaft idealerweise aussehen soll. Demgemäß wird eine Art Idealbild dargestellt, dessen Aussagen daher auch sehr oft ideologisch motiviert ist. Normative Theorien geben damit Auskunft über Ziele, die anzustreben sind (in welche Richtung sollte man gehen, mehr oder weniger staatliches Handeln?) ein klassischer Vertreter ist beispielsweise die Neoklassische Theorie. Normative Theorien basieren also auf positiven Theorien und müssen sich auch ändern, wenn diese sich etwa durch neue Erkenntnisse ändern sollten.

Die Ziele, welche Theorien bevorzugt werden in erster Linie von der Politik gesetzt, indem ein gewisses Verhalten der verschiedenen Wettbewerbsteilnehmer gefordert wird (rational oder Nutzen-maximierend). Es obliegt hier also der Entscheidung von Politikern in welchem Interesse gehandelt wird und welche Interessen bevorzugt werden. Auch diese Problematik stellt einen wesentlichen Schwerpunkt dieser Arbeit dar.

## **1.2. Historische Entwicklung ökonomischer Theorien**

Historisch betrachtet sind ökonomische Theorien auf den ersten Blick eine sehr junge Wissenschaft. Allerdings sind schon bei den ersten Philosophen des Altertums (denn Aristoteles tätigte bereits Überlegungen zur Produktion, der Verteilung und des Gütertausches von Haushalten) und auch bei einigen Theologen des Altertums (Thomas von Aquin – „Lehre vom gerechneten Preis“) wirtschaftswissenschaftliche Denkweisen belegt. (Gabler, online).

Eine grundlegende Auseinandersetzung mit wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen entsteht, bedingt durch das Aufkommen der Nationalstaaten im 17. und 18. Jahrhundert, jedoch

erst in der Neuzeit. Im Europa der Frühmoderne war der Merkantilismus, einem Bündel von politischen Maßnahmen, bei dem Geld im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stand und dessen Ziel des staatlichen Handels eine aktive Handelsbilanz war, die vorherrschende ökonomische Denkweise (Seiser et. al, online). Die erste gesamtwirtschaftliche Betrachtung stammt vom ursprünglichen Leibarzt König Ludwig XV. Francois Quesnay, der in seinem Hauptwerk „Tableau Économique (1758)“ den wirtschaftlichen Kreislauf schematisiert und somit zum Begründer der Physiokraten avanciert. Die Physiokraten untersuchten erstmals ökonomische Prozesse unter der Ansicht der Förderung des Wohlstandes eines gesamten Volkes.

1776 erschien das Hauptwerk des schottischen Ökonomen Adam Smith, „*An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*“, in dem er zahlreiche wirtschaftstheoretische Erkenntnisse diverser Vordenker zusammenfasste und die „unsichtbare Hand“ als Metapher für die selbstregulierende Wirkung des Marktes einführte („das Selbstinteresse wirkt selbst als stärkster Hebel des Gesamtinteresses“). Smith galt als starker Kritiker des Merkantilismus und Begründer der klassischen Nationalökonomie. (Stiller, 2012; S.12). Die volkswirtschaftlichen Theorien von Smith wurden in weiterer Folge u.a. von David Ricardo ausgebaut und verfeinert. Ricardo entwickelte auch die Theorie der komparativen Kostenvorteile und begründete damit sein Außenhandelsmodell (Außenhandel lohnt sich für alle Volkswirtschaften, auch für jene, die gegenüber anderen über Kostennachteile verfügen). Auch John Stuart Mill übernahm die Lehre von Adam Smith, überarbeitete die vorherrschenden theoretischen Ansichten und vollendete somit die Entwicklung der klassischen Lehre. Diese kennzeichnete sich vor allem durch eine fließende Forderung an den Staat, sich aus dem Wirtschaftsleben herauszuhalten. Im Speziellen besonnte er sich auf zwei Funktionen: die Verantwortung für innere und äußere Sicherheit, sowie die Schaffung eines geeigneten Rechtssystems mit Handelsfreiheit und Garantie des Privateigentums (Schleicher, 2009; F.3f).

Die klassische Lehre wurde auf dem europäischen Festland u.a. vom deutschen Philosoph Karl Marx übernommen und weiter geprägt. Marx fokussierte sich in seinem Hauptwerk „*Das Kapital*“ (1867) auf die Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und deren Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung. Er hatte damit auch starken Einfluss auf die ökonomischen Theorien des 20. Jahrhunderts. In der „klassischen Nationalökonomie“ wurde die Marktwirtschaft als ein selbst regulierendes System natürlicher Freiheit definiert, das vom Eigennutz des Individuums angeführt wird und zum Wohle aller führen soll (Buhr, 2014; S.15).

Mit dem Ende des 19. Jahrhunderts fand die Lehre der Ökonomie eine akademische und damit auch soziale Anerkennung und viele Ökonomen begannen, an Hochschulen zu lehren. Zum damaligen Zeitpunkt wurde die ökonomische Lehre durch die Neoklassische Theorie, die besagt, dass staatliche wirtschaftliche Lenkung ausgeklammert wird und der Fokus somit auf angebotsorientierten Paradigmen liegt, bestimmt. Mit Eintreten der Weltwirtschaftskrise in den 1930 Jahren änderte sich dies schlagartig und der Keynesianismus gewann die Oberhand. Diese ökonomische Lehre, welche die gesamtwirtschaftliche Nachfrage als entscheidende Größe für Produktion und Beschäftigung sieht (somit rückt hier eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik in den Vordergrund) und staatliche Eingriffe sehr wohl befürwortet, wurde bis in die 1970er Jahre vertreten. Damit rückte hier eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik in den Vordergrund. Im Weiteren Sinne wurde sie von der neuen politischen Ökonomie abgelöst. In den letzten Jahrzehnten gab es innerhalb der Makroökonomie durchaus eine Neuorientierung bezüglich der Zielvorstellungen des wirtschaftspolitischen Handelns. Die „alten“ (neo-) klassischen und Keynesianischen Paradigmen scheinen für viele aktuelle (und besonders) krisenhafte Phänomene, Erklärungen schuldig zu bleiben.

Da sich diese Arbeit in erster Linie mit der Entwicklung und Anwendung dieser Theorien in der österreichischen Finanzpolitik beschäftigt, wird nun in den anschließenden Kapiteln etwas

genauer auf die beiden dominanten Ökonomietheorien des letzten Jahrhunderts (Neoklassische Theorie und Keynesianismus) aber auch auf weitere politische Theorien (insbesondere die Neue Politische Ökonomie als Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft) eingegangen. Ebenfalls finden auch neuere Entwicklungen in der Makroökonomik (u.a. der Monetarismus) Erwähnung. Im Anschluss wird auf die wirtschafts- aber auch regionalpolitische Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Österreich generell eingegangen, um somit den theoretische Teil dieser Arbeit abzurunden.

## **2. Neoklassische Theorie**

### **2.1. Einführung und historischer Hintergrund**

Die Neoklassische Theorie ist eine Fortentwicklung der klassischen Theorie und beschäftigt sich primär mit dem Problem der Verteilung knapper Ressourcen. Sie fundiert im Wesentlichen auf der klassischen Theorie im Sinne von Adam Smith, beschäftigt sich allerdings auch (wenn auch eher sekundär) mit deren Weiterentwicklung wie zum Beispiel mit den Modellen David Ricardos.

Die Theorie entstand im Zeitraum zwischen 1870 und 1890 und war bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914, spätestens aber bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren das vorherrschende ökonomische Denken. Mit dem Ausbrechen der Krise wurde sie jedoch in weiterer Folge vom Keynesianismus weitgehend abgelöst. Die Neoklassische Theorie fließt allerdings auch in der heutigen Zeit weiterhin stark in das ökonomische Denken und damit verbundene Theorien ein.

Historisch betrachtet entstand die Theorie in einer Phase der großen Depression in den Jahren 1873-1896. Durch die Industrielle Revolution begann die Dominanz der Faktoren Handel und Industrie gegenüber der bisher dominanten landwirtschaftlichen Produktion. Der dadurch rasch wachsende Handel bedingte erstmalige großräumlich integrierte Konjunkturverläufe, Auf- und Abschwünge wurden dadurch zu internationalen Phänomenen. Dies führte 1873 zu Einbrüchen an zahlreichen Finanzmärkten, wodurch eine scharfe Zäsur eingeleitet wurde. So kam es in den meisten europäischen Staaten zu einem Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll und der freie Wettbewerb war somit von Konzentrationserscheinungen wie Kartellen und Monopolen eingeschränkt. Die von Absatzschwierigkeiten bedrohten Unternehmen suchten daher Sicherheit über Zusammenschlüsse bzw. Preis- und Absatzvereinbarungen. Den „Monopolkapitalismus“

konnte den bisher vorherrschenden „Konkurrenzkapitalismus“ weitgehend ablösen (Borits, 2012; S.7ff).

Deswegen wurden sowohl der Monopolkapitalismus als auch die Wirtschaftskrise als Einschnitt in die liberale Wettbewerbswirtschaft empfunden, weshalb es zur Entstehung der „marginalistischen Revolution“ kam, die als grundlegende Umwälzung des ökonomischen Denkens interpretiert wird<sup>1</sup> und in weiterer Folge begründend für die Neoklassische Theorie war (Söllner, 2012; S.42).

## 2.2. Inhalte der Neoklassischen Theorie

Die Neoklassische Theorie stellt grundsätzlich keineswegs das alte Theoriedenken auf den Kopf, vielmehr werden ihre Ansätze als Ergänzung zum bis dahin vorherrschenden „klassischen“ Denken gesehen. Grundsätzlich folgt die Neoklassik dem Gleichgewichtsansatz der Klassik, wobei der Rolle des Staates bei der Schaffung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftens eine aktivere Rolle zugesprochen wird: Der Staat hat vor allem die Aufgabe für eine ausreichende Ausstattung mit öffentlichen Gütern zu sorgen. Staatliche Eingriffe in die konjunkturelle Entwicklung werden in der Neoklassischen Theorie jedoch weitgehend abgelehnt. Im Allgemeinen wird die Neoklassischen Analyse durch drei „konstitutive Elemente“ (Söllner, 2001; S.109) dargestellt:

Die erste zentrale Annahme in der Neoklassik ist der sogenannte „**methodologische Individualismus**“, welcher besagt, dass sich Individuen immer optimierend verhalten. Es sind allein die Individuen selbst, die ökonomische Entscheidungen treffen und nicht Kollektive, wie beispielsweise Staaten oder Familien. Als grundsätzliche Verhaltensannahme aller einzelnen

---

<sup>1</sup> wobei hierbei zu beachten ist, dass sich die Neoklassik nicht automatisch schlagartig durchsetze, sondern sich in einem Zeitraum, der ca. von 1850 bis 1900 reicht, etablierte.

Wirtschaftssubjekte wird die individuelle Nutzenmaximierung angenommen. Das Konstrukt des „homo oeconomicus“<sup>2</sup> beschreibt somit den Menschen als fiktives Wirtschaftssubjekt, der als ein immer optimierendes Wesen, eine Maximierung des Nutzens anstrebt. Ein Wirtschaftssubjekt, das seinen Nutzen nicht maximiert handelt, ist folglich irrational. In bestimmten Teilbereichen des menschlichen Handelns, wie beispielsweise der Entscheidung über das Produktionsverfahren ist es sinnvoller, wenn nicht auf den Nutzen, sondern auf eine konkrete Größe wie z.B. Gewinn oder Kosten abgezielt wird (aber auch hier wird rationales mit optimierendem Verhalten angesehen).

Sonst wird in der Neoklassischen Theorie wird den Produzenten somit eine Erzielung des maximalen Profits unterstellt, während Konsumenten die Erzielung eines Nutzenoptimums anstreben. Die Regelung dieser Optimierungsentscheidungen wird von Güter- und Faktormärkten übernommen (Söllner, 2001; S.53). Hierbei übernimmt das profitmaximierende Verhalten der Unternehmer die Faktornachfragekurve sowie die Güterangebotskurve, während das nutzenmaximierende Verhalten der Unternehmer vice-versa die Faktorangebotskurve sowie die Güternachfragekurve übernimmt. Es findet also im Vergleich zur von Smith geprägten klassischen Lehre ein „Übergang von der objektiven zur subjektiven Wertelehre“ statt (Gabler, 2013).

Als zweites großes Merkmal der Neoklassischen Analyse kann der **Marginalismus** betrachtet werden. Hierbei rückt in der Theorie das Marginalkalkül vehement in den Vordergrund, also die Annahme, dass sich die ökonomischen Entscheidungen auf sehr kleine Einheiten beziehen. Zunächst kommt es zu Definition einer Zielgröße (das kann ein maximaler Nutzen oder Gewinn sein), die in weiterer Folge in einer mathematischen Funktion erläutert werden. Durch die

---

<sup>2</sup> diese Figur findet zudem auch abseits der Ökonomie, im Sinne der Entscheidungslogik des menschlichen Verhaltens, ihren Ausdruck

Formulierung verschiedener Nebenbedingungen kommt es zur Bestimmung eines Optimums, das unter den angenommenen Bedingungen vom Individuum realisiert werden kann. Somit kann der Zustand der höchsten Differenz zwischen Vorteil und Nachteil (Nutzen und Kosten) einer ökonomischen Entscheidung bestimmt werden (Pierenkemper, 2012; S. 155f).

War die klassische Wirtschaftstheorie eher von makroökonomischen Ansätzen und Begrifflichkeiten geprägt (wie Kapitalismus oder Grundeigentum), so wurden die Wirtschaftsprozesse in der Neoklassischen Theorie eher aus der mikroökonomischen Sichtweise (ausgehend vom einzelnen Individuum) betrachtet. Wirtschaftssubjekten in der Neoklassischen Theorie werden grundsätzlich eine unbeschränkte Informationsverarbeitungskapazität unterstellt, um dadurch eine Realisierung ihres Optimums erreichen zu können.

Das optimierende Verhalten der Produzenten und Konsumenten führt schließlich zum „**Konzept des Marktgleichgewichts**“. Die Gleichgewichtsanalyse wird als drittes zentrales Element der Neoklassischen Theorie angesehen. Grundsätzlich besagt sie, dass bei Marktgleichgewicht Preis und Menge eines gewissen Gutes durch den Schnittpunkt von Angebots- und Nachfragekurve entsteht (Romig, 1971; S.12 nach Samuelson, 1970; S.96).<sup>3</sup> Angebot und Nachfrage sind hier jedoch keine von der jeweiligen Marktlage unabhängigen Variablen, da jede Änderung auf der Angebotsseite auch gleichzeitig Änderungen auf der Nachfrageseite implizieren (und natürlich auch umgekehrt). Hierbei behandelt die Neoklassische Theorie einerseits die individuellen Gleichgewichte, die dann erreicht sind, wenn Individuen ihren Nutzen maximieren (also etwaige Verhaltensänderungen zwangsläufig zu keiner weiteren Nutzensteigerung führen). Zum anderen werden aber auch die Marktgleichgewichte behandelt, an denen sich die Analyse der Koordination individueller Entscheidungen orientiert. Es wird angenommen, dass das Verhalten

---

<sup>3</sup> P.A. Samuelson fügt in diesem Zusammenhang jedoch an, dass die Nachfrage nach den einzelnen Gütern sehr stark vom Einkommen der Nachfragenden abhängt. Dieses wiederum hängt von der Nachfrage nach Produktionsfaktoren ab, welche von der Produktion des Angebots bestimmt wird. Die Produktion des Angebots schließlich, wird durch die Nachfrage nach den einzelnen Gütern der Produktion festgelegt.

der Individuen so lange beibehalten wird, bis eine Situation eintritt, in der es zu einem Ausgleich zwischen dem wachsenden Vorteil sowie des gleichfalls stetig wachsenden Nachteils kommt. Dies führt nun zur Entstehung eines Marktgleichgewichts, das unter den gegebenen Bedingungen unverändert gehalten wird. Dieses Gleichgewicht kann sich zudem auf einzelnen Märkten (= Partialgleichgewicht) oder auf allen Märkten (= Totalanalyse) einstellen. Sollten sich die gegebenen Verhältnisse ändern, so wird das gegebene Verhältnis gestört und es kommt somit zu erneuten Anpassungen, in weiterer Folge zu neuen Gleichgewichten.

Walras (1834-1910) stellt beispielsweise in seiner Idee des allgemeinen Gleichgewichtszustandes auf allen Märkten fest, dass sich in einem vollkommenen Markt Angebot und Nachfrage auf allen Teilmärkten in der Summe ausgleichen, das heißt, dass der Wert der „aggregierten Überschussnachfrage“ immer gleich null ist (Haslinger, 1982; S. 226)<sup>4</sup>.

Einer der dominantesten Vertreter der Neoklassischen Ökonomie, Alfred Marshall (1842-1924), betrachtet in seinem Lehrbuch „Principles of Economics“ im Rahmen der Partialanalyse vor allem den Zusammenhang zwischen dem Preis eines Gutes und dessen Nachfrage. Marshall entwickelt zum einen das sogenannte Marshall-Kreuz, die allseits bekannte graphische Darstellung Abbildung zwischen dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Hinsichtlich der Anpassung an ein neues Gleichgewicht unterscheidet Marshall zusätzlich zwischen vier verschiedenen Zeitperioden, in denen eine Anpassung an ein neues Marktgleichgewicht stattfinden kann. In einer sehr kurzen Marktperiode wird der Preis ausschließlich über die Nachfrage bestimmt, in der kurzen Periode bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis, bei der langfristigen Periode wird der Preis von den Produktionskosten und die Nachfrage durch die Menge bestimmt, und in der säkularen Periode kommen zudem noch zusätzliche Variablen wie Bevölkerungsentwicklung oder technologischer Fortschritt ins Spiel. Marshall beschäftigte sich

---

<sup>4</sup> Die Grundannahmen dieses Modells sind vollkommene Konkurrenz, vollständige Voraussicht sowie völlig flexible Preise.

überdies auch mit der Reaktion des Marktes auf Preisänderungen und entwickelte somit den Begriff der „Elastizität“ der Nachfrage<sup>5</sup>. (Pierenkemper, 2012; S. 178f).

Die Kombination aus individuellen Optimierungsentscheidungen und der Neoklassischen Gleichgewichtsanalyse trägt Implikationen für die Natur der großen ökonomischen Probleme in sich. So wird der Preis als Knappheitsindikator gesehen und die Neoklassik beschäftigt sich folglich mit der Verteilung von knappen Ressourcen (Bortis, 2012; S.4). Dementsprechend wurde in der Neoklassik der Begriff des „Marginalismus“ als Sammelbegriff für alle Grenzbetrachtungen geprägt. Aus diesem stammen die in der heutigen Ökonomie häufig verwendeten Begriffe wie „Grenzkosten“ oder „Grenznutzen“<sup>6</sup>.

Standen in der klassischen Theorie noch die Erklärung von Anliegen der Entstehung, Verteilung und Verwendung des volkswirtschaftlichen Überschusses im Vordergrund, so bildeten die Analyse der Verteilung der Güter auf die Konsumenten bei gegebener Faktormenge und das Problem der Allokation (d.h. die Frage, wie die vorhandenen knappen Faktoren eingesetzt werden müssen, um eine bestmögliche Bedürfnisbefriedigung zu erreichen), den Mittelpunkt der Neoklassischen Lehre (Gabler, online).

Ausgehend von diesem von Walras entwickelten Grundprinzipien der Gleichgewichtsanalyse und des Grenznutzens, ergibt sich, dass die Neoklassische Theorie als ein System von Optimierungsaufgaben unter Nebenbedingungen aufgestellt und mit den mathematischen analysiert werden kann. Der Gütermarkt befindet sich in der Neoklassischen Theorie also immer im Gleichgewicht, es herrscht immer ein Preis, bei dem Angebot und Nachfrage gleich sind. Diese preisliche Flexibilität sorgt also für die Absetzung aller produzierten Güter (= Markträumung).

Arbeitslosigkeit ist daher in der Neoklassischen Theorie nur kurzfristig möglich, da sich aus einer

---

<sup>5</sup> Die Preiselastizität der Nachfrage misst die relative Veränderung des Preises bei einer relativen Veränderung der Nachfrage nach einem Gut.

<sup>6</sup> Die Theorie des Grenznutzens wurde von Jevons, Carl und ebenfalls Walras (der den Grenznutzen als „rareté“ bezeichnete) geprägt.

Krise aufgrund der selbstheilenden Funktion des Marktes selbständig ein neuer Aufschwung ergibt. Diese Aussage basiert vor allem auf dem **sayschen Theorem**<sup>7</sup>, das schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand und dessen Grundaussage lautet: „*Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage selbst.*“ Say widersprach somit der damaligen, von vielen Ökonomen geteilten Ansicht, wonach es aufgrund des technologischen Fortschrittes im Zuge der industriellen Revolution langfristig zu einer Überproduktion käme<sup>8</sup>. Seiner Meinung nach war die Produktion von Gütern notwendig, um in weiterer Folge Güterkäufe tätigen zu können, womit die Güterproduktion gleichermaßen Angebot und Nachfrage schaffen würde. Dadurch würde eine Ausweitung des Angebotes an Gütern auch eine höhere Nachfrage mit sich ziehen, wodurch ein „unzureichendes Nachfrageniveau“ nicht existieren könne. Daraus schließt Say, dass de facto auch eine „unfreiwillige Arbeitslosigkeit“ nur dann möglich ist, wenn die staatliche Hand in das Wirtschaftsgeschehen eingreift (beispielsweise durch die Festlegung von Mindestlöhnen zur Einschränkung von Arbeitskräften). Eine bewusste Vollbeschäftigungspolitik des Staates ist daher unnötig (Say, 1803; S.57). Dieser sollte sich eher darauf beschränken, dass ordnungspolitische Aktivitäten entwickelt werden und somit der Funktionsmechanismus des Marktes aufrecht erhalten bleiben sollte (Eynern, 1973; S.235). Arbeitslosigkeit wird in der Neoklassischen Theorie lediglich als ein kurzfristiges Marktungleichgewicht gesehen, welches dann wieder verschwindet, sobald die Lohnforderungen der Arbeitslosen gesenkt werden. Es kommt also zu einem neuen Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Anhand des Beispiels der Arbeitslosigkeit lässt sich gut verdeutlichen, wieso sich die Neoklassische Vorstellung im frühen 20. Jahrhundert als empirisch nicht mehr haltbar erwies. Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und dem damit verbundenen hohen Maß an unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, setzte ein Umdenken innerhalb vieler Ökonomen ein.

---

<sup>7</sup> entwickelt von seinem Namesgeber, dem französischen Ökonomen Jean-Baptiste Say (1803) und seinem englischen Kollegen James Mill

<sup>8</sup> zyklische Absatzkrisen und Depressionen kurzfristiger Natur waren natürlich möglich

### 2.3. Übergang zum Keynesianismus

Spätestens dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise<sup>9</sup> durch den „schwarzen Freitag“, den 25. Oktober 1929 wurde deutlich, dass diese längere Periode hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr als „kurzfristige Schwankung“ abgetan werden kann. Es zeigt sich daher, dass ein System mit Marktsteuerung und lediglich ordnungspolitischer Staatseingriffsfunktion nicht jene Stabilität aufweist, die die damaligen Verhältnisse verlangten. Einer der größten Kritiker der Neoklassischen Theorie war der britische Ökonom John Maynard Keynes, der Begründer der nach ihm benannten Keynesianischen Schule, die im folgenden Kapitel behandelt wird. Wie zu Beginn kurz erwähnt, wird die Neoklassische Ökonomie durch die Ablöse des Keynesianismus nicht komplett von der Bildfläche verschwinden. Trotz der nicht immer unbeschränkt vorhandenen Informationskapazität gibt es heutzutage trotzdem keine grundsätzliche Abkehr vom Optimierungsprinzip (Söllner, 2012; S. 43).

---

<sup>9</sup> in Europa gab es beispielsweise schon in den 1920er Jahren hohe Arbeitslosigkeitsraten, die zum großen Teil den Ausläufern des ersten Weltkrieges verschuldet waren.

## **3. Keynesianismus**

### **3.1. Einführung**

Der Keynesianismus, benannt nach dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes stellt eine Denkrichtung innerhalb der Volkswirtschaftslehre dar, die in ihren Grundzügen die zuvor erwähnte Neoklassische Theorie in Frage stellt. Auch wenn Keynes heute von vielen Ökonomen als grundlegend überholt angesehen wird, stehen Keynes Grundideen und Begründungen für einen systematischen Staatseingriff im Wirtschaftsablauf. Sein ökonomisches Modell galt bis in die 1970er Jahre als die vorherrschende Volkswirtschaftliche Lehrmeinung, seine Bedeutung schwand danach jedoch und wurde von Vertretern des Monetarismus abgelöst. Nicht zuletzt bedingt durch die Finanzkrise im Jahr 2008 (gefolgt von einer Rezession), dennoch gewannen mehrere auf den Keynesianismus zurückgehende Konzepte der Konjunktursteuerung zunehmend an Bedeutung.

### **3.2. Historischer Hintergrund**

Keynes selbst wurde im späten 19. Jahrhundert in Großbritannien (zur Glanzzeit des britischen Weltreiches) geboren und hat die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts mitsamt seiner globalen Krisen sehr intensiv erlebt. So war er während des ersten Weltkrieges Berater der britischen Regierung betreffend die Kriegsfinanzierung und mit dem Ende des Krieges war er Mitglied der britischen Delegation bei den Friedensverhandlungen von Versailles, die er allerdings aus

Protest gegen die, seiner Ansicht nach unbezahlbar hohen Reparaturzahlungen insbesondere an Deutschland, verließ<sup>10</sup> (Scherf, 1989; S. 2-7).

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise veranlasste Keynes, sich immer mehr von der vorherrschenden Theorie der „unsichtbaren Hand“ der Neoklassiker zu distanzieren. Ausgelöst durch den großen Börsenkrach an der New Yorker Börse im Jahr 1929 verbreitete sich die Krise rasch weltweit. So kam es in den Jahren 1929 bis 1932 zu einem massiven Einbruch der weltweiten industriellen Produktion verbunden mit stark ansteigenden Arbeitslosenzahlen<sup>11</sup>.

Die Wirtschaftspolitik stand dem in gewisser Hinsicht hilflos gegenüber, denn Ökonomen suchten Methoden, um die beobachtbaren Krisen und Ungleichgewichte zu beschreiben. Die Neoklassische Theorie war hierfür jedoch wenig geeignet. Es wurden daher neue Wege gesucht, John Maynard Keynes beschritt einen davon. Er beschäftigte sich in seinen Theorien besonders mit staatlichen Eingriffen in die Volkswirtschaft und ließ seine Erkenntnisse schließlich in seinem 1936 erschienenen Hauptwerk „Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (A General Theory of Employment, Interest and Money) gipfeln, in dem er die bisher vorherrschende Neoklassische Theorie in mehreren Punkten widerlegte und als Begründer der modernen Makroökonomik gilt.

Im Mittelpunkt seiner Theorie stehen nun nicht mehr Preisrelationen und -anpassungen, sondern die Gesamtnachfrage nach Dienstleistungen, er konnte das Saysche‘ Theorem widerlegen und begründete u.a., weshalb eine Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung nur über eine Erhöhung der effektiven Nachfrage erreichbar ist und nicht aber über flexible Löhne und Preise zu realisieren sei. Zudem setzte er sich stark für die Miteinbeziehung des staatlichen

---

<sup>10</sup> Diese Gedanken schrieb er in seinem Werk „The economic consequences of the peace“ (dt. „Die ökonomischen Konsequenzen des Friedensvertrages“) nieder.

<sup>11</sup> beispielsweise waren in den USA 1933 fast 25% Arbeitslose (U.S. Bureau of Labor Statistics, online)

Handelns in das Wirtschaftsgeschehen ein, der Staat sollte in seinen Augen ein gewisses Maß an Steuerung übernehmen (Pierenkemper, 2012; S. 191f).

### **3.3. Wirtschaftslehre des Keynesianismus**

Keynes' Hauptwerk, die „General Theory“, beruht auf der Annahme, dass es sowohl auf dem Güter- als auch auf dem Geldmarkt gewisse Eigentümlichkeiten zu beobachten gibt, welche die Wirtschaft in Stagnation und Unterbeschäftigung sinken lassen. So streitet er jeglichen Automatismus ab, durch den die Wirtschaft in ein Gleichgewicht gelangt, anders als dies die Vertreter der Neoklassik taten. Ein allgemeiner Gleichgewichtszustand ist für Keynes eher die Ausnahme, als Normalfall sieht er die Unterbeschäftigung (ebd.; S. 197)

In seinen Ansätzen steht nicht das Individuum im Vordergrund, sondern Wirtschaft und Gesellschaft. Er zeigt nämlich in seinem Hauptwerk, dass auch Geld in einer modernen Wirtschaft von wichtiger Bedeutung ist, und nicht bloß als „neutral“ angesehen wird, wie dies eben in der Neoklassischen Theorie der Fall war. Neben seiner Rolle als Transaktionsmittel zur Abwicklung von Käufen und Verkäufen hat es besonders die Funktion als Wertbewahrungsmittel.

Im Kern von Keynes Aussagen steht die Vorstellung, dass die effektive Nachfrage den Umfang der Gesamtproduktion bestimmt. Die Existenz des Say'schen Theorems, wonach sich jede Produktion über das Einkommen eine Nachfrage schaffe, wird von Keynes widerlegt und ins Gegenteil umgekehrt: Ist nämlich die effektive Nachfrage zu gering, wird die Produktion auf der Absatzseite begrenzt. Erst eine Nachfrage würde sich demnach ihr Angebot schaffen und nicht, wie von Say behauptet, umgekehrt (Keynes, 1936; S. 23).

Keynes geht davon aus, dass die Güternachfrage das Produktions- und Beschäftigungsniveau bestimmt. Ferner ist die Zahl der Beschäftigten laut Keynes abhängig von Gütern und Dienstleistungen, wobei für ihn die effektive Nachfrage ausschlaggebend ist<sup>12</sup>. In der Neoklassischen Theorie war bisher davon ausgegangen worden, dass die gewünschte Nachfrage bei gewünschtem Einkommen der Haushalte steigt und eine Senkung des allgemeinen Lohnniveaus positive Beschäftigungseffekte bewirkt (ebd.; S. 110f).

Laut Keynes wird der Zinssatz nicht direkt durch die Ersparnisse und Investitionen bestimmt, sondern vielmehr durch Angebot und Nachfrage nach Geld. Das Geldangebot wird durch die Zentralbank bestimmt, die Nachfrage kommt aus dem Bedarf an Gütern für Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationszwecke. Keynes meint des Weiteren, dass durch ein aktives Eingreifen der Notenbank, im Falle von Arbeitslosigkeit die Beschäftigung in dem Fall steigen wird, in dem die Nachfrage durch eine Zunahme der Geldmenge ansteigt. Erst im Falle einer Vollbeschäftigung werden sich die Preise im Verhältnis zur Geldmenge ändern (ebd.; S. 251f).

Das Volkseinkommen (und dadurch auch in weiterer Folge die Ersparnisse) wird durch Investitionen bestimmt, und nicht umgekehrt, wie in der Neoklassischen Theorie angenommen. Die Nachfrage der privaten Haushalte wird durch das verfügbare Einkommen bestimmt, das ihnen in Form von Löhnen, Zinsen und Gewinnen zukommt. Keynes sieht Ersparnisse und Investitionen ident, während sie in der Neoklassik über eine Kombination von Zinssatz und Höhe der Einkommen in ein Gleichgewicht gebracht wurden (ebd.; S. 52ff).

Allfällige Schwankungen der Investitionsgüternachfrage<sup>13</sup> breiten sich laut Keynes über die gesamte Volkswirtschaft hinweg aus, im Weiteren sind Einbußen an Einkommen und Produktion

---

<sup>12</sup> Keynes versteht unter der „effektiven Nachfrage“ die Nachfrage aus dem In- und Ausland.

<sup>13</sup> die besonders bei Konjunkturunbrüchen stark zurückgeht

zu erwarten, die weitaus größer als der ursprüngliche Nachfrageeinbruch<sup>14</sup> sind Keynes sieht hier also einen Multiplikatoreffekt, da beispielsweise im Falle von ausbleibenden Investitionen seitens der Unternehmen aufgrund der gestiegenen Zinsen ein verstärkter Einbruch der Einkommen einer Ökonomie erfolgen muss. Die Haushalte müssen so stark verarmen, dass ihnen eine höhere Ersparnis als die aktuelle Investition der Unternehmen nicht mehr möglich ist. Schwankungen der Investitionstätigkeit (und damit auch der Beschäftigung) können für Keynes nicht vom privaten Sektor ausgeglichen werden können. Auf der anderen Seite sagt der Multiplikatoreffekt auch aus, dass im Falle von höheren Investitionen bzw. erhöhten staatlichen Ausgaben, eine größere Ersparnis der Haushalte ermöglicht wird und dadurch ein Einkommenswachstum der Haushalte entsprechend ihrer Sparquote entsteht (ebd.; S. 313ff)<sup>15</sup>.

Keynes versucht herauszufinden, wie das Verhalten von Individuen durch das Wirtschaftssystem beeinflusst wird. In einer seiner wichtigsten Erkenntnisse beweist Keynes das Zustandekommen eines Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung innerhalb einer arbeitsteiligen Geldwirtschaft. Keynes sieht dies als ungeeignetes Mittel für die Beschäftigungspolitik und sieht vielmehr den Staat als geeignete Institution, die bei Arbeitslosigkeit eingreifen sollte (ebd.; S.227). Er hat dies als den Unterschied zwischen der effektiven Nachfrage und dem bloßen Nachfragewunsch bezeichnet. Wirtschaftspolitische Implikationen aus dieser Idee werden deshalb auch als nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik bezeichnet, während das Neoklassische Modell eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik darstellt, da hier die Produktionsmenge von der Produktions- also Angebotsseite bestimmt ist (Blanchard et. al 2009; S. 828).

---

<sup>14</sup> Diese Einbrüche der Nachfrage wurden erstmals durch Richard Kahn im Jahr 1931, also bevor Keynes' Hauptwerk erschienen ist, nachgewiesen

<sup>15</sup> in diesem Zusammenhang vermutet Keynes auch den Auslöser von Wirtschaftskrisen

### 3.4. Auswirkungen des Keynesianismus

Als wichtigste Schlussfolgerung von Keynes kann daher das Fehlen eines endogenen Steuermechanismus, der die schwankenden Investitionstätigkeiten ausgleichen kann, gesehen werden. So entsteht seine Forderung nach einem erhöhten Staatseingriff, wobei er hinzufügt, dass der Staat nicht immer in der Lage ist, richtigen Gebrauch von der Geldmenge zu machen. Er setzt sich also für einen erhöhten Eingriff der öffentlichen Hand ein, betont aber gleichzeitig, dass Staatsausgaben sowie –einnahmen stets konjunkturadäquat eingesetzt werden müssen, um Einkommen und Beschäftigung zu steuern.

Seine wesentliche wirtschaftspolitische Schlussfolgerung besteht in der Forderung nach einer indirekten geld- und fiskalpolitischen Globalsteuerung der Investitionen und der Konsumgüternachfrage. „Die Aufgabe, das Volumen der Investitionen zu steuern, kann nicht in privaten Händen gelassen werden!“ (Keynes 1936; S. 320)

Keynes begründete mit seiner allgemeinen Theorie die Makroökonomik und zeigte somit auf, welche Bedingungen einer Geldwirtschaft für ihn allgemeiner waren als das Modell einer geldlosen Wirtschaft. Er warnte vor einer zu starken Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Zentralbank durch strikte Regelbindungen, weil ihr damit die Möglichkeit zur Überwindung kurzfristiger Liquiditätsbindungen genommen würde. Zudem sprach er sich für die Ausweitung staatlicher Ausgaben unter Inkaufnahme einer höheren Verschuldung aus, wenn damit ein Ausfall gesamtwirtschaftlicher Nachfrage kompensiert werden könnte (Klump, 2006).

Keynes Allgemeine Theorie veränderte die Makroökonomie vorerst stark. John Hicks und Alvin Hansen konnten seine Aussagen 1937 im Zuge ihres IS-LM – Modells graphisch darstellen. In diesem Modell wird eine vereinfachte Darstellung der Prozesse innerhalb einer Volkswirtschaft dargeboten (Blanchard et. ali 2009; S. 830ff). Das IS-LM – Modell war aber nur eine dieser

Darstellungen, um sich eine Volkswirtschaft möglichst genau zu erklären und dadurch auch auf Konjunkturschwankungen etwas besser vorbereitet sein zu können.

Abseits der Keynesianischen Theorie war es jedoch öfters sehr schwer Keynes Lehre tatsächlich anzuwenden. Zwar kam es besonders in Krisenzeiten wie den 1970er oder 80er Jahren (besonders auch in Österreich) vermehrt zu einer Konjunkturankurbelung seitens des Staates, jedoch warnte Keynes in seinen Aussagen auch vor einer zu hohen Staatsverschuldung und plädierte gleichzeitig zur Erwirtschaftung von Überschüssen im Staatshaushalt, um die Staatsverschuldung längerfristig eindämmen zu können. Dies scheiterte jedoch zumeist an grundlegender politischer Entscheidungsbildung in einer Demokratie und dem kurzfristigen Denken der meisten Politiker (Gabler, online).

### **3.5. Unterschiede zwischen Neoklassischer Theorie und dem Keynesianismus**

Da die beiden vorherrschenden Meinungen der Ökonomen innerhalb des letzten Jahrhunderts (Neoklassische Theorie vs. Keynesianismus) auch im weiteren Verlauf der Arbeit eine bedeutendere Rolle spielen werden, da basierend auf ihren Unterschieden im empirischen Teil auch die Formulierung unterschiedlicher Schlagwörter und Maßnahmen basiert, sind in der anschließenden Tabelle noch einmal kurz die grundlegenden Unterschiede dieser beiden Theorien dargestellt, bevor dann im Anschluss noch einige weitere Ökonomietheorien erläutert werden, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben:

Tabelle 1: Unterschiede zwischen Neoklassischen und Keynesianischen Wirtschaftstheorie

	<b>Neoklassik</b>	<b>Keynesianismus</b>
<b>Zeitliche Perspektive</b>	untersucht langfristig ausgelegte Zeitspannen	untersucht kurzfristig ausgelegte Zeitspannen
<b>Gegenstand der Untersuchung</b>	aufgrund der längerfristigen Orientierung vorwiegend Analysen des Wirtschaftswachstums	schwerpunktmäßige Untersuchung konjunkturelle Entwicklungen
<b>Flexibilität der Preise und Löhne</b>	Annahme von vollkommenen Märkten, d.h. frei von Regulierungen und Beschränkungen vollkommene Flexibilität bei Löhnen und Preisen	Preise und Löhne werden (zumindest kurzfristig) als inflexibel und starr (rigide) angesehen
<b>Wettbewerbsmechanismus</b>	voll funktionsfähig, markträumendes Gleichgewicht kann sich de facto sofort einstellen	
<b>dominierende Marktseite</b>	Angebotsseite dominiert (Saysches Theorem --> jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage selbst)	Nachfrageseite --> effektive Nachfrage ist entscheidend für Höhe des Angebotes - das Angebot passt sich an die Nachfrage an
<b>Marktvertrauen</b>	<b>"Marktoptimismus"</b> : makroökonomische Märkte räumen sich immer von selbst --> "unsichtbare Hand"	<b>"Marktpessimismus"</b> : Bildung von Gleichgewichten, die auf Güter- und Arbeitsmarkt nicht mit Markträumung, sondern mit Überangebot und Unterbeschäftigung einhergehen
<b>staatliche Eingriffe ins Marktgeschehen</b>	nein	ja
<b>Konsolidierung des Staatshaushalts</b>	Ablehnung von Staatsdefiziten	Haushaltsdefizite durchaus sinnvoll zur Konjunkturanhebung - allerdings keine Legitimation einer permanenten Staatsverschuldung
<b>Interdependenz der makroökonomischen Märkte</b>	Geld wird lediglich zu Tauschzwecken gehalten, übt keinen Einfluss auf den makroökonomischen Gütermarkt aus klare Trennung von Gütermarkt und Geldmarkt ("klassische Dichotomie")	Geld- und Gütermarkt stehen in einer Beziehung zueinander - nur im "Spezialfall" sind diese beiden Märkte getrennt

Quellen: Blanchard et al., 2006; S.178f; Pierenkemper 2012; S. 200

## 4. Weitere Ökonomietheorien

### 4.1. Monetarismus

Die Keynesianische Theorie war zur Mitte des 20. Jahrhunderts zwar das vorherrschende ökonomische Denken, jedoch war die Erfahrung vieler Industriestaaten mit der aktiven Konjunkturpolitik recht gespalten. So wurden kurzfristige Konjunkturreinbrüche zwar mit fiskalpolitischen Maßnahmen ausgeglichen, eine langfristige Lösung war dies jedoch nicht. Es entstanden daher wachsende Staatsschulden und durch diese Ausweitung der Geldmenge kam es schließlich zu starken Inflationen.

Rund um den Ökonomen Milton Friedman (1912-2006) formte sich eine Gruppe, die auf die Bedeutung der Geldentwertung für die wirtschaftliche Entwicklung hinwies. Friedman und seine sogenannte „Chicago-School“, verteidigten die Neoklassischen Ansätze im „Keynesianischen Zeitalter“ und bildeten somit eine Art Gegenrichtung zum vorherrschenden Keynesianismus. Namensgebend für diese Denkrichtung war wie bereits erwähnt, die Geldmenge, die als wichtigste Stellgröße zur Steuerung des Wirtschaftsablaufes gesehen wurde, weshalb sich die Bezeichnung „Monetarismus“ einstellte. Auch kann er als die Lehre von der entscheidenden Bedeutung der Geldmenge für die Entwicklung der Wirtschaft bezeichnet werden (Klump, 2006; S.112).

Der Monetarismus ging besonders der Frage nach, wie monetäre Impulse, beispielsweise geldpolitische Maßnahmen auf den realen Sektor einer Volkswirtschaft wirken. So wird bei Keynes die Nachfrage nach Geld nicht nur durch den Umfang der notwendig abzuwickelnden Transaktionen bestimmt, sondern auch darüber, ob sich das Geld gewinnbringend verzinsen lässt. Durch die Höhe des Zinssatzes entfaltet daher die Geldwirtschaft einen direkten Einfluss

auf die Güterwirtschaft – sinkende Zinssätze ermutigen Unternehmen mehr zu investieren, wonach kann laut Keynes auch das Wachstum gefördert werden kann.

Die Monetaristen rund um Friedman erweitern diesen Zusammenhang nun auch um die (erwartete) Inflationsrate. In ihren Augen werden durch ein zusätzliches Geldangebot nicht nur vermehrt damit spekuliert (es also beispielsweise in Aktien und Anleihen investiert), sondern es kommt auch vermehrt zu Güterkäufen. Dies führt bei starrem, kurzfristigem Angebot auch zu Preissteigerungen, insofern kann eine expansive Geldpolitik langfristig auch eine erhöhte Inflation bewirken (Söllner 2001; S.150).

Die beiden Denkweisen unterscheiden sich daher in der Erscheinung der kurzfristigen Wirksamkeit der Geldpolitik. Keynes sieht die Ausweitung der effektiven Nachfrage im Zuge von Geldschöpfung positiv, weil es durch das erhöhte Geldangebot zu geringeren Reallöhnen und dadurch zu einer Ausdehnung der Beschäftigung kommt. Friedman sieht darin eine Gefahr und eine Störung des Wirtschaftsablaufes, weil die Wirtschaftssubjekte zu nachfolgenden Anpassungen gezwungen werden, die dauerhaft nur die Inflationserwartung antreiben.

Eine aktive Wirtschaftspolitik im Sinne von John Maynard Keynes, schien aufgrund der realistischen Inflationserwartungen in den 1970er Jahren wenig attraktiv, weil es langfristig nur Inflation bzw. Stagflation<sup>16</sup> bewirkt. Da dies in den 1970er Jahren in vielen Industriestaaten der Fall war, wurde hier auch zunehmend eine monetaristische Wirtschaftspolitik betrieben, die also angelehnt an die Neoklassische Theorie eine Verstärkung der Angebotsfaktoren vorsah und die Geldmenge stetig und behutsam an die Bedürfnisse der realen Wirtschaft heranführte (ebd.; S.203ff).

---

<sup>16</sup> dies entspricht dem gleichzeitigen Auftreten von wirtschaftlicher Stagnation (hohe Arbeitslosigkeit) und Inflation (Gabler 2014, online)

Die Monetaristen behaupteten in weiterer Folge auch eine erneute Rückkehr zur Enthaltbarkeit des Staates in punkto Wirtschaftspolitik, sowie eine Stabilität durch sich selbst regulierende Märkte. Vertreter des Monetarismus glauben an den langfristigen Nutzen einer Wettbewerbsökonomie und weisen dem Staat nur eng begrenzte Aufgaben zu. Er soll „Privateigentum schützen, die Ärmsten vor sozialer Not bewahren und das Land verteidigen“ (Ziegler 2008; S.123 nach Friedman, 1980).

Als historische Beispiele der 80er Jahre können der „Thatcherism“ (unter Premierministerin Margeret Thatcher) in Großbritannien sowie die „Reagonomics“ (unter Präsident Ronald Reagon) in den USA genannt werden. Hier sollte der Abbau des Sozialstaates verbunden mit kräftigen Steuersenkungen die private Wirtschaftskraft stärken. Demgemäß kam es zur Abschaffung viele staatlicher Regulierungen sowie Privatisierungen (ebd.; S.123f).

Auch in Österreich fanden Verstaatlichungen Einklang in das politische Haushalten, wenngleich auch erst verspätet (die ersten Teilverstaatlichungen fanden hierzulande in den späten 80er Jahren statt).

#### **4.2. Neuere Entwicklungen in der Makroökonomik**

In den letzten beiden Jahrzehnten gibt es mehrere Entwicklungslinien in der makroökonomischen Theorie. Zum einen kam die Tendenz auf die Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte zu modellieren. Es entstand so die Hypothese der rationalen Erwartungsbildung, eine Theorie die auf John F. Muth (1930-2005) zurückgeht. In der rationalen Erwartungshypothese wird davon ausgegangen, dass bereits die Ankündigung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen die erwarteten Ergebnisse vorwegnimmt (Ziegler, 2008; S. 129). Vertreter der rationalen Erwartungen unterstellen, dass Menschen aus Fehlern lernen und

sie dadurch nicht noch einmal wiederholen. Demgemäß lernen auch Akteure in der Wirtschaft aus Folgen des staatlichen Eingriffs in das Marktgeschehen.

Neben dieser Denkrichtung haben sich auch „moderne Versionen“ der zwei bereits beschriebenen großen makroökonomischen Theorien entwickelt. So werden in der **„Neuen Klassischen Makroökonomik“** makroökonomische Phänomene auf Basis neuer klassischer Modelle analysiert, während die **„Neue Keynesianische Makroökonomik“** versucht, dem Keynesianismus eine stärkere mikroökonomische Fundierung gibt. Diese beiden Denkrichtungen werden nun im Anschluss etwas genauer erläutert.

#### **4.2.1. Neue Klassische Makroökonomik**

Neue Klassische Makroökonomik stellt nicht nur eine Weiterentwicklung des traditionellen Monetarismus nach Friedmann dar, sondern sie beinhaltet auch eine Rückkehr zur klassischen Tradition. Es wird weiterhin von einer allgemeinen Gleichgewichtsbildung und der damit verbundenen Markträumung ausgegangen, hinzu kommt nun jedoch die Annahme, dass Wirtschaftssubjekte zwar über unvollkommene Information verfügen, jedoch rationale Erwartungen in sich tragen. Es wird von einer permanenten Markträumung ausgegangen und Konjunkturschwankungen werden zudem als Gleichgewichtsphänomen begriffen (ebd.; S. 130).

Ein zentraler Gegenstand der Neuen Klassischen Makroökonomik ist die Frage, wie die Wirtschaftssubjekte Erwartungen hinsichtlich ihrer ökonomischen Situation bilden und wie ihre Reaktion ausfällt, sollten ihre Erwartungen nicht eintreffen. Deshalb wird diese Theorie auch oft als „Theorie der rationalen Erwartungen“ bezeichnet (Wienert, 2008; S.109f).

Aufgrund der unterstellten Hypothese rationaler Erwartungen ist eine systematisch betriebene Geldmengenpolitik auch kurzfristig mit keinerlei Realeffekten verbunden. Nur eine unsystematisch betriebene, von den privaten Wirtschaftssubjekten nicht antizipierbare

Geldpolitik führt zu vorübergehenden Abweichungen der Realgrößen (wie Output und Beschäftigung) von ihren Normalniveaus. Eines der Hauptziele der Neuen Klassischen Makroökonomik ist zudem die Gleichgewichtstheoretische Erklärung von Konjunkturschwankungen. Die Neue Klassische Makroökonomik geht im Gegensatz zur Neuen Keynesianischen Makroökonomik davon aus, dass Märkte prinzipiell ständig geräumt werden (Gabler, online).

#### **4.2.2. Neue Keynesianische Makroökonomik**

Begründet wurde die Neue Keynesianische Makroökonomik zu Beginn der 70er Jahre; obwohl die Theorie unterschiedliche Ursprünge hat, teilen diese die Annahme, dass Preise und Löhne nur schwach auf Angebots- und Nachfrageüberschüsse reagieren (also sehr stark rigide sind). Ihren Mittelpunkt stellt daher, ganz im Keynesianischen Sinne, die Mengenänderung dar.

Aufgrund der Rigiditäten bei Löhnen und Preisen kommt die Neue Keynesianische Makroökonomik zum Schluss, dass eine Steuerung des Wirtschaftsprozesses durch stabilitätspolitische Maßnahmen zumindest kurzfristig reale Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung hat, auch wenn den einzelnen Wirtschaftssubjekten rationale Erwartungen unterstellt werden. Hier besteht auch der wesentliche Unterschied zur Neuen Klassischen Makroökonomik (Ziegler, 2008; S.133f). Die Modelle der Neuen Keynesianischen Makroökonomie sind dynamisch, sie beschreiben also explizit die Änderungen makroökonomischer Variablen im Zeitverlauf. Ihre Vertreter sehen das monetäre Wachstum als nur einer der Faktoren, der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beeinflusst.

## **5. Neue Politische Ökonomie – Public Choice**

Nachdem nun die beiden großen politischen Ökonomietheorien (angebotsorientierte Neoklassische Theorie und nachfrageorientierter Keynesianismus) sowie mit dem Monetarismus eine Synthese dieser beiden Strömungen diskutiert wurden, erfolgt nun eine Zuspitzung des Themas in Richtung des politischen Diskurses.

### **5.1. Allgemeiner Überblick und Entstehung**

Ende der 1960er Jahre zeichnete sich innerhalb der Wirtschaftswissenschaften zunehmend ein Paradigmenwechsel ab. Die bis dahin anwachsende Diskrepanz zwischen politischen und wirtschaftlichen Problemen führte zu einem Umdenken, das schließlich zur Ablösung der „Reinen Ökonomie“ durch die „Politische Ökonomie“ führte.

Gegen Ende der 1960er Jahre entstand in den USA, bedingt durch diverse (gesellschafts-) politische Ereignisse (Vietnam-Krieg, Entstehung von Studentenbewegungen, Auseinandersetzungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern) eine starke Unzufriedenheit, die schließlich in einer aus wissenschaftlicher Sicht ziemlich kritischen Bewegung mündete. Das Gleichgewichtdenken dominierte weiterhin die Köpfe, Begriffe wie „Ethik“ oder „soziale Gerechtigkeit“ waren im wirtschaftlichen Denken jedoch fremder Natur. Der Politik wurde zu diesem Zeitpunkt aus ökonomischer Sicht ein sehr geringer Stellenwert eingeräumt, sie galt vornehmlich als „Korrektor“, der in Fällen des Marktversagens auf den Plan tritt. Aus diesen Kritikpunkten entstand eine neue Forschungsrichtung, die wirtschaftlichen Interessen die Entscheidende Bedeutung für die Erklärung politische Interessen zuschreibt, die

nämlich die sogenannte „Neue Politische Ökonomie“ (Sautter, 2004; S.3ff)<sup>17</sup>. Im Mittelpunkt ihrer Untersuchungen „Neuen Politischen Ökonomie“ (NPÖ)<sup>18</sup> stehen die politischen Institutionen und das Handeln einzelner politischer Akteure sowohl individuell als innerhalb kollektiv handelnder Gruppen wie Wählern, Verwaltungen, Parteien und Interessenverbänden.

In der NPÖ werden Politik und Verwaltung eine überwiegende Rolle zugewiesen, besonders in der Frage der Verteilung öffentlicher Güter, von denen, anders als bei privaten Gütern ein Marktteilnehmer nicht ausgeschlossen werden kann (Holtkamp, 2012; S.25). Wie in der Wirtschaftstheorie des späten 19. Jahrhunderts wird das Individuum letztlich als bestimmter Entscheidungsträger gesehen. Dem Wähler wird prinzipiell ein individuelles, rationales Denken unterstellt, sein Handeln dient vielmehr der Maximierung des Eigennutzens. Anders als in der Wirtschaftstheorie wird der Staat nicht als „wohlwollender Diktator“<sup>19</sup> gesehen, dessen Gesellschaft über vollkommene Information verfügt. In der NPÖ wird vielmehr versucht zu erklären, wie staatliche Entscheidungen durch das Zusammenwirken verschiedener Akteure entstehen. Besonders wird darauf geachtet, dass dieses Verhalten ein Ergebnis des Zusammenspiels diverser (untergeordneter) Einheiten bzw. der Individuen stattfindet und dadurch erklärbar bleibt (Frey, 1979; S.12).

Obwohl der Begriff der „Neuen Politischen Ökonomie“ erst auf William C. Mitchell (1968)<sup>20</sup> zurückgeht, haben sich Ökonomien schon früher mit der Symbiose zwischen wirtschaftlichen und politischen Prozessen beschäftigt. Als einer der Wegbereiter der NPÖ kann der

---

<sup>17</sup> „Neue“ Politische Ökonomie deshalb, weil man sich klar vom Marxismus bzw. Neomarxismus differenzieren wollte, der lange Zeit als die „Politische Ökonomie“ galt (Buhr et al., 2014; S. 57)

<sup>18</sup> Für Ökonomische Theorien der Politik wird eine Vielzahl von Begrifflichkeiten verwendet, die sehr oft auch synonym verwendet werden; besonders im englischsprachigen Raum hat sich der Begriff „Public Choice“ durchgesetzt (Dehling et al., 2011; S.12).

<sup>19</sup> Wicksell (1896)

<sup>20</sup> Mitchell schrieb in seinem Werk „The New Political Economy“: A new interdisciplinary field is emerging that links the subjectmatter of political science with the methods and theory of economics. No name as yet has been institutionalized to designate the field: I prefer to call it the “new political economy”. (Mitchell, 1968; S. 78)

österreichische Ökonom Josef Schumpeter gesehen werden. In seiner 1942 publizierten Arbeit „*Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*“ wird eine Theorie der Demokratie behandelt, in der die politischen Prozesse anhand ökonomischer Denkweisen (Grenznutzen, Grenzkosten) untersucht werden. Eine flächendeckendere Verbreitung erfuhr die Forschungsrichtung erst in den späten 1950er Jahren aufgrund von Duncan Blacks Hauptwerk: „*The Theory of Committees and Elections*“ (1958), in dem die Mathematik eines Wahlprozesses diskutiert wird. Das Werk veranlasste viele anerkannte Ökonomen, sich mit der staatlichen Willensbildung in demokratisch erfassten Gesellschaften zu beschäftigen. Es entstand somit eine große Zahl an theoretischen, empirischen und experimentellen Arbeiten. Als Begründer sowie Wegbereiter der NPÖ können neben dem bereits erwähnten Schumpeter Anthony Downs, William A. Niskanen sowie Kenneth Arrow genannt werden. Da die wissenschaftliche Forschungstätigkeit in dieser Zeit eine derartige Vielfalt erreichte, würde eine Beschreibung der Theorien wohl den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Im Anschluss wird nun die NPÖ inhaltlich etwas näher gebracht, zudem werden ausgewählte Theorien der oben genannten Vertreter, genauer erläutert.

## **5.2. Inhaltliche Schwerpunkte der NPÖ**

Die NPÖ wendet in ihrer Theorie die Denkweise sowie Instrumentarien der Neoklassischen Theorie in Bezug auf politische Prozesse an. In ihr zufolge liegt das ökonomische Verhaltensmodell zugrunde, das besagt, dass einzelne Individuen systematisch auf Anreize reagieren und diejenigen Alternativen wählen, die ihnen den größten relativen Nutzen und die geringsten Kosten verursachen. Ziel der NPÖ ist es, die Verbindung zwischen Ökonomie und Politik wiederherzustellen, da der politische Bezug im Neoklassischen Theorem gänzlich missachtet wurde, innerhalb der Wirtschaftsgeschichte aber zu Beginn doch sehr stark

verankert war. Der Ökonomie sollte also die gesellschaftspolitische Bedeutung zurückgegeben werden. Die Wurzeln des Ansatzes liegen sowohl in der Finanzwissenschaft, aber auch der Wohlfahrtsökonomie und der Neoklassischen Preistheorie. Als ihr Untersuchungsgegenstand kann nicht der Staat als normative Figur, sondern vielmehr der Mechanismus der politischen Prozesse und Entscheidungen gesehen werden. In der NPÖ werden Politik und der Verwaltung eine Rolle zur Bereitstellung öffentlicher Güter zugewiesen, von denen (im Gegensatz zu privaten Gütern) einzelne Individuen nicht ausgeschlossen werden können<sup>21</sup> (Ziegler, 2008; S. 140).

Der Schwerpunkt der NPÖ lag grundsätzlich zuerst in der Analyse des Verhältnisses zwischen Wählern und Abgeordneten bei der Bereitstellung von öffentlichen Gütern. Es wurde vermutet, dass die Politik stark zu einem Überangebot an öffentlichen Gütern tendiert, das wiederum auch die Staatsausgaben stark ansteigen ließ. Schumpeter und Downs haben in ihrem frühen Modellen die Demokratie nur noch als eine Methode zur Auswahl der Regierenden angesehen<sup>22</sup>. Schumpeter entwickelt das Modell des politischen Unternehmers, der aus eigenen Interessen mit Wählerstimmen auf dem Markt handelt (analog des Neoklassischen Marktmodells). Die angebotenen Waren (i.e. die Parteiprogramme) sind hierbei jederzeit austauschbar, und dem Zweck des persönlichen Aufstieges des jeweiligen Politikers untergeordnet (Schumpeter, 1950; S.450ff). Trotz dieser etwas zynischen Beschreibung der Rollendefinition eines Politikers sieht Schumpeter aber eine grundsätzliche Bereitstellung öffentlicher Güter mittels einer demokratischen Methode prinzipiell möglich, besonders unter der Bedingung, dass Bürger und Politiker nicht immer gemeinwohlorientiert handeln (Holtkamp, 2012; S.28)

---

<sup>21</sup> Anmerkung: So hat jeder Bürger beispielsweise ein Recht auf Bildung, auch wenn sich nicht jeder die Kosten für einen privaten Kindergarten leisten kann.

<sup>22</sup> So schrieb Schumpeter einst über das politische Interesse des Wählers: „Er ist Mitglied eines handlungsfähigen Komitees, des Komitees der ganzen Nation, und darum verschwendet er auf die Meisterung eines politischen Problems weniger Anstrengung als auf ein Bridgespiel!“ (Schumpeter, 1950; S. 415)

### 5.2.1. A. Downs: Ökonomische Theorie der Demokratie

Downs knüpft an Schumpeters Ideen an und postuliert, dass es der Parteienwettbewerb ist, der automatisch zur Berücksichtigung der Mehrheit der Wählerpräferenzen führt (ebd.). In seinem Hauptwerk „An Economic Theory of Democracy“ (1957) sieht er analog zu Schumpeter eine Trennung zwischen der privaten Motivation sowie der sozialen Funktion einer Handlung und postuliert, dass man die individuellen Gründe, die eine Person zu ihrem Handeln motivieren, nicht mit den daraus entstehenden gesellschaftlichen Folgen gleichsetzen darf. Dieser Ansatz stellte damals ein Novum in der politischen Theorie dar. Bisher dominierte die Annahme, dass sich die politischen Akteure an einem Allgemeinwohl orientieren und ihre Tätigkeiten dementsprechend ausrichten. Schumpeter sowie Downs wenden sich nun gegen die normative Aufladung dieser Ansicht und stellen eine positive Theorie der Demokratie gegenüber. Sie zeigen also nicht auf, wie Demokratie funktionieren soll (normativ), sondern liefern ein Modell, wie sie tatsächlich ist (positiv) bzw. in der Realität funktioniert. Die Trennung von privater Motivation und sozialer Funktion sowie der Verzicht auf normative Aussagen eröffnet daher für Downs ein völlig neues Verständnis für Demokratie. Downs sieht in der Methode der Regierungsauswahl bzw. des Regierens ein Aufeinandertreffen von Wählern und Parteien auf dem politischen Markt. Entscheidungen werden hier in derselben Logik getroffen wie bei der ökonomischen Nutzenmaximierung: „Rationale und Eigennutz maximierende Unternehmen (Parteien) entwickeln Produkte (in diesem Fall: politische Programme und Lösungsvorschläge), um mit diesen einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen (die maximale Anzahl an Wählerstimmen zu generieren). Die ebenso rationalen und Eigennutz maximierenden Konsumenten (Wähler) wägen zwischen den verschiedenen angebotenen Produkten (Wahlprogrammen) ab und entscheiden sich für das beste Angebot“. (Dehling et al., 2011; S.50f). Zudem sieht den Wahlsieg als oberstes Ziel einer Partei. Um diesen zu erreichen, werden politische Programme formuliert, der Umkehrschluss (also das Gewinnen einer Wahl um ein

politisches Programm umsetzen zu können) gilt für ihn nicht. Er unterstellt den Parteien somit in erster Linie ein Streben nach Macht und Prestige. Der rational denkende Wähler hingegen wird laut Downs immer derjenigen Partei/Regierung seine Stimme geben, von deren Tätigkeiten der größte eigene Nutzen zu erwarten ist.

Downs folgert hieraus zudem, dass die Mehrheit der Wähler in demokratischen Gesellschaften mit dem staatlichen Output im Verhältnis zu ihrem finanziellen Input zufrieden ist, und die Aufteilung zwischen privaten und öffentlichen Gütern, das ihrem Haushalt zur Verfügung steht, akzeptiert<sup>23</sup>. Ähnlich wie Schumpeter vertritt auch Downs die Ansicht, dass die Wähler nicht vollkommen über den politischen Markt informiert sind. Hieraus schließt er jedoch nicht, dass die Staatsausgaben über die Präferenzen Mehrheit der Wähler hinauswachsen könnten. Er sieht in dem unvollkommenen Informationsniveau der Wähler in weiterer Folge sogar eine Unterversorgung des Staates mit öffentlichen Gütern<sup>24</sup>. Diese These basiert bei Downs auf der Annahme, dass Bürger den Nutzen bestimmter Staatsausgaben nicht erkennen, während die Steuerbelastungen auf der anderen Seite sehr deutlich spürbar sind. Wähler fragen daher bei der Wahl weniger öffentliche Güter nach, als es den Bedürfnissen bei vollkommener Information entsprechen würde. Daher ist aus der Sicht von Downs das staatliche Budget in der Demokratie immer zu klein. (Holtkamp, 2012; S.29)

### 5.2.2. W.A. Niskanen: Ökonomische Theorie der Bürokratie

Ähnliche Annahmen wie bei Parteien und Wählern lassen sich auch auf Bürokratien und deren Verhalten übertragen. Öffentlichen Verwaltungen wird in der NPÖ kein Pflichtbewusstsein

---

<sup>23</sup> Hier muss jedoch eingewendet werden, dass diese Annahme nicht der Realität entspricht, weil dies impliziert, dass die Wähler als Nutzenmaximierer so lange „ihre Stimmen gegen Wahlprogramme tauschen“, bis es keine individuelle Besserstellung mehr gibt, also ein Pareto-Optimum erreicht ist.

<sup>24</sup> Unterversorgung bedeutet bei Downs hier, dass das staatliche Budget unter einem von ihm abstrakt bestimmten „korrekten Budget“ liegt. Dieses definiert sich aus einem „demokratischen Entscheidungsprozess, wenn Bürger und Parteien vollkommene Information über tatsächliche oder mögliche Regierungsmaßnahmen besäßen“. (Downs, 1974; S.110).

gegenüber dem Staat unterstellt, ihr Verhalten wird vielmehr durch andere Aufgaben und Ziele, wie Machterhaltung, Einkommen und Prestige bestimmt. Je größer Bürokratien werden, desto stärker rückt die Bestandssicherung in den Vordergrund. Dies führt im weiteren Sinne zu Kontrollproblemen und Ineffizienz, da ein zunehmender Anteil der Kapazitäten für die interne Kontrolle sowie die Organisation verloren geht (Buhr et al., 2014; S. 59).

William Arthur Niskanen stellt einen der bekanntesten Vertreter der ökonomischen Theorie der Bürokratie dar. Er argumentiert übereinstimmend zu Downs, dass das Hauptinteresse der Bürokratie in der Maximierung des Budgets liegt, da sich dies positiv zu den einzelnen Interessen und Präferenzen verhält. Diesbezüglich trifft er folgende Annahmen:

Die budgetbewilligende Instanz kennt zwar die exakte Höhe des Gesamtbudgets und die Art und Menge der damit zu erstellenden Dienstleistungen, es bestehen aber keinerlei Anreize, dass man sich Informationen über eine mögliche Budgetverkleinerung beschafft: Die Beamten denken im rationalen Sinne und versuchen daher ihnen Nutzen zu maximieren. Dieser ist festgelegt durch Einkommen, Macht und Karrierechancen. Die den Nutzen bestimmenden Faktoren korrelieren mit der Höhe des gesamten Bürobudgets.

Aus diesen drei Annahmen leitet Niskanen eine Strategie der Budgetmaximierung über eine Erhöhung des Dienstleistungsangebotes ab. Weil der Haushalt an eine staatliche Leistungserbringung gekoppelt ist, dehnen sich die Staatsaktivitäten kontinuierlich aus. Daraus schließt er, dass die Ausweitung des öffentlichen Sektors primär auf Faktoren innerhalb der Bürokratie zurückzuführen ist, und weniger auf externe (soziale oder ökonomische) Bedürfnisse einer Gesellschaft (Buhr et al., ebd.).

### 5.2.3. M. Olson: Die Logik des kollektiven Handelns

Der Wirtschaftswissenschaftler Mancur Olson hat sich mit den verschiedenen Interessen der Mitglieder innerhalb einer Organisation auseinandergesetzt und dies in seinem Werk „*Die Logik des kollektiven Handelns*“ (1965) behandelt. Hier beschreibt er unter Zuhilfenahme der ökonomischen Theorie die diversen Mechanismen und Dynamiken des Zusammenschlusses von Individuen mit gleichen Interessen zu Gruppen und Organisationen. Olson behandelt hier die Frage, wieso sich rational handelnde Individuen zu kollektiven Aktivitäten zusammenschließen sollten, um die Verteilung öffentlicher Güter (bzw. staatlicher Leistungen wie die Verbesserung des Straßennetzes) zu beeinflussen. Da bei kollektiven Gütern sowohl das Ausschlussprinzip als auch die Nicht-Rivalität im Konsum nicht zur Geltung kommen<sup>25</sup>, wird das Individuum sich an diesem Lobbyismus nicht beteiligen, sondern die Rolle des Trittbrettfahrers („free-riders“) einnehmen. Je größer daher das Kollektiv (bzw. die Interessensorganisation) ist, desto geringer ist für das Individuum der Anteil am gesamten Nutzen. Sollten viele (oder im Extremfall alle) Personen nach dem Trittbrettfahrerprinzip handeln, wird dieses Kollektivgut nicht oder nur ungenügend bereitgestellt. Olson konnte dieses Problem systematisch auf gesellschaftliche Organisationen übertragen und hierbei auch belegen, dass es in unterschiedlichem Ausmaß zur Geltung kommt. Er sieht in der Gruppengröße einen entscheidenden Faktor: da mit zunehmender Gruppengröße die individuellen Anstrengungen sowie der Anteil am Gesamtnutzen abnehmen, können größere Gruppen (die allgemeine Interessen vertreten) diese weniger gut durchsetzen als kleine. Zudem steigen bei größeren Gruppen die Organisationskosten, kleinere Gruppen sind hingegen schneller organisierbar. Um dies zu überwinden, sind laut Olsen verschiedene Strategien möglich, wie beispielsweise die Bildung kleinerer Gruppen oder zwingende Mitgliedschaft. Besonders hervorgehoben werden von ihm die selektiven Anreize, bei denen es zur Koppelung des Angebot eines Kollektivgutes und eines

---

<sup>25</sup> andere Personen, die keine Mitglieder der Interessensvertretungen sind, also nicht vom Konsum gehindert werden können

privaten Gutes kommt, das dann ausschließlich Mitgliedern angeboten wird. (Ziegler, 2008; S.140f). Auf Österreich sind die Lehren Olsons besonders gut anzuwenden. Ein Merkmal unseres Landes ist die große Organisationsdichte im Bereich kollektiver Interessen, sowohl hinsichtlich der privatrechtlichen Interessengruppen (hier besteht ein hoher Organisationsgrad der Gewerkschaften), sondern auch innerhalb der öffentlich-rechtlichen Interessenorganisationen (Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, etc.).

### **5.3. Weitere Theorien in der „Neuen politischen Ökonomie“**

Die erwähnten und beschriebenen Theorien stellen einige der Hauptwerke der „Neuen Politischen Ökonomie“ dar. Wie bereits bemerkt, würde der intensive Diskurs der erwähnten neuen Theorien der letzten Jahre den Rahmen dieser Arbeit sprengen, kurz zu erwähnen seien jedoch drei Theorien, die auch im regionalwissenschaftlichen Kontext<sup>26</sup> interessant sind:

#### **5.3.1. Principal-Agent-Theorie (Meckling 1976)**

Als Teil der sogenannten „Neuen Institutionenökonomik“ befasst sich die Prinzipal-Agent-Theorie mit einem Auftraggeber („Prinzipal“), der einen Vertrag an einen Auftragnehmer („Agent“) übergibt, und ihrer Rolle in der Austauschbeziehung zueinander. Die Theorie geht der Frage nach, dass beide Teilnehmer (beispielsweise ein Politiker (Prinzipal) und ein Beamter (Agent) als rational-denkende Individuen nicht dieselben Interessen verfolgen sowie auch zumeist über starke Informationssymmetrien verfügen (ebd.: S.137f).

---

<sup>26</sup> und daher im Laufe des Studiums „Raumplanung“ an der TU Wien des öfteren erwähnt wurden

### **5.3.2. Ökonomische Theorie des rent-seeking (Tullock 1967, Anne Krueger 1974)**

Die Theorie, auch oft bezeichnet als „Renten suchendes Verhalten“ beschreibt ein Verhalten, das versucht, durch den Einsatz von Ressourcen einen höheren als marktmäßig erreichbaren Ertrag zu erhalten - dieser wird als Rente bezeichnet. Diese Vorgaben richten sich besonders an den Staat, der den Wettbewerb in bestimmten Wirtschaftsbereichen entweder einschränken oder gänzlich verhindern (durch Monopole) bzw. mittels Umverteilungsmaßnahmen einzelne Gruppen auf Kosten anderer bevorzugen kann. Die Theorie untersucht daher u.a. wie durch gezielten Einsatz von Lobbying, politischen Druck oder gar illegaler Erschleichung, versucht wird, vorteilhaft bestimmte Gesetze oder Regelungen zu erreichen (ebd.: S.143f).

### **5.4. Zusammenfassung**

Ähnlich wie die Neue Klassische Makroökonomik kommen die verschiedenen Modelle der Neuen Politischen Ökonomie zu dem Schluss, dass Regierungen sowie wirtschaftspolitische Entscheidungsträger anstatt diskretionärer Eingriffe mittels Regeln zu einem stetigen Verhalten verpflichtet werden. Mit der Forderung nach der „Endogenisierung der politischen Entscheidungsträger“ stellt die NPÖ eine wesentliche Herausforderung für die wirtschaftspolitische Theorie dar. Während die Neue Klassische Makroökonomie ein rationales Verhalten der Wirtschaftssubjekte annimmt, wird in der neuen politischen Ökonomie ein egoistisch-rationales Verhalten der Träger der Wirtschaftspolitik untersucht. Beide Theorien berücksichtigen jedoch, dass mehr als ein Entscheidungsträger eigene Ziele verfolgt (Abeke, 1982; S.39).

## 6. Wirtschaftspolitische Entwicklungen in Österreich

Das nun folgende Kapitel soll als Bindeglied zwischen der theoretischen Entwicklung politischer Theorien und der empirischen Erforschung dieser anhand ausgewählter Texte der österreichischen Wirtschaftspolitik fungieren. Die wirtschaftspolitische Entwicklung in Österreich hat sich innerhalb der „Ära-Kreisky“ in den 1970er Jahren sehr stark verändert, ein weiterer Meilenstein erfolgte mit dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995. Die nun folgenden Seiten geben einen kompakten Übergang über die wirtschaftspolitische Entwicklung unseres Landes in chronologischer Reihenfolge.<sup>27</sup>

### 6.1. Österreichs Wirtschaft im „Goldenen Zeitalter“ der Nachkriegszeit

Innerhalb der Jahre 1955 und 1970 war der Keynesianismus das Paradigma in Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik. Der Staat hatte also besonders bei der Gestaltung von ökonomischen und sozialen Verhältnissen eine besonders wichtige Aufgabe. Es wurde eine antizyklische Geld- und Fiskalpolitik zur Dämpfung der Konjunkturschwankungen gefahren, zudem kam es zur Verbesserung der Infrastruktur sowie einem Ausbaus des Sozialstaates v.a. in den Bereichen des Gesundheits- und Bildungswesens (Schulmeister, 2005; S. 335f).

Mit dem 1968 in Gang kommenden, internationalen Konjunkturaufschwung begann eine Besserung der ökonomischen Situation in Österreich, was sich zwischen den Jahren 1968 und 1974 in einem realen BIP-Wachstum von 5,2% niederschlug, dies liegt deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Länder (4,6%). Dieses expansive Wachstum lässt sich auch mit einigen Änderungen von wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen begründen. So war eine neue

---

<sup>27</sup> Da der empirische Teil meiner Arbeit die Jahre 1975-2014 behandelt, wird sich dieses Kapitel auch primär auf diese Jahre stützen, um einen Rahmen um meine folgende Untersuchung zu spannen.

Schicht wirtschaftspolitisch kompetenter Experten in verantwortungsbewusste Positionen gerückt und es kam mit Beginn der SPÖ-Alleinregierung 1970 zur Forcierung von wirtschafts- und bildungspolitischen Zielsetzungen. Mit dem Regierungsantritt von Bundeskanzler Bruno Kreisky im Jahre 1970 (mit Hannes Androsch als Finanzminister) wurde, nicht zuletzt durch den Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods<sup>28</sup> ein neuer Weg der Währungspolitik begangen, die sogenannte „Hartwährungspolitik“. Man sah die österreichische Volkswirtschaft und den Schilling nun nicht mehr als unzureichend an, sondern durchaus auf Augenhöhe mit anderen Ländern der OECD. Durch die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung kam es zwischen den Jahren 1971 und 1974 zu mehreren Steuerreformen. Auch ging die Arbeitslosigkeit innerhalb der 1960er Jahre sukzessive zurück: lag sie im Jahr 1962 beispielsweise bei 2,6%<sup>29</sup>, so nahm sie in den folgenden Jahren weiter ab. 1973 waren in Österreich beispielsweise nur mehr 1,2% der Bevölkerung arbeitslos, dies stellte einen bisher ungebrochenen Rekordwert in der zweiten Republik dar (Butschek, 2011; S.333-341).

## **6.2. Ölpreiskrise und Entstehung des „Austro-Keynesianismus“:**

Global führte das zusammenbrechenden Bretton-Woods-Abkommen 1973 zum endgültigen Ausstieg vieler europäischer Länder aus dem System fixer Wechselkurse<sup>30</sup>. Der Dollar verlor zu Beginn der 1970er Jahre zu den meisten anderen Währungen stark an Wert. Zusätzlich tobte im selben Jahr der „Jom-Kippur-Krieg“ zwischen der arabischen Welt und Israel, all dies mündet schließlich im Ölpreisschock im Jahr 1973. Dieser zog einerseits eine starke Beschleunigung der Inflation aber auch die erste globale Rezession der Nachkriegszeit nach sich. Aus

---

<sup>28</sup> Das Abkommen wurde nach dem Ende des zweiten Weltkrieges abgeschlossen und legte den US-Dollar als Kernwährung fest, zu der alle anderen Währungen ein fixes Wechselverhältnis hatten.

<sup>29</sup> die Darstellung dieser Werte erfolgte nach der österreichischen Berechnung

<sup>30</sup> seither schwankt der Dollar (die weltwirtschaftliche Ankerwährung) am stärksten, was neben zunehmenden Devisenspekulationen auch eine Instabilität der Wechselkurse bewirkte

wirtschaftsgeschichtlicher Sicht kam es in dieser Zeit zu einem Paradigmenwechsel vom Keynesianismus zum Monetarismus, da der gleichzeitige Anstieg von Arbeitslosigkeit und Inflation von Anhängern der Monetaristen als Widerlegung der Keynesianischen Theorie gesehen wurde. In den 1970er Jahren kam es dadurch global zu einem Umdenken von real- zu fiskalpolitischen Rahmenbedingungen, welcher allerdings auf globaler Ebene früher durchgezogen wurde, als innerhalb der wichtigsten Industrieländer (Schulmeister, 2005; S. 339f).

Einzig in Österreich beharrte man während der „Ära-Kreisky“ auf einer eigenen realpolitischen Strategie: So durchlief die österreichische Wirtschaftspolitik in den 1970er Jahren eine interessante Entwicklung, die sich später unter dem Namen „Austro-Keynesianismus“ manifestieren sollte. Während in fast allen Ländern eine Vollbeschäftigung<sup>31</sup> nicht mehr möglich war, war diese in Österreich das oberste Ziel und sollte in erster Linie durch Stärkung der Konsum- und Investitionsnachfrage erreicht werden. Erst mit der Rezession 1981/82 kam es wieder zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die in vielen Ländern der Welt stattfindende ökonomische Wende (und dem damit verbundenen erneuten Fokus auf angebotsorientierten Theorien) fand in Österreich erst in den 80er-Jahren statt, sodass innerhalb dieser Periode das Hauptaugenmerk weiterhin auf die Schaffung von Arbeitsplätzen mit den Hintergedanken der Vollbeschäftigung gelegt wurde (Rothschild, 1995; S.135)<sup>32</sup>.

Ein sehr entscheidender Moment der österreichischen Sonderentwicklung fand in den Jahren 1974 und 1975 statt, als es zu einer konjunkturellen Abschwächung u.a. infolge des Ölpreisschocks und damit verbunden zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage kam.

---

<sup>31</sup> auch wenn Vollbeschäftigung in Österreich nicht genau definiert werden kann, wird sie im Sinne vieler Politiker zumeist bei einer Arbeitslosenquote zwischen 3 und 4% gesehen (Arbeit-Wirtschaft, online)

<sup>32</sup> Ursachen für diese Entwicklung lassen sich in Österreich vor allem an der katastrophalen Depression in den 1930er Jahren (mit Arbeitslosenquoten von 25%) finden. Zudem weist das Land die Tendenz auf, internationalen Strömungen nur langsam zu folgen – so wurden laut Rothschild in Österreich beispielsweise keynesianische Tendenzen in der Nachkriegszeit etwas später aufgegriffen konnten sich dafür aber auch länger halten (ebd.; S. 136f).

Mit dem Ziel, die steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, versuchte die Regierung besonders jene Nachfragerücken, die sich durch die stagnierende Auslandsnachfrage ergaben, zu füllen. Dies konnte mittels massiver Eingriffe des Staates in die öffentliche Nachfrage (Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung, Förderung von Nachfrage und Investitionen im privaten Sektor) auch erzielt werden, obwohl gleichzeitig die Einnahmen des Staates zurückgingen. So blieb das Beschäftigungsniveau in Österreich konstant (die durchschnittliche Arbeitslosigkeit betrug in der „Ära-Kreisky“ knapp 2%<sup>33</sup>), jedoch erfolgte in dieser Zeit ein Anstieg der Staatsverschuldung sowie einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz. Erst gegen Ende der 1970er Jahre wurde erkannt, dass die Hoffnung auf einen nur kurz andauernden Wirtschaftsabschwung sich nicht bewahrheiten konnte (Rothschild, 1995; S.137f).

Der Begriff des „Austro-Keynesianismus“ geht auf Hans Seidel zurück – die eigentliche Verwendung ist nicht legitim, da die österreichische Politik der damaligen Zeit nicht dem klassischen „Keynesianismus“ entsprach (Seidel, 1984; S.8). Es wurden lediglich keynesianische Instrumente verwendet (ein hoher Beschäftigungsgrad wird nicht automatisch ohne staatliche Intervention erhalten; eine adäquate Fiskalpolitik sowie Budgetüberschüsse oder -defizite spielen eine ebenso wichtige Rolle). Die hohe Priorität des Beschäftigungsziels sowie die Bemühungen um eine Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit durch Verringerung von Unsicherheit und multiplikativer Verschlechterung, stellen die Keynesianischen Elemente dieser Periode dar (ebd.; S.138f).

Neben der Vollbeschäftigung waren die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele des „Austro-Keynesianismus“ ein konstantes Wirtschaftswachstum sowie Stabilität der Einkommens- und Vermögensverteilung. Als wichtigste Instrumente können eine flexible Fiskalpolitik, eine

---

<sup>33</sup> nationale Berechnung

wechsellkursorientierte Geldpolitik sowie problemlösungsorientierte Sozialpartnerschaften<sup>34</sup> genannt werden (Wörgötter, 1993; S. 79).

Aus langfristiger Sicht war dieser wirtschaftspolitische Kurs laut Schulmeister aus zweierlei Hinsicht zum Scheitern verurteilt: Zum einen ließen die Hartwährungspolitik und der Wachstumsvorsprung das Defizit der Leistungsbilanz stark steigen.<sup>35</sup> Zum anderen konnte Österreich durch die Bindung des Schillings an die Deutsche Mark keine eigenständige Zinspolitik betreiben und war den drastischen Zinssteigerungen der Deutschen Bank zwischen 1977 und 1981 ausgeliefert (Schulmeister, 2005; S.343f). Auch Nowotny sieht die Begrenzungen des „Austro-Keynesianismus“ in zweierlei Hinsicht: fiskalischer Natur, d.h. die öffentlichen Defizite konnten nicht unbegrenzt kumuliert werden und durch die außenwirtschaftlichen Verflechtungen einer kleinen Volkswirtschaft. Zudem muss hinzugefügt werden, dass der „Austro-Keynesianismus“ nicht als Programm gescheitert ist, sondern keynesianische Maßnahmen nur in begrenztem Ausmaß zur Verfügung stehen und daher nur über eine bestimmte Zeit durchführbar sind (Nowotny, 1993; S.76).

Bundeskanzler Kreisky erkannte diese Entwicklung und wollte mittels der Einführung einer Zinsertragssteuer (Zinsen waren damals steuerfrei) entgegensteuern. Hiermit griff er allerdings an die Interessen der Sparer (großer als auch kleiner Kapitalanleger) an, und trat schließlich nach Verlusten bei der Nationalratswahl 1983 ab. Ihm folgte Fred Sinowatz, der eine „kleine Koalition“ mit der FPÖ einging. Die Phase der SPÖ-Alleinregierung war somit beendet, seither gab es in Österreich ausschließlich Regierungen in Koalitionsform. Wirtschaftspolitisch wendete sich Österreich spät aber doch vom Keynesianischen Denken ab und dem monetaristischen-neoliberalen Denken zu (Schulmeister, 2005; S. 342f).

---

<sup>34</sup> die zweifelsohne durch ihr Vertrauensverhältnis wesentlich dazu beigetragen haben, dass es zu keiner merklichen Verringerung der Beschäftigung kam

<sup>35</sup> ein Problem, dem zumindest kurzfristig durch die Einführung einer Luxusmehrwertsteuer 1977 leicht entgegengewirkt werden konnte

### **6.3. Regierungsperioden zwischen 1983 und 1994 – Aufkeimender Monetarismus und Verzicht auf aktive Konjunkturpolitik**

In den 80er Jahren kam es zu einem neuerlichen Ölpreisschock, der eine stagnierende Phase der Wirtschaft einleitete. In den großen Industrienationen kam es zu einer wirtschaftspolitischen Trendwende, es dominierte wieder die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik („supply-side-economics“)<sup>36</sup>, der staatliche Eingriff wurde daher zusehends aus der Wirtschaft zurückgedrängt (Wörgötter, 1993; S.84ff). Während sich in den USA und Großbritannien die finanziellen Rahmenbedingungen der monetaristisch-neoliberalen Wirtschaftstheorien durchsetzten, was in diesen Ländern auch eine zunehmende Deregulierung der Märkte sowie einen Abbau des Sozialstaates und die Schwächung der Gewerkschaften zur Folge hatte, hielten die kontinentaleuropäischen Länder vorerst am europäischen Sozialmodell fest. So waren auch die Regierungsperioden in Österreich nach Bundeskanzler Kreisky (unter den Bundeskanzlern Sinowatz und Vranitzky) jeweils stark sozialdemokratisch dominiert. Im Gegensatz zur „Ära-Kreisky“ waren die anschließenden Regierungsperioden allerdings geprägt von einem Verzicht auf eine aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, der sich natürlich besonders auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auswirkte. So konnte Österreich beispielsweise zwischen 1983 und 1994 ein durchschnittliches Wachstum von lediglich 2,5%<sup>37</sup> verzeichnen, man lag aber immer noch über jenem der Eurozone (Schulmeister, 2005; S.344f). Aufgrund des unregelmäßigen Konjunkturwachstums wurde zu dieser Zeit auch der Ausdruck „Wellblechkonjunktur“ geprägt. Auch die Ära der Vollbeschäftigung ging zu Beginn der 80er Jahre in Österreich zu Ende, 1982 lag die Arbeitslosigkeit bei 3,7%<sup>38</sup> bis zum Jahr 1993 stieg sie auf 6,8% an. Zurückzuführen lässt sich das u.a. auf den Zusammenbruch der verstaatlichten Industrie mit weitreichenden Auswirkungen auf den Export (Butschek, 2011; S.367). Da nun

---

<sup>36</sup> unter Margaret Thatcher in Großbritannien sowie Ronald Reagan in den USA

<sup>37</sup> Schulmeister nach OECD,WIFO

<sup>38</sup> Arbeitslose in % an unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen (Butschek nach AMS, Hauptverband der Sozialversicherungsträger 1992)

auch in Österreich das monetaristische Denken Einklang in die Wirtschaftspolitik gefunden hatte, blieben keynesianische Reaktionen wie in den 70er Jahren gänzlich aus. Angesichts der Inflation sowie der hohen Budgetdefizite, wurden in den Achtzigern das Ziel der Budgetkonsolidierung und Preisstabilität verfolgt (Wörgötter, 1993; S.84ff). Dennoch war es den österreichischen Bundesregierungen in den 80er Jahren trotz vieler einnahmenseitiger Versuche nicht möglich, das Budgetdefizit zu reduzieren. 1983 lag es bereits bei 5,1%<sup>39</sup> des BIP und bis 1997 sollte die Neuverschuldung nicht mehr unter 3% des Bruttoinlandsproduktes sinken. Eine Annäherung an eine Stabilisierung des Budgets war für Regierungen in dieser Periode trotz bescheidenen Wachstums nicht möglich. Analog stieg die Staatsverschuldung rapide an und lag 1987 beispielsweise schon bei 46,1% des BIP (Butschek, 2011; S.369f).

International haben sich allerdings auch die Ansprüche der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik nicht erfüllt. So ist laut Nowotny vor allem in Ländern wie USA oder Großbritannien ein starker Zusammenhang zwischen diesem Konzept und Wirtschaftskrisen festzustellen. Demzufolge kam es zu Beginn der 90er Jahre zu einer wiederauflebenden Debatte für mehr staatliche Verantwortung und Marktregulierung, um neue konjunkturpolitische Impulse zu setzen (Nowotny, 1993; S. 75).

Die 1987 angetretene Regierung unter Kanzler Vranitzky, der bis ins Jahr 1997 an der Spitze der Regierung bleiben sollte, setzte sich daher die Budgetkonsolidierung zu ihrer zentralen Aufgabe. Dennoch blieb es bei diesem ambitionierten Ziel, das Budgetdefizit sank innerhalb der Jahre im Durchschnitt um fast 4%<sup>40</sup>, zum Teil unter günstigen konjunkturellen Bedingungen. Ein Hauptgrund hierfür war insbesondere der Anstieg der Sozialausgaben innerhalb der Jahre 1991 bis 1994 (Butschek, 2011; S.385-389). Mit dem österreichischen Beitritt zur EU im Jahr 1995 war die Bundesregierung allerdings noch einmal zu viel deutlicheren Sparmaßnahmen gezwungen.

---

<sup>39</sup>Butschek nach Bundesrechnungsabschlüssen

<sup>40</sup> ebd.

#### 6.4. Zeitalter der Spar- und Reformpolitik (1995 bis 2007)

Der Beitritt zur Eurozone setzte nämlich die Einhaltung der damit verbundenen Konvergenzkriterien von Maastricht<sup>41</sup> voraus, weshalb die zweite Hälfte der 90er Jahre in Österreich stark von Spar- und Reformpolitik geprägt war. Alleine für die Jahre 1996 und 1997 sah die Regierung einen Konsolidierungsbedarf von fast 100 Milliarden Schilling, es gelang aber immerhin das Defizit für 1997 auf 2,7% des BIP zu drücken. (ebd.; S.390).

Die österreichische Wirtschaftspolitik der 90er Jahre ging einem gewissen „stop-and-go-Prinzip“ nach: zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode wurde ein Anlauf unternommen, um das Budget zu sanieren, als konjunkturbedingte Erfolge einsetzten, setzten die Politiker wieder vermehrt auf eine expansive Fiskalpolitik, sodass die Defizite erneut anstiegen.

In Österreich wurden zwischen 1995 und 2007 die Staatsausgaben und hier besonders die öffentlichen Investitionen deutlich reduziert (wenngleich das Ausmaß dieses Rückgangs durch Auslagerungen überzeichnet wird). Somit büßte die österreichische Wirtschaft ihren Vorsprung gegenüber der Eurozone ein, parallel nahm auch die Arbeitslosigkeit wieder zu. Anders als in der Zeit des „Austro-Keynesianismus“, als das Budgetdefizit zur Stabilisierung der Konjunktur gezielt ausgeweitet wurde, wurde jedoch in der Periode zwischen 1995 und 2007 keine markant antizyklische Fiskalpolitik betrieben. Die Defizite wurden zum Großteil aus Konjunkturreinbrüchen erlitten, durch weitere Sparmaßnahmen der Regierungen wurden Konjunkturaufschwung sowie mittelfristiges Wachstum weiter gedämpft (Schulmeister, 2005; S. 346f).

Innenpolitisch endete die Ära der SPÖ-Kanzlerschaft (Kanzler Vranitzky bis 1997, danach folgte Viktor Klima) im Jahr 2000 mit starken Wahlverlusten und dem damit verbundenen Ende der

---

<sup>41</sup> Diese Kriterien besagen u.a., dass das staatliche Budgetdefizit 3% des BIP sowie die Schuldenquote 60% des BIP nicht überschreiten dürfen, zudem soll die Inflationsrate nicht mehr als 1,5% über jener der drei preisstabilsten Länder liegen.

Großen Koalition. In weiterer Folge kam es erstmals innerhalb der zweiten Republik zu einer Koalition zwischen ÖVP und FPÖ unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel sowie Finanzminister Karl-Heinz Grassler.

Der Kurs der Budgetstabilisierung blieb allerdings erhalten, besonders in den Bereichen des Pensionssystems (Pensionsreformen 2003 und 2004) sowie der Krankenversicherung (Gesundheitsreform) wurden starke Reformierungen vorgenommen. Das Budgetdefizit konnte 2001 durch substantielle Einmaleffekte auf 0,6%<sup>42</sup> des BIP reduziert werden, auch die Staatsverschuldung konnte ab dem Jahr 2002 wieder leicht gesenkt werden (2002 lag sie bei 67% des BIP, 2006 beispielsweise nur mehr 66%)<sup>43</sup>.

Unter Bundeskanzler Schüssel fand ein klares Bekenntnis zum Neoliberalismus statt, das wirtschafts- und finanzpolitische Programm besaß einen klar angebotsorientierten Zuschnitt. Zentrale Punkte umfassten die Zurückdrängung des Staates auf seine Kernfunktion sowie die Entfesselung der Marktkräfte (Obinger et. al, 2006; S.26). Teilweise wurde dieser Paradigmenwechsel natürlich auch durch die Regelungen der EU (Stabilitäts- und Wachstumspakt) vorgegeben, besonders stark lassen sich die Neoklassischen Wirtschaftsauffassungen aber beispielsweise in der (Teil-)Privatisierung verstaatlichter Unternehmen (wie beispielsweise von Post oder Telekom Austria) wiedererkennen. Zusammenfassend kam es unter den Regierungen Schüssel I und II zu Einschnitten in den Staatsausgaben, das Hauptziel, nämlich die Sanierung des Budgets und den Abbau der Staatsschulden wurde zwar zu Beginn annähernd erreicht, mittelfristig war dieser Sparkurs aber nicht zu halten (Butschek, 2011; S.435-457). Aus den Wahlen im Herbst 2006 ging wieder die SPÖ als stimmenstärkste Partei hervor, es leitete erneut eine Große Koalition unter

---

<sup>42</sup> WKO, 2014

<sup>43</sup> ebd.;

Bundeskanzler Gusenbauer (SPÖ) und Finanzminister Molterer (ÖVP) ein, die „Ära-Schüssel“ ging somit nach etwa zwei Amtsperioden zu Ende.

### **6.5. Wiederaufleben der großen Koalition (2007 bis 2014)**

Die Budgetpolitik unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer war weiterhin auf die Stabilisierung des Staatshaushaltes ausgelegt. Im Doppelbudget für 2007 und 2008 wurde ein Defizit des Bundes von 1,3% bzw. 1,2% des BIPs vorgesehen (die Schuldenquote sollte dementsprechend sinken), tatsächlich wurden es dann 1,3% (2007) sowie 1,5% (2008). Die große Koalition unter Gusenbauer war aber von Anfang an mit starken Spannungen behaftet, beide politischen Parteien gingen die Partnerschaft nur widerwillig ein. Die ÖVP löste daher die Zusammenarbeit 2008 auf. In der letzten Sitzung vor der Nationalratswahl nützte der nunmehrige SPÖ-Vorsitzende Werner Faymann das Vakuum in der Koalition, um (besonders unter starker Mithilfe der FPÖ) einige budgetbelastende Gesetze zu verabschieden. Hierzu zählen u.a. Einmalzahlungen für Pensionisten und eine Erhöhung des Pflegegelds. Maßgeblichen Anteil am Anstieg der Budgetausgaben hatten aber auch mehrere Bankenpakete, deren „umfangreiche Hilfsmaßnahmen Sparern und Banken angesichts der weltweiten Finanz- und Bankenkrise Sicherheit und Stabilität geben sollen“ (Bundeskanzleramt, 2008). Diese Maßnahmen ließen die Budgetausgaben für 2009 um rund eine Milliarde Euro ansteigen, weshalb in diesem Jahr ein Defizit von 5,3% ausgewiesen wurde. Auch die Staatsschulden schossen in die Höhe: betrugen sie 2007 zu Beginn der Regierung Gusenbauer noch 64,8%, so wuchsen sie bis ins Jahr 2010 auf 82,4%<sup>44</sup> des BIPs an (Butschek, 2011; S.458f).

---

<sup>44</sup> Statistik Austria, 2014

Die nun folgenden Neuwahlen im Herbst 2008 brachten erneut die SPÖ als stimmenstärkste Partei hervor, Bundeskanzler wurde Werner Faymann, sein erster Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) – es gab daher erneut eine große Koalition, die sich bis dato gehalten hat. Die neue Bundesregierung sah sich insbesondere mit den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise konfrontiert, aus diesem Grund erfolgte eine erneute Abkehr vom wirtschaftspolitischen Sparkurs. So wurden gemäß dem internationalen Trend Hilfspakete für Banken<sup>45</sup> ausgewiesen sowie zwischen den Jahren 2009 bis 2012 auch mehrere Konjunkturpakete<sup>46</sup> geschnürt. Als Folge der tiefen Rezession 2009 kam es jedoch zu hohen Steuerausfällen, die Folge war ein großer Anstieg der Staatsschulden. Das Budgetdefizit stieg daher für das Jahr 2009 auf 5,3% an, auch im Jahr 2010 lag es immer noch bei 4,5%<sup>47</sup>. Erst mit den letzten Jahren konnte das Defizit wieder etwas gedrosselt werden. Im Februar 2012 wurde seitens der großen Koalition ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, das einen nachhaltigen Konsolidierungspfad vorsieht. Ziel ist es, im Jahr 2016 ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Zusätzlich belastend wirkte die Notverstaatlichung der Hypo-Alpe-Adria, die nach mehreren öffentlichen Zuschüssen schließlich in Staatsbesitz überging. Die Pleite der Bank ließ die Staatsschuld auf über 80% gemessen am BIP ansteigen und erschwerte somit das ehrgeizige Ziel der Regierung, im Jahr 2016 ein strukturelles Nulldefizit zu erreichen.

Zusammenfassend lässt die österreichische Wirtschaftspolitik also in mehrere zyklische Phasen aufteilen. Auf die Wachstumsphasen des „Goldenen Zeitalters“ (mit hohem Wirtschaftswachstum und anhaltender Vollbeschäftigung) in ganz Europa folgte in den 70er Jahren aufgrund internationaler Turbulenzen (Zusammenbruch des Systems fester

---

<sup>45</sup> im Ausmaß von ca. 100 Mrd. € (davon entfielen ca. 75 Mrd. auf Haftungsrahmen, 15 Mrd. waren als direkte Hilfe für die Geldinstitute gedacht)

<sup>46</sup> in einem Gesamtwert von ca. 3 Mrd. €

<sup>47</sup> OECD (2014)

Wechselkurse, Ölpreisschock, etc.) ein Einbruch. Dies führte in den USA und Europa zur Abkehr vom Keynesianismus, während die Auswirkungen in Österreich durch eine sehr expansive Wirtschaftspolitik unter Kreisky („Austro- Keynesianismus“) weitestgehend ohne Folgen blieb. In dem 80er Jahren begann sich die Politik (allen voran in den USA und Großbritannien) immer mehr an monetaristisch-neoliberalen Konzepten zu orientieren, auch in Österreich realisierte man schließlich, dass die ausgabenorientierte Politik nicht mehr als Lösung gesehen werden kann – eine Budgetkonsolidierung wurde angestrebt. Diese wurde in den 90er Jahren zusätzlich durch den EU-Beitritt (und den damit verbundenen Konvergenzkriterien) unterstützt. Das Ende der 90er Jahre bzw. die Regierungszeit Wolfgang Schüssels wurden von einer neoliberalen Politik geprägt, in der die Staatsausgaben stark eingeschränkt wurden und das Marktgeschehen wieder zunehmend in den Vordergrund rückte. Zudem war dieses Zeitalter geprägt durch den aufkeimenden „Aktienboom“, der sich schließlich 2008 in der wohl größten Finanzkrise seit 1929 entlud. Ab diesem Zeitpunkt waren die Regierungen weltweit (so auch in Österreich) gezwungen, wieder vermehrt expansive Politik zu betreiben. Dies manifestierte sich in hohen Budgetdefiziten und Staatsverschuldungen.

Die wirtschaftspolitische Geschichte in Österreich der letzten 40 Jahre weist also zahlreiche Facetten auf und verfolgte mehrere der zuvor beschriebenen Theorien, mit Fokus auf expansiver aber auch restriktiver Politik. Im empirischen Teil dieser Arbeit wird mittels einer Analyse der Budgetreden dieser Periode eruiert, ob sich zwischen der Theorie, den tatsächlichen wirtschaftspolitischen Kennzahlen und den Präsentationen der Budgets einzelne Zusammenhänge herausfinden lassen.

## **7. Bedeutung der Paradigmen für die Regionalentwicklung**

Als letzter „theoretischer“ Punkt, wird überblicksartig auf die Grundlagen der regionalen Entwicklung eingegangen. Dieses Kapitel umfasst zuerst eine allgemeine Einführung in die Materie, bevor nachfolgend einige der wichtigsten Theorien der Wachstums- und Regionalentwicklung genauer erläutert werden. Zum Abschluss wird weiters auf die Regionalentwicklung in Österreich und ihre Instrumente eingegangen. Im empirischen Teil wird anschließend die daraus resultierende Fragestellung, ob und ab welchem Zeitpunkt, Regionalentwicklung und ihre Instrumente Themen des politischen Diskurses wurden, eingehend behandelt.

### **7.1. Räumliche Wachstumstheorien**

Räumliche Wachstumstheorien setzen sich mit den Determinanten räumlicher Wachstumsprozesse auseinander und versuchen Gründe zu finden, wieso innerhalb von Regionen unterschiedliche Entwicklungen stattfinden. Sie geht daher u.a. der Frage nach, wieso einige Regionen schneller wachsen und Arbeit sowie Kapital anziehen, während andere gleichzeitig ihre wirtschaftliche Basis verlieren und folglich schrumpfen. Analog zu den in den vorangegangenen Kapiteln bereits beschriebenen Wirtschaftstheorien kann auch innerhalb der räumlichen Wachstumstheorien zwischen angebots- und nachfrageorientierter Theorien unterschieden werden. Räumliche Wachstumstheorien versuchen grundsätzlich zwei konkrete Fragen zu beantworten: Einerseits, wo sich Standorte für Unternehmen sowie Haushalte, die analog der Neoklassischen Lehre gewinn- bzw. nutzenmaximierend auftreten, geschaffen werden können, andererseits wie sich diese wirtschaftlichen Akteure im Raum entwickeln können?

Weitgehende Einigkeit über alle Theorie bestehe dahin, dass die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen von verschiedenen Determinanten abhängen: Lage und Erreichbarkeit, Sektoralstruktur, Infrastruktur sowie der regionalen Siedlungsstruktur. Die Unterschiede der nun im Anschluss erläuterten Wachstumstheorien liegen u.a. im Zusammenspiel dieser vier Determinanten, aber auch darin wie einzelne Wirtschaftssubjekte auf sie reagieren (Eckey, 2008 – 106ff). Einige der bekanntesten Wachstumstheorien werden nun auf den folgenden Seiten genauer erläutert:

### **7.1.1. Neoklassische Theorie**

Abgeleitet von der Neoklassischen Ökonomietheorie, gibt es auch innerhalb der räumlichen Wachstumstheorien eine Neoklassische Theorie, die in der Ausgangssituation dieselben Facetten wie die bereits beschriebene Neoklassische Theorie der Ökonomie aufweist: Auch hier streben Wirtschaftsakteure eine Maximierung ihres Nutzens an, zudem herrscht vollkommene Information. Preise dienen als Indikatoren für Knappheit und passen sich somit ohne Zeitverzögerung an neue Situationen an, sie können nicht von den Wirtschaftsakteuren beeinflusst werden. Auf den Märkten herrscht vollkommene Konkurrenz. Innerhalb einer Region dienen das Wachstum von Kapital und Arbeit sowie der technologische Fortschritt als Produktionsfaktoren. Der Neoklassische Ansatz sieht deshalb in verschiedenen Regionen ein unterschiedliches Wachstum, weil sich die Produktionsfaktoren immer dorthin verschieben, wo der höchste Zins sowie das höchste Einkommen zu erzielen sind. Im Zentrum der Betrachtung stehen dabei Gleichgewichtszustände und Mechanismen, die diese stabilisieren. Auf regionaler Basis ist ein Gleichgewichtszustand genau dann erreicht, wenn die Wachstumsraten der Produktionsfaktoren Arbeit, technischer Fortschritt und Kapital in beiden Regionen identisch sind. Wird das Gleichgewicht durch unterschiedliche Wachstumsraten gestört, führen

Ausgleichsmechanismen wieder zu einem dynamischen Gleichgewicht. Das Modell führt also zu gleichwertigem Wachstum in wirtschaftlich gleichwertigen Regionen (Toth, 2014).

### 7.1.2. Polarisierungstheorie

Da die Aussagen der Neoklassischen Theorie stets sehr kritisch betrachtet wurden, entstand als Reaktion auf diese die Polarisierungstheorie – im Gegensatz zur Neoklassischen Theorie, die von einer Gleichgewichtstendenz zwischen Regionen ausgeht, werden in der Polarisierungstheorie die Unterschiede zwischen einzelnen Regionen größer. Durch auftretende Ungleichgewichte wird ein kumulativer Entwicklungsprozess in Gang gesetzt, der zu einer Verstärkung der Ungleichgewichte, d.h. zu einer Polarisierung führt (Schätzl, 2003 – S.158ff). Die Wissenschaft unterscheidet zwischen der sektoralen und der regionalen Polarisierungstheorie: Die **sektorale Polarisierungstheorie**, als deren Begründer Josef Schumpeter und François Perroux gelten, sieht als Kernaussagen, dass wirtschaftliches Wachstum sektoral ungleichmäßig verläuft und Innovationen der Auslöser wirtschaftlicher Entwicklungen sind. So erfolgt wirtschaftliches Wachstum nicht gleichmäßig, sondern findet seinen Ursprung in einer „motorischen Einheit“. Diese ist ein Sektor der Wirtschaft, der überdurchschnittlich stark wächst und diese durch seine starke Verflechtung mit anderen Sektoren beeinflusst. Motorische Einheiten können die restlichen Wirtschaftsbereiche sowohl anstoßen, als auch bremsen. Von jenen motorischen Einheiten, die diese Kriterien erfüllen wird eine Erweiterung des Produktionsvolumens sowie eine damit verbundene Stärkung des sektoralen Produktionsprozesses erwartet (ebd.).

Die **regionale Polarisierungstheorie** geht aus der sektoralen Theorie hervor. Sie rückt jedoch die Unterschiede zwischen den Regionen in den Mittelpunkt und untersucht Vorgänge, die die regionale Polarisierung erzeugen. Ihre bedeutendsten Vertreter sind Gunnar Myrdal und Albert Hirschmann. Myrdal sieht die wirtschaftliche Unterentwicklung zwischen Regionen infolge eines kumulativen Prozesses zirkulärer Verursachung. Wird eine Variable verändert, so führt dies zur

Veränderung einer anderen Variable aufgrund von Rückkopplungen, diese können sowohl positiv als auch negativ sein. Auch für Hirschmann kann das wirtschaftliche Wachstum einer Region mit einer Kette von sektoralen Ungleichgewichten gleichgesetzt werden. Er legte fest, dass führende Branchen Wachstumsimpulse durch Vorwärts- (Anstoßeffekte) und Rückkopplungseffekte an weitere Branchen weitergeben. Sowohl Myrdal als auch Hirschmann fassen die Interaktionen zwischen den Regionen in gegenläufigen Effekten zusammen. Diese sogenannten Ausbreitungs- bzw. Sickereffekte sind jene Mechanismen, die zur räumlichen Ausdehnung von Entwicklungsimpulsen führen – sie tragen einen positiven Anstoß zur Nachbarregion und breiten diesen somit räumlich aus. Entzug- oder Polarisierungseffekte umfassen jene Effekte, durch die sich ein positiver Entwicklungseffekt negativ auf die Umgebung auswirkt – diese führen zu räumlicher Divergenz und negativen Entwicklungen (Maier, et al. 2006; S.79ff).

### **7.1.3. Endogene Wachstumstheorie**

Die endogene Wachstumstheorie entstand ebenfalls als Antwort auf die Neoklassische Theorie, und grenzt sich von dieser ab, in dem sie versucht, das Wachstum endogen zu erklären<sup>48</sup> - sie sieht daher eine Modellerweiterung um einen endogenen Faktor vor. Dieser wird als Humankapital interpretiert und hierbei hängt das Wachstum der Wirtschaft von der Zunahme aller drei Inputfaktoren (Kapital, Arbeit und Humankapital) ab. Eine Zunahme an Humankapital führt in der Modellannahme daher zu einer Erhöhung der Produktivität von Arbeit und Kapital. Werden in der Neoklassischen Theorie sämtliche Ungleichgewichte oder regionalen Unterschiede durch den Marktmechanismus eliminiert, wird in der endogenen Wachstumstheorie die Effizienz des Marktmechanismus durch externe Effekte gestört. Der Wachstumspfad des Marktes und jener, der gesellschaftlich am besten ist, sind nicht mehr

---

<sup>48</sup> In der Neoklassischen Theorie wird ein exogenes Langzeitwachstum angenommen, bestimmte Faktoren wie die Wachstumsrate des technischen Fortschrittes sowie Zunahme der Arbeitskräfte wird hier nicht erklärt.

ident. Unterschiedliche räumliche Strukturen können zu divergierenden Entwicklungspfaden führen und diese Strukturunterschiede damit auf Dauer verfestigen (Tóth, 2014).

## **7.2. Regionalentwicklung in Österreich**

Die Region als eigenständige Handlungsebene hat auch in Österreich innerhalb der letzten Jahrzehnte kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Wie in den westlichen Industrieländern zielte auch in Österreich die traditionelle Regionalpolitik auf quantitatives wirtschaftliches Wachstum sowie den Abbau der Disparitäten zwischen Zentren und Peripherien ab. Als Prioritäten galten die Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung sowie die Förderung von Unternehmen. Unter dem Grundsatz der gleichwertigen Lebensbedingungen wurden gezielt Regionen mit Entwicklungsrückständen bevorzugt gefördert (Hummelbrunner et al., 2002; 1).

Obwohl beim Disparitätenabbau bestimmte Erfolge erzielt werden konnten, standen viele Regionen weiterhin vor großen strukturellen Problemen. Die ersten Ansätze gab es in den 70er Jahren, als die Diskussion aufkam, dass Entwicklungspolitik primär nur dann funktioniert, wenn sie auch „von unten“ stattfinden, also das Potenzial der betroffenen Bevölkerung selbst anregt. So kam es gegen Ende der 70er Jahren zu den ersten Konzepten eigenständiger Regionalentwicklung. 1979 wurde vom Bundeskanzleramt die Sonderaktion für entwicklungsschwache Bergbaubetriebe ins Leben gerufen, mit dem Ziel, Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der traditionellen Land- und Forstwirtschaft zu schaffen (Huber 2011;13).

Flächendeckende Ansätze, die das endogene Potenzial von Regionen fördern, gab es in den 80er Jahren, die besonders auf das endogene Potenzial der Regionen abzielten. Schwerpunkte dieser Ausrichtung der Regionalpolitik waren u.a. die Verbesserung der regionalen Innovations- und Anpassungsfähigkeit sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen. Unter

Kanzler Sinowatz lag der Fokus der Regionalförderung stark auf dem industriellen Strukturwandel, hier wurde die sektorübergreifende Regionalpolitik etwas zurückgedrängt. Die Regierung Vranitzky wiederum legte den Schwerpunkt auf Koordinationsaufgaben innerhalb der verschiedenen Wirtschaftssektoren sowie Förderungen für eigenständige Regionalberatung (ebd.; 20).

Im Zuge der 90er Jahre wurde die endogene Erneuerung von Regionen zur dominierenden regionalpolitischen Strategie in Österreich. Damit im Zusammenhang steht die Erkenntnis, dass die wesentlichen regionalen Entwicklungsfaktoren weitgehend immobil sind. Mit verstärkter Integration und Internationalisierung von Regionen kam es zu einer weniger kleinräumigen Ausrichtung und gleichzeitig zu einer Zunahme der Außenbeziehungen – die endogenen Potenziale alleine reichen nicht mehr aus. Als Folge wurden verstärkt Kooperationen und Netzwerke von Unternehmen gefördert, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen zu erhöhen. (Hummelbrunner et al., 2002; 1). Das Prinzip der endogenen Regionalentwicklung sieht die Entwicklung und Umsetzung von stärkengerechten Regionalstrategien vor, wobei hier möglichst viele regionale Akteure (Betriebe, Organisationen, Politik, Arbeitnehmer, Bewohner) einbezogen und zu Trägern Entwicklung werden (Scheer, 1993; 128).

Gravierende Veränderungen der Regionalpolitik in Österreich gab es durch den Beitritt zur Europäischen Union, und der damit verbundenen einheitlichen Übernahme einer EU-weiten Regionalpolitik. Durch die Zunahme von Förderungen und Projektpartnerschaften, kam es zu einer „Professionalisierung der Regionalentwicklung“, in dieser Zeit entstanden zudem die ersten Regionalmanagements.

Seit Anfang der 90er Jahre konnten zwei Trends der Regionalentwicklung in Österreich festgestellt werden: während die Netzwerke und Institutionalisierungen einerseits auf

regionaler, aber vor allem auch globaler Ebene zunehmen, werden andererseits bestimmte Steuerungselemente hauptsächlich der regionalen Ebene zugesprochen. Ein nationalstaatlicher Eingriff tritt hier vornehmlich in den Hintergrund, gekennzeichnet wird dieser Trend durch den Begriff „regional governance“ (Heintel 2005; 51f).

Regionalpolitik umfasst in Österreich jedenfalls keineswegs nur die regionale Wirtschaftsförderung und den Infrastrukturausbau, sondern vielmehr auch Bereiche wie Innovationspolitik oder Umweltverbesserungen. Um dies zu gewährleisten wurden auf bundespolitischer Ebene bereits in den 80er Jahren diverse Instrumente festgelegt und sukzessive verbessert. Diese werden folgendermaßen angegeben:

- regionale Beratungsstellen für kleine und mittlere Unternehmen, Landwirte, lokale Behörden und regionale Entwicklungsinitiativen – Regionalmanagements
- Schaffung von Innovations- und Technologiezentren
- Umfassende Umschulungsprogramme für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen unter anderem bei Betriebsschließungen
- ab Ende der 1990er Jahre: Netzwerke für den Informations- und Erfahrungsaustausch

(Bundeskanzleramt, 2004)

Es lässt sich also erkennen, dass es auch in der Regionalentwicklung sehr unterschiedliche Paradigmen gibt, die ähnlich der Ökonomietheorie angebots- oder nachfrageorientiert sein können. Fand in Österreich zu Beginn der 70er-Jahre noch eine sehr konventionelle Form der Förderung statt, die vorzugsweise zentralistisch gesteuerte Investitionen umfasste, so änderte sich dies im Verlauf der Jahre. War die Ebene der Umsetzung zu Beginn der Regionalentwicklung noch prozessbezogen, so findet heute ein ergebnisorientierter Ansatz statt. Der Staat stellt nun

direkte Finanzmittel für regional initiierte, autonome Projektideen zur Verfügung, das Hauptgewicht liegt auf der Unternehmensberatung. Waren es in den Anfängen regionaler Entwicklung in erster Linie jene Projekte, die aus der Region heraus gewachsen und vorgeschlagen worden sind und in weiterer Folge dann auch von außen finanziell gefördert wurden, so sind es in der Phase der „Unternehmensgründungen“ primär „top-down“-Ansätze gewählt, die regional wirksam werden. Schließlich ist es aber eine Mischung aus diesen beiden Ansätzen („bottom-up“ und „top-down“), die die Oberhand in der Philosophie einer Mainstream-Regionalentwicklung gewinnen konnte. Monetäre Förderleistungen und begleitende Beratung vor Ort gehen jetzt meist Hand in Hand. Wenngleich der prozessorientierte Charakter regionaler Entwicklung heute sicher nicht aufgegeben wurde, so hat sich der Trend doch zu einer ergebnisorientierten Beratung hin entwickelt (Heintel, 2001; S.195).

# Empirischer Teil

## 8. Konzeption und Methode

Nachdem nun im theoretischen Teil ein Überblick über unterschiedliche Arten der ökonomischen Theorien sowie der Regionalökonomie gegeben wurde, wird im empirischen Teil das Vorkommen dieser Ansätze in der österreichischen Wirtschaftspolitik (konkret anhand der Budgetreden der jeweiligen Finanzminister) der letzten Jahrzehnte untersucht. Zu Beginn des Kapitels werden die für diese Arbeit relevanten Forschungsfragen formuliert, im Anschluss werden der Untersuchungsgegenstand und die Methodik genauer erläutert.

### 8.1. Forschungsfragen

Die empirischen Fragestellungen zielen auf eine Analyse der österreichischen Budgetreden ab 1975 ab, konkret geht es um die Erwähnung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und ob deren Anwendung auf eine expansive oder restriktive Finanzpolitik der jeweiligen Regierung schließen lässt. Zudem werden auch die erwähnten Maßnahmen zur Regionalentwicklung behandelt. Die Forschungsfragen haben somit beschreibenden Charakter und behandeln die beiden Themen der Fiskal- und Regionalpolitik in Österreich.

#### **Fiskalpolitik:**

- Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen finden Erwähnung in den untersuchten Budgetreden und welcher Typus der Fiskalpolitik lässt sich daraus ableiten?

- Gibt es Zusammenhänge zwischen den erwähnten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren (Arbeitslosenquote, Wirtschaftswachstum, Budgetdefizit) sowie den unterschiedlichen Regierungsperioden des Untersuchungszeitraumes?
- Inwiefern passen sich Aussagen der Politiker den wirtschaftsgeschichtlichen Ereignissen (wie der Erdölkrise in den 70er/80er Jahren, dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sowie der Finanzkrise 2008) an?

Wie im den nachfolgenden Punkt etwas genauer erklärt, wird mittels einer Schlagwortzählung versucht innerhalb der jeweiligen Budgetreden jene Maßnahmen zu analysieren, die ein expansives staatliches Eingreifen in das wirtschaftspolitische Geschehen forcieren, und jene die sich eines restriktiven Ansatzes bedienen. Mittels Gegenüberstellung zwischen den Erwähnungen der Maßnahmen und ausgewählten Indikatoren sowie der einzelnen Regierungsperioden soll erforscht werden, wie die Umsetzung der Maßnahmen in die politische Realität stattgefunden hat.

### **Regionalpolitik:**

- Welchen Stellenwert nehmen regionalpolitische Erwähnungen in den österreichischen Budgetreden ein? Welche Maßnahmen zur Regionalentwicklung sowie zur Regionalpolitik werden in den untersuchten Reden erwähnt?
- Gab es durch wirtschaftsgeschichtliche Ereignisse (wie dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995) eine veränderte Erwähnung dieser Maßnahmen?

Die Darstellung sowie Entwicklung von regionalpolitischen Maßnahmen innerhalb der österreichischen Budgetreden gestaltet sich sehr interessant. Daher wird neben der zeitlichen Erwähnung der Maßnahmen auch eine qualitative Entwicklung über die Jahre erforscht, um herauszufinden, ob die regionalpolitische Entwicklung in bestimmten Perioden besonders forciert wurde und wenn ja wann.

## **8.2. Untersuchungsgegenstand der Analyse**

Wie bereits erwähnt, dienen als Gegenstand der empirischen Untersuchung die Budgetreden der österreichischen Finanzminister<sup>49</sup>. Da eine Untersuchung sämtlicher Budgetreden der zweiten Republik den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, liegt der Fokus auf den Reden ab dem Jahr 1975 (mit Beginn der dritten Legislaturperiode der „Ära-Kreisky“ unter Finanzminister Ferdinand Lacina). Bei der Analyse der Budgetreden wurde lediglich die Rede des jeweiligen Finanzministers analysiert, eventuelle Reden anderer Politiker derselben Sitzung, die beispielsweise auf die Budgetreden reagieren, sind nicht Teil dieser Untersuchung. Somit wird davon ausgegangen, dass die Budgetreden den leitenden Ansatzpunkt der wirtschafts- und finanzpolitischen Konzepte der jeweiligen Regierung darstellten. Die Untersuchungsperiode umfasst 35 Budgetreden zwischen den Jahren 1975 und 2013<sup>50</sup>. Da einige Reden ein Doppelbudget beinhalten, weicht die Anzahl der untersuchten Reden von den Jahren des untersuchten Zeitraumes leicht ab. Eine genaue Auflistung aller analysierten Budgetreden kann Tabelle 2 entnommen werden. Das Jahr 1975 wurde als Jahr für den Beginn der Analyse gewählt, da es das erste Jahr einer neuen

---

<sup>49</sup> Im politischen Kontext wird die Budgetrede als: „Erklärung des Bundesministers für Finanzen zu den Regierungsvorlagen betreffend die Bundesfinanzgesetze für das Jahr xxxx/die Jahre xxxx und xxxx“ bezeichnet“, im weiteren Sinne wird aber der Begriff Budgetrede verwendet

<sup>50</sup> Die Jahresangabe bezieht sich hier immer auf das Datum der gehaltenen Rede und nicht auf jene Jahre für die das Budget erarbeitet wurde

Regierungsperiode darstellt (Regierung Kreisky III/ XIV. Gesetzgebungsperiode) und die Anzahl der analysierten Reden in einem überschaubaren Rahmen gehalten werden sollte.

Tabelle 2: Darstellung der untersuchten Budgetreden (1975 – 2013)

Nr.	Periode der Gesetzgebung	Jahr der Budgetrede	vorgesehene/s Budgetjahr/e	Finanzminister <sup>51</sup>	Bundeskanzler	Regierung
1	XIV	1975	1976	Androsch	Kreisky	Kreisky III
2	XIV	1976	1977	Androsch	Kreisky	Kreisky III
3	XIV	1977	1978	Androsch	Kreisky	Kreisky III
4	XIV	1978	1979	Androsch	Kreisky	Kreisky III
5	XV	1979	1980	Androsch	Kreisky	Kreisky IV
6	XV	1980	1981	Androsch	Kreisky	Kreisky IV
7	XV	1981	1982	Salcher	Kreisky	Kreisky IV
8	XV	1982	1983	Salcher	Kreisky	Kreisky IV
9	XVI	1983	1984	Salcher	Sinowatz	Sinowatz
10	XVI	1984	1985	Vranitzky	Sinowatz	Sinowatz
11	XVI	1985	1986	Vranitzky	Sinowatz	Sinowatz
12	XVII	1987	1987	Lacina	Vranitzky	Vranitzky I
13	XVII	1987	1988	Lacina	Vranitzky	Vranitzky II
14	XVII	1988	1989	Lacina	Vranitzky	Vranitzky II
15	XVII	1989	1990	Lacina	Vranitzky	Vranitzky II
16	XVIII	1991	1991	Lacina	Vranitzky	Vranitzky III
17	XVIII	1991	1992	Lacina	Vranitzky	Vranitzky III
18	XVIII	1992	1993	Lacina	Vranitzky	Vranitzky III
19	XVIII	1993	1994	Lacina	Vranitzky	Vranitzky III
20	XIX	1995	1995	Lacina	Vranitzky	Vranitzky IV
21	XX	1996	1996, 1997	Klima	Vranitzky	Klima
22	XX	1997	1998	Edlinger	Vranitzky	Klima
23	XX	1998	1999	Edlinger	Vranitzky	Klima
24	XXI	2000	2000	Grasser	Schüssel	Schüssel I
25	XXI	2000	2001	Grasser	Schüssel	Schüssel I
26	XXI	2001	2002	Grasser	Schüssel	Schüssel I
27	XXII	2003	2003, 2004	Grasser	Schüssel	Schüssel II
28	XXII	2004	2005	Grasser	Schüssel	Schüssel II
29	XXII	2005	2006	Grasser	Schüssel	Schüssel II
30	XXIII	2007	2007, 2008	Molterer	Gusenbauer	Gusenbauer
31	XXIV	2009	2009, 2010	Pröll	Faymann	Faymann I
32	XXIV	2010	2011	Pröll	Faymann	Faymann I
33	XXIV	2011	2012	Fekter	Faymann	Faymann I
34	XXIV	2012	2013	Fekter	Faymann	Faymann I
35	XXV	2013	2014, 2015	Spindelegger	Faymann	Faymann II

Quelle: Homepage des österreichischen Parlaments; eigene Darstellung, 2015

<sup>51</sup> Unter Finanzminister wird jener Minister verstanden, in dessen Zuständigkeit die Erstellung der Budgetrede fiel. Keine Erwähnung findet daher Minister Staribacher (Amtszeit von lediglich acht Monaten zwischen 1995 und 1996)

### 8.3. Methodik

Als Methodik für die inhaltliche Analyse der Budgetreden wurde eine quantitative Analyse gewählt, die auf der Nennung bestimmter Schlagwörter sowie politischer Maßnahmen innerhalb der einzelnen Budgetreden basiert. Als Schlagwörter im politischen Sinne werden Wörter bezeichnet, die „in öffentlichen Auseinandersetzungen häufig, oft inflatorisch, verwendet werden und in komprimierter Form politische Einstellungen ausdrücken oder provozieren“ (Klein, 1989; S.11). So wurde im Zuge der inhaltlichen Analyse der Budgetreden einerseits nach einzelnen, vorher formulierten Schlagworten gesucht (Beispiele sind hier „Nulldefizit“ oder „Budgetkonsolidierung“), andererseits wurden aber auch Ausschau nach konkreten Maßnahmen („Ausdehnung von Subventionen“, „Erhaltung einer geringen Arbeitslosenquote“) gehalten, die von den Finanzministern erwähnt werden. Die Auswahl der Kriterien erfolgte zunächst anhand der theoretischen Grundlagen und Eigenschaften von wirtschaftspolitischen Programmen (im Falle einer expansiven Budgetpolitik wäre eine Steigerung der öffentlichen Investitionen beispielsweise eine derartige Eigenschaft), wurde aber auch als iterativer Prozess gesehen, sodass im Laufe der Analyse auch weitere Schlagwörter und Maßnahmen als wichtig erachtet und weiter verfolgt wurden.

Somit konnte ein Katalog mit Schlagwörtern und Maßnahmen erstellt werden, der sich grob in drei Kategorien gliedern lässt: expansive Fiskalpolitik, restriktive Fiskalpolitik, Regionalpolitik. Im Falle der expansiven sowie restriktiven Finanzpolitik gab es zudem eine themenbezogene Sub-Kategorisierung (beispielsweise eine Trennung in Einnahmen- und Ausgabenseite). Somit war eine detaillierte Untersuchung einzelner Maßnahmen möglich die zudem über die Jahre verglichen werden konnten. Zudem erfolgte auch ein zeitlicher Abgleich mit den einzelnen Regierungsperioden, wodurch eine chronologische Analyse der Nennung bestimmter Schlagwörter der Regierungsparteien getätigt werden konnte.

Anschließend werden diese einzelnen Themenblöcke des Kataloges sowie die gezielten Schlagwörter und Maßnahmen, nach denen die Texte durchsucht wurden, dargestellt:

Der erste Teil des Kataloges behandelt jene Schlagwörter und Maßnahmen, die einer **expansiven Fiskalpolitik** zugeordnet werden können. Hier wurden die untersuchten Begriffe hinsichtlich ihrer Auswirkungen in die Bereiche Konjunkturpolitik, Staatseinnahmen und -ausgaben sowie Beschäftigung eingeteilt.

Tabelle 3: Maßnahmen und Schlagwörter zur Konjunkturbelebung

	<b>konjunkturbelebenden Fiskalpolitik als allgemeine Zielsetzung</b>
Schlagwörter/ Maßnahmen	Betreibung einer (aktiven) Konjunkturpolitik
	Konjunkturbelebungs/ Belebungsmaßnahmen/ konjunkturbelebende Politik
	Forcierung einer expansiven Wirtschafts- und Budgetpolitik
	Abkehr von Maßnahmen der restriktiven Budgetpolitik
	Inkaufnahme einer Defiziterhöhung/ Anstieg des Defizits
	Kreditaufnahme des Staates/ öffentliche Kreditaufnahme
	Anstieg der Staats- /Finanzschulden/ Neuverschuldung als Konjunkturstütze
	Ankurbelung der gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Quellen: eigene Darstellung, 2015

In Tabelle 3 sind jene Begriffe dargestellt, deren klare Zielsetzung eine Belebung der Konjunktur ist. Neben dem weitläufig bekannten Schlagwort der „Konjunkturbelebungs“, finden sich hier auch die Begriffe –„Defiziterhöhung“ sowie „Anstieg der Staatsschulden“ (oder das in den letzten Jahrzehnten populär gewordene Schlagwort der „Neuverschuldung“) wider. Die hier vereinigten Maßnahmen und Schlagwörter sehen die Inkaufnahme der Staatsverschuldung als wichtiges Instrument, um einen Konjunkturaufschwung aktiv zu steuern. Als ein wesentlicher Bestandteil der in der vorangegangenen Tabelle erwähnten Maßnahmen, dient die Erhöhung der Staatsausgaben, um in erster Linie Wirtschaft und Konsumtätigkeit anzukurbeln. In der folgenden Tabelle

(Tabelle 8) finden neben einer Ausdehnung der öffentlichen Investitionen auch diverse staatliche Begünstigungen (Beihilfen, Zuschüssen, etc.) sowie Stützungen (Subventionen, Förderungen) Berücksichtigung.

Tabelle 4: Maßnahmen und Schlagwörter zur Ausdehnung der Staatsausgaben

<b>Staatsausgaben: Ausdehnung der öffentlichen Investitionen, zur Ankurbelung des Konsums</b>	
Schlagwörter/ Maßnahmen	Erhöhung der Investitionen
	Maßnahmen zur Investitionsbelebung / Investitionsoffensive
	Stimulierung/ Impulse setzen
	Erhöhung der Staatsausgaben/ zusätzliche Staatsausgaben/ Mehrausgaben
	hohe Investitionsquote
	hohe Exportrate/ Förderung der Exporte/ starke Exportdynamik/ Exportoffensive
	Ausdehnung/Erhöhung von Subventionen
	Ausdehnung von Förderungen

Quellen: eigene Darstellung, 2015

Ebenso wurde nach jenen Schlagwörtern und Maßnahmen gesucht, in denen der Staat auf der Einnahmenseite die Zügel etwas lockert (Tabelle 5: Maßnahmen und Schlagwörter zur Senkung der Staatseinnahmen), um durch die Senkung der zumeist steuerlichen Belastungen eine konjunkturelle Dynamik zu erzielen.

Tabelle 5: Maßnahmen und Schlagwörter zur Senkung der Staatseinnahmen

<b>Senkung der Staatseinnahmen</b>	
Schlagwörter/ Maßnahmen	Entlastung (der Steuerzahler)/ Belastung senken
	Steuersenkung/ Steuerentlastung
	Senkung der Abgabenquote

Quellen: eigene Darstellung, 2015

Ebenfalls analysiert wurden Maßnahmen sowie Schlagwörter zur Sicherung und Erhaltung einer aktiven Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik. Diese sind in der folgenden Tabelle (Tabelle 6) dargestellt, ein erwähnenswertes Schlagwort, das besonders im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts geprägt wurde, ist jenes der „Vollbeschäftigung“.

Tabelle 6: Maßnahmen und Schlagwörter einer aktiven Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik

<b>Expansive Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik</b>	
Schlagwörter/ Maßnahmen	Gesamtstabilität erzielen
	Geldwertstabilität sichern/ fortsetzen
	Fortsetzung der Stabilitätspolitik
	hohes Beschäftigungsniveau halten/ aktive Beschäftigungspolitik
	Verhinderung von Beschäftigungseinbrüchen
	Vollbeschäftigung (Erhaltung/Sicherung)
	Sicherung der Arbeitsplätze/ Beschäftigung
	Schaffung neuer Arbeitsplätze
	Aktive Arbeitsmarktpolitik/ Arbeitsmarktförderung

Quellen: eigene Darstellung, 2015

Der zweite Teil des Katalogs umfasst jene politischen Maßnahmen und Schlagwörter, die eine **restriktive Fiskalpolitik** beschreiben. Auch hier gibt es eine Unterteilung in vier Kategorien: Neben Staatsschulden werden auch Staatseinnahmen, -ausgaben sowie der Wirtschafts- und Arbeitsmarkt behandelt.

Tabelle 7: Maßnahmen und Schlagwörter zur Reduzierung der Staatsschulden

<b>Anwendung restriktiver Fiskalpolitik zur Eindämmung der Staatsschulden</b>	
Schlagwörter/ Maßnahmen	restriktive Budgetpolitik/ restriktive Budgeterstellung
	vorsichtiger Budgetkurs/ verantwortungsvolle Budgetpolitik/ vernünftige Budgetpolitik
	Budgetentlastung
	Konsolidierung fortgesetzt
	Konsolidierungspolitik
	(ausgabenseitige) (Budget-)Sanierung
	Staatsverschuldung reduzieren/eindämmen/ Schuldenbremse
	Defizit (Nettodefizit/Bruttodefizit) allgemein

	Defizit einschränken/ verringern/ abbauen/ senken
	Defizitstabilisierung/ Stabilisierung der Ausgaben/ Stabilisierungsprogramm/-paket
	Nulldefizit

Quellen: eigene Darstellung, 2015

In Tabelle 7 sind jene politischen Maßnahmen und Schlagwörter dargestellt, die eine Reduktion des staatlichen Defizits behandeln. Neben Konsolidierungs- und Entlastungsmaßnahmen sowie dem Senken der Staatsausgaben ist hierbei auch das Schlagwort des „Nulldefizits“ beinhaltet, das eine besonders markante Prägung um die Jahrtausendwende (mit Beginn der Schwarz-Blauen-Koalition) fand.

Eng mit der Reduzierung des öffentlichen Haushaltsdefizits verbunden sind eine Verringerung der staatlichen Ausgaben sowie eine Erhöhung möglicher öffentlicher Einnahmen. In den folgenden beiden Tabellen werden jene Kriterien des Katalogs dargestellt, die sich mit einer ausgaben- bzw. einnahmenseitigen Sanierung des staatlichen Haushaltes beschäftigen.

Tabelle 8: Maßnahmen und Schlagwörter zur Verringerung der Staatsausgaben

<b>Staatsausgaben: Einsparungen zum Abbau des Budgetdefizits</b>	
Schlagwörter/ Maßnahmen	Staatsausgaben einschränken/ Ausgabenreduktion
	Ausgabendisziplin/ Disziplin beim Budgetvollzug
	Absenkung der Ausgabendynamik
	Sparmaßnahmen/Sparbudget
	Senkung der staatlichen Kreditnachfrage
	Investitionen (allgemeine Erwähnung)
	Reduzierung von Investitionen
	Reduzierung von Zuschüssen
	Sparsamkeit/ Einsparungen
	ausgabenseitige Kürzungen
	Verringerung von Förderungen/Förderausgaben/Zuschüssen
	Reduktion bzw. Evaluierung von Subventionen
	Rationalisierung

Quellen: eigene Darstellung, 2015

Tabelle 9: Maßnahmen und Schlagwörter zur Erhöhung der Staatseinnahmen

<b>Erhöhung der Staatseinnahmen</b>	
Schlagwörter/ Maßnahmen	Erhöhung von Abgaben/Beiträgen/Gebühren
	Steuererhöhung
	Einführung neuer Steuern

Quellen: eigene Darstellung, 2015

Einen weiteren Teil des Maßnahmenkataloges bilden Maßnahmen und Schlagwörter, die sich mit der Intervention staatlichen Handelns in marktwirtschaftliches Geschehen beschäftigen. Ein Begriff der seit jeher stellvertretend hierfür steht, ist „Privatisierung“, also die Umwandlung von öffentlichem Vermögen in privates Eigentum.

Tabelle 10: Maßnahmen und Schlagwörter zum Abbau der staatlichen Intervention

<b>Liberalisierung des staatlichen Handelns</b>	
Schlagwörter/ Maßnahmen	Flexibilität der Finanzpolitik/Wirtschaftspolitik/ flexiblere Rahmenbedingungen
	Flexibilisierung
	wirtschaftliche Regeln/ Regulierung/ Rücknahme staatlicher Regulierungen/ Deregulierung/ Liberalisierung
	Rücknahme von staatlichen Aktivitäten
	Privatisierung bzw. Ausgliederung von staatsnahen Betrieben

Quellen: eigene Darstellung, 2015

Der dritte Teil des Maßnahmenkataloges umfasst Erwähnungen im regionalpolitischen Kontext. Auch hier wurde ein iterativer Prozess als Vorgehensweise gewählt, sodass der Katalog im Laufe der Analyse um einige Punkte anwuchs. Verglichen mit den beiden vorangegangenen Teilen des Maßnahmenkatalogs fällt auf, dass die Anzahl der analysierten

Maßnahmen sowie Schlagwörter mit Bezug zu Regionalentwicklung bzw. -politik deutlich geringer ausfällt.

Tabelle 11: Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalentwicklung

	Regionalpolitische Instrumente
Schlagwörter/ Maßnahmen	Maßnahmen und (Sonder-)programme zur Regionalentwicklung
	Stärkung des ländlichen Raumes
	Agrarförderung/ Agrarsubvention/ Förderung der Landwirtschaft
	Förderung für KMUs (Klein- und Mittelbetriebe)
	Unterstützung zur Strukturanpassung/ Maßnahmen zur Strukturverbesserung im regionalen Raum
	Ausbau der regionalen Infrastruktur

Quellen: eigene Darstellung, 2015

Der Fokus dieser Maßnahmen und Schlagwörter liegt auf der Erwähnung von **regionalpolitischen Maßnahmen**, die die Entwicklung des ländlichen Raumes betreffen. Der Punkt Förderungen umfasst sich hier ausschließlich jene staatlichen Unterstützungen, die auf die regionale Entwicklung abzielen, und ist daher nicht analog mit „Ausdehnung von Förderungen“ (Tabelle 4) zu setzen.

#### 8.4. Analyse und Indikator

Im Zuge der Analyse für diese Arbeit wurden die Budgetreden der Jahre 1975 bis 2015 nach den oben erwähnten Maßnahmen sowie Schlagwörtern durchsucht und ihre Nennungen zusammengefasst. Um eine direkte Vergleichbarkeit der Nennungen über die einzelnen Regierungsperioden zu ermöglichen, bedurfte es der Erstellung eines Indikators. So wurden als weiterer Schritt die Wörter der Budgetreden gezählt, und diese in Relation zur Nennung

der verschiedenen Maßnahmen und Schlagwörter gesetzt<sup>52</sup>. Als Indikator wurde hierbei die **Nennung je 1000 Wörter** ausgewählt, wie im Beispiel (Tabelle 12) dargestellt:

Tabelle 12: Nennungen konjunkturbelebender Maßnahmen und Schlagwörter in der Budgetrede für das Jahr 1976

<b>konjunkturbelebende Fiskalpolitik</b>	Anzahl Nennungen absolut	Anzahl Nennungen je 1000 Wörter
(aktive) Konjunkturpolitik	1	0,16
Konjunkturbelebungs/ Belebungsmaßnahmen	2	0,31
expansive Wirtschaftspolitik/ expansive Budgetpolitik	2	0,31
Abkehr von der restriktiven Budgetpolitik	0	0,00
Erhöhung des Defizits/ Anstieg des Defizits	0	0,00
Kreditaufnahme des Staates/ öffentliche Kreditaufnahme	2	0,31
Anstieg der Staats- /Finanzschulden/ Neuverschuldung	0	0,00
gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhalten	1	0,16
<b>Gesamtzahl der Wörter</b>	<b>6 441</b>	

Quellen: eigene Darstellung, 2015

Auf diese Weise wurden alle 35 Budgetreden nach Maßnahmen und Schlagwörtern durchsucht und deren Erwähnungen in Relation zur Länge der jeweilige Rede gesetzt, womit sie hinsichtlich ihrer Häufigkeit vergleichbar sind. Zusätzlich kann dieser Indikator (jährliche Nennungen je 1000 Worte) im Anschluss mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren in Relation gesetzt sowie zeitlich mit den einzelnen Regierungsperioden abgeglichen werden. Für den zeitlichen Abgleich wurde in der Darstellung eine Zeitleiste erstellt, die in der ersten Zeile den Finanzminister und darunter den amtsinhabenden Bundeskanzler darstellt. Die Parteizugehörigkeit ist durch unterschiedliche Hinterlegung gekennzeichnet (hellgrau = SPÖ, dunkelgrau = ÖVP, weiß = FPÖ, unterstrichener Namen = parteiunabhängig).

Androsch	Salcher	Vr.	Lacina	SB	Edlinger	Grasser	<u>Grasser</u>	Molt.	Pröll	Fekter	SE
Kreisky	Sinowatz		Vranitzky		Klima	Schüssel		GB	Faymann		

<sup>52</sup> Da jede Budgetrede eine unterschiedliche Länge aufweist bzw. jene Reden, die ein Doppelbudget behandeln teilweise auch doppelt so lang sind

Abkürzungen:

Vr.: Finanzminister Vranitzky (späterer Bundeskanzler), SB: Finanzminister Andreas Staribacher (1995 – 96, war allerdings für keine Budgetrede verantwortlich, K: Finanzminister Victor Klima (später Bundeskanzler), GB: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (2007 – 2008), Molt.: Finanzminister Wilhelm Molterer, SE: Finanzminister Michael Spindelegger (2013 – 2014)

## 9. Ergebnisse der empirischen Untersuchung

Die Budgetreden wurden basierend auf dem im vorangegangenen Kapitel erwähnten Maßnahmenkatalogs analysiert, und die Häufigkeiten der Nennungen der ausgewählten Schlagwörter und wirtschaftspolitischen Maßnahmen dargestellt. Die Ergebnisse wurden chronologisch über die Jahre 1975 bis 2014 abgebildet und mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren verglichen. Diese umfassen die Arbeitslosenquote<sup>53</sup>, das Wirtschaftswachstum (real), das Budgetdefizit (jährliches aber auch gesamt jeweils in Relation zum BIP) und die staatlichen Einnahmen- und Ausgabenquoten<sup>54</sup>. Zudem wurden auf einer Zeitleiste jeweils die amtierenden Bundeskanzler und Finanzminister (als Verantwortungsträger des Budgets) für die Regierungsperioden zwischen 1975 und 2015 dargestellt.

### 9.1. Konjunkturbelebende Fiskalpolitik als allgemeine Zielsetzung

Die untersuchten Schlagwörter und Maßnahmen, die sich mit der Ankurbelung der Konjunktur und der damit verbundenen Erhöhung des Defizits beschäftigen, zeigen in der Häufigkeit ihrer Erwähnung eine deutlich chronologische Differenzierung. Wie in Abbildung 1 zu erkennen, gab es besonders in den ersten Jahren des Analysezeitraumes eine sehr häufige Nennung konjunkturbelebender Fiskalpolitik. Hier ist besonders der Einfluss des „Austro-Keynesianismus“ zu betrachten; einer der Grundsätze der Budgetpolitiken von 1976 und 1977 war jeweils die Betreibung einer „expansiven Budgetpolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze“ (Androsch, 1976 bzw. 1977). Die finalen Jahre dieser ökonomisch herausragenden Phase der österreichischen Wirtschaftspolitik werden hier deutlich belegt. Besondere „Auswüchse“ der Nennungen

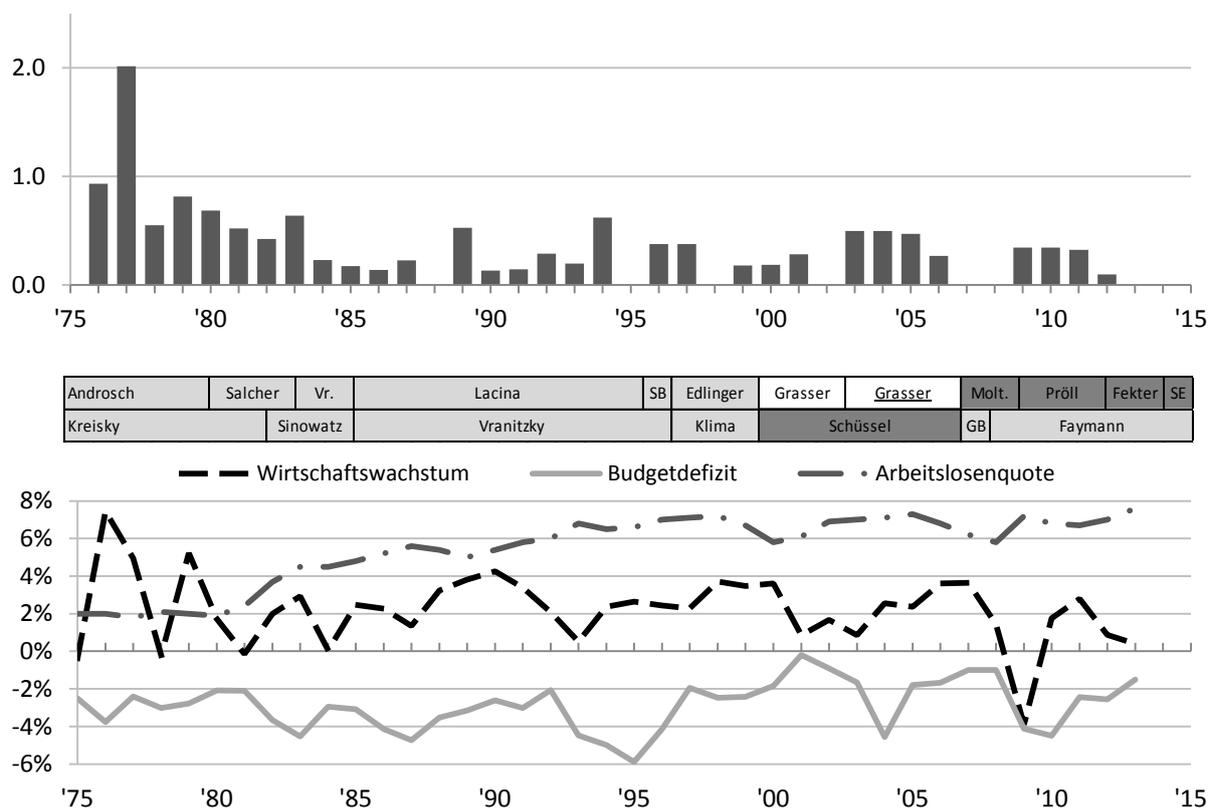
---

<sup>53</sup> nationale Berechnung

<sup>54</sup> Der Vergleich mit den genannten Indikatoren erfolgte hierbei nicht mit dem Jahr, in dem die Budgetrede gehalten wurde, sondern mit jenem des budgetierten Zeitraumes. Bspw. wurde die Budgetrede 1975 für das Jahr 1976 am 12. November 1975 statt, die erwähnten Maßnahmen sowie Schlagwörter werden aber mit dem Budgetdefizit des Jahres 1976 verglichen. Im Falle eines Doppelbudgets wurden die Maßnahmen beiden darauffolgenden Jahren zugerechnet.

konjunkturbelebender Instrumente sind für die Rede des Jahres 1977 zu erkennen, hier belief sich die relative Anzahl auf mehr als das Doppelte des zweithöchsten Wertes.

Abbildung 1: relative Nennungen ausgewählter konjunkturbelebender Maßnahmen und Schlagwörter in den österreichischen Budgetreden sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden



Quellen: eigene Darstellung, 2015

Mit dem Ende der „Ära-Kreisky“ schien allerdings auch die „Konjunkturbelebungs“ als allgemeine Zielsetzung Abschied aus den Budgetreden zu nehmen. Wie Abbildung 1 zeigt, nahmen die relativen Nennungen von Schlagwörtern zur Konjunkturpolitik über den Analysezeitraum deutlich ab. Auch lassen sich nur wenige Analogien zu den ausgewählten Indikatoren feststellen. So wurde zu Beginn des Analysezeitraumes dem obersten Ziel, der „Konjunkturankurbelung zur Arbeitsplatzsicherung“, deutlich Folge geleistet (es kam die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum nicht über einen Wert von 3%). Zudem nahm die

Arbeitslosigkeit mit Ende der „Ära-Kreisky“, als der Sicherung einer möglichst hohen Beschäftigtenrate nicht mehr so viel Wert beigemessen wurde (dies wird in Abbildung 5 genauer dargestellt), zu. Das Wirtschaftswachstum stieg in den Jahren 1976 bzw. 1977 stark an<sup>55</sup>, hier ist die häufige Erwähnung der „Konjunkturbelebungs“ sowie damit verwandter Begriffe gut sichtbar. Innerhalb des jüngeren Analysezeitraumes, lassen sich aber auch hier keine Analogien ziehen. Der Schwerpunkt der Konjunkturbelebungs als Vorkommnis in den Budgetreden lag eindeutig in den späten 70er und frühen 80er Jahren.

## **9.2. Staatsausgaben erhöhen - Ausdehnung der Investitionen**

Die Analyse jener Maßnahmen sowie Schlagwörtern in den österreichischen Budgetreden, die auf eine ausgabenseitige Ausweitung öffentlicher Gelder abzielen, weist auf den ersten Blick eine deutliche höhere Anzahl an relativen Nennungen auf, als die zuvor beschriebenen allgemeinen Erwähnungen der konjunkturbelebenden Fiskalpolitik. Waren diese zu Beginn des Analysezeitraumes noch sehr gering, stiegen sie gegen Ende der 70er Jahre etwas an. Die höchste relative Zahl an Erwähnungen von staatsausgabenerhöhenden Maßnahmen gab es in der Budgetrede für die Jahre 1984 sowie 2009. Bei letzterer trug offensichtlich die starke Ankurbelung der öffentlichen Ausgaben aufgrund der Nachwirkungen der Finanzkrise 2008 zur Expansion der Gesamtzahl bei, im Jahr 1984 wurde eine ausgiebige Offensive der Investitions- und Forschungsförderung geplant, die sich in der Budgetrede deutlich niederschlägt.

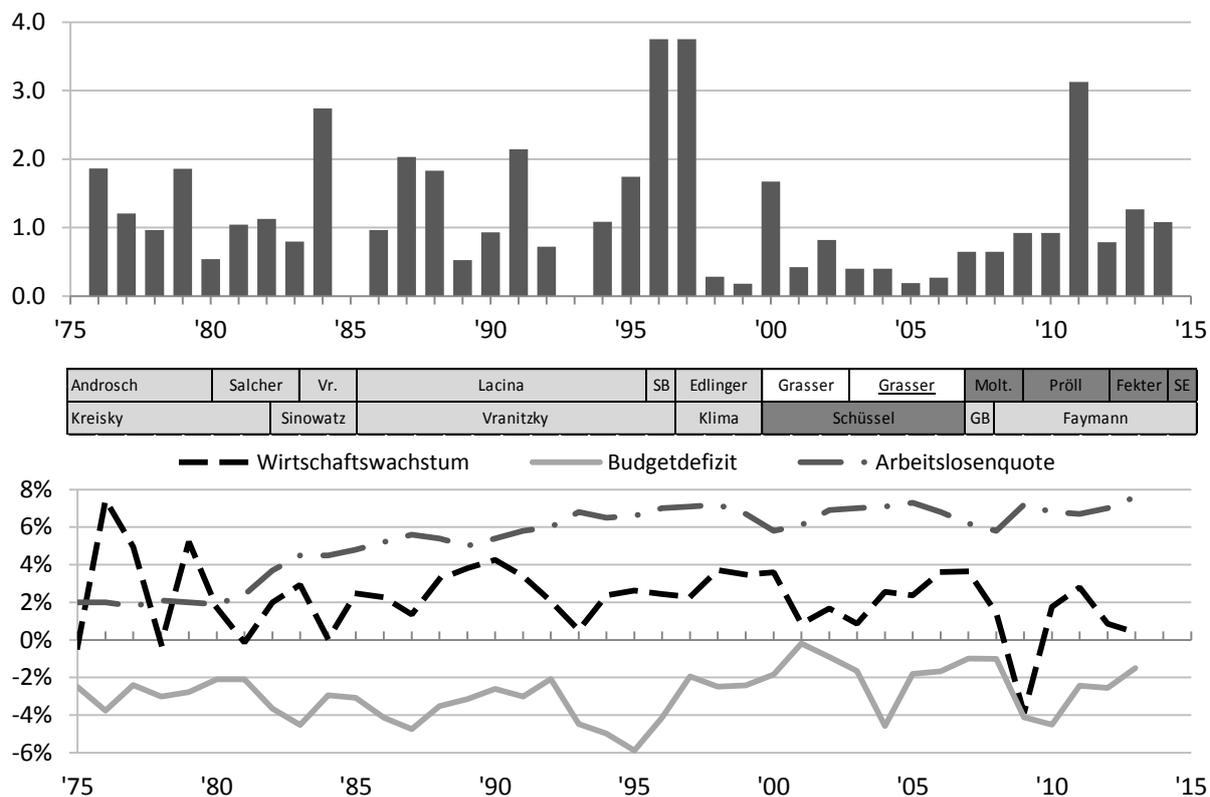
Interessant gestaltet sich ein zudem Vergleich zwischen den relativen Nennungen ausgabenseitiger Maßnahmen und Schlagwörter sowie der Entwicklung des Haushaltsdefizits. Innerhalb des Analysezeitraumes lässt sich zu mehreren Zeitpunkten ein direkter Anstieg des

---

<sup>55</sup> die Steigerungsraten von 7,4% bzw. 5%, wurden seither nur mehr einmal, nämlich 1979, erreicht

Defizits erkennen, nachdem die Budgetrede von Begriffen dominiert war, die die staatlichen Ausgaben erweitern und das Budget de facto zusätzlich belasten.

Abbildung 2: relative Nennungen ausgewählter ausgabenseitiger Maßnahmen und Schlagwörter zur Ankurbelung des Konsums sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden



Quellen: eigene Darstellung, 2015

Neben den offensichtlichen Defizitzahlen im Zuge der Finanzkrise 2008 (die sich in den Jahren 2009 und 2010 entfalten, siehe Abbildung 2), sind für die Budgetjahre 1994, 2003 sowie 2004 ebenfalls leichte Analogien zwischen den relativen Nennungen von budgetbelastenden Maßnahmen/Schlagwörtern sowie der Defizitsteigerung erkennbar. So lag beispielsweise das Haushaltsdefizit für 1994 bei knapp -5%, für 2003 und 2004 bei -1,7% bzw. -4,6%.

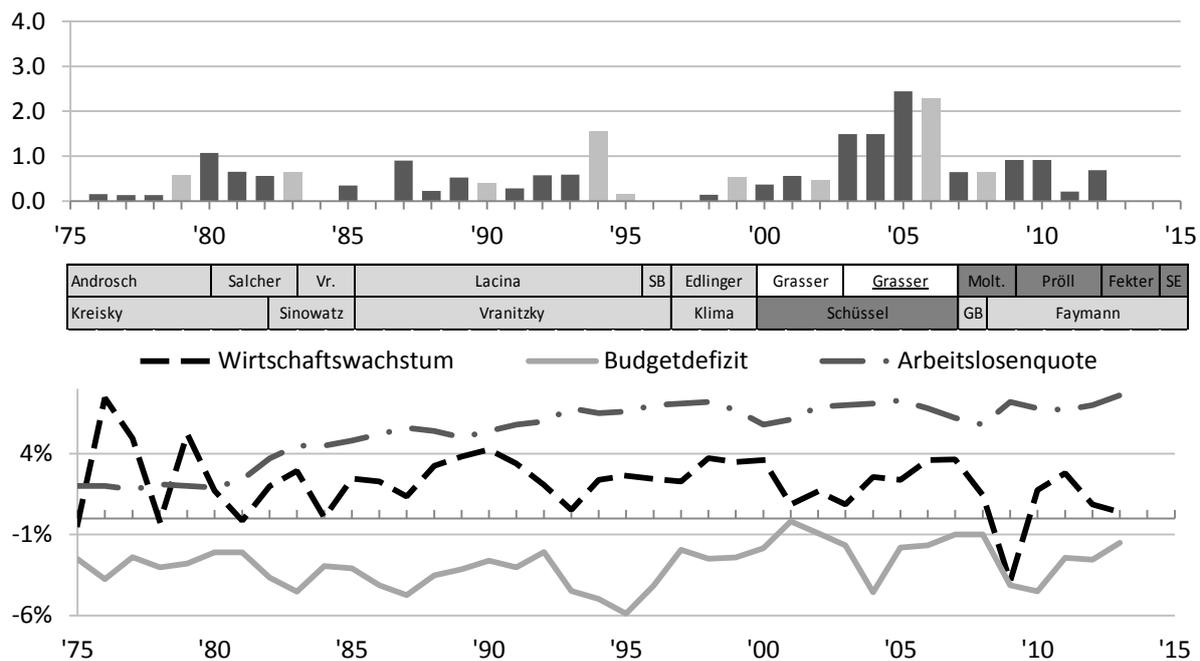
Zusammenhänge zwischen den Nennungen und der Entwicklung von „Arbeitslosenquote“ sowie „Wirtschaftswachstum“ lassen sich hingegen keine erkennen.

### 9.3. Senkung der Staatseinnahmen - geringere Belastung des Steuerzahlers

Die Erwähnung jener Maßnahmen und Schlagwörter, die eine Senkung der öffentlichen Einnahmen vorsehen, um das Wachstum anzukurbeln, weist in der Anzahl ebenfalls deutliche Unterschiede über die Untersuchungsperiode aus. Wurden diese gegen Ende der 70er Jahre noch relativ selten genannt, stieg dieser Wert mit Beginn der 80er Jahre stetig an. Hier ist allerdings hinzuzufügen, dass sich die Quote von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen gemessen am BIP während der 70er Jahren bei durchschnittlich 37,5% befand (WKO online, 2014). Diese Quote wuchs mit Beginn der 80er Jahre Richtung 40% an (siehe Abbildung 4), analog dazu lässt sich auch eine Häufung der Nennungen von Entlastungsmaßnahmen erkennen.

In den Budgetreden für 1979 bis 1981 werden folglich Entlastungsmaßnahmen angesprochen. Selbiges ist auch für die Rede des Jahres 1994 zu erkennen, auch hier war eine Steuerentlastung zur Senkung der Abgabenquote geplant. Bis auf den Ausnahmefall des Jahres 1994 ergibt sich für die 90er Jahre und den Beginn des Jahrtausends ein sehr ähnliches Bild, mit wenigen bis teilweise gar keinen Nennungen (u.a. in den Jahren 1996 sowie 1997) erkennen. Erst unter Finanzminister Grasser steigt die Anzahl der relativen Nennungen von Maßnahmen und Schlagwörtern zur Senkung der Staatseinnahmen wieder an. Hier ist parallel dazu ein starker Anstieg der Abgabenquote zu erkennen, die im Jahr 2001 ihren bisherigen Höchstwert von fast 44% erreichen konnte.

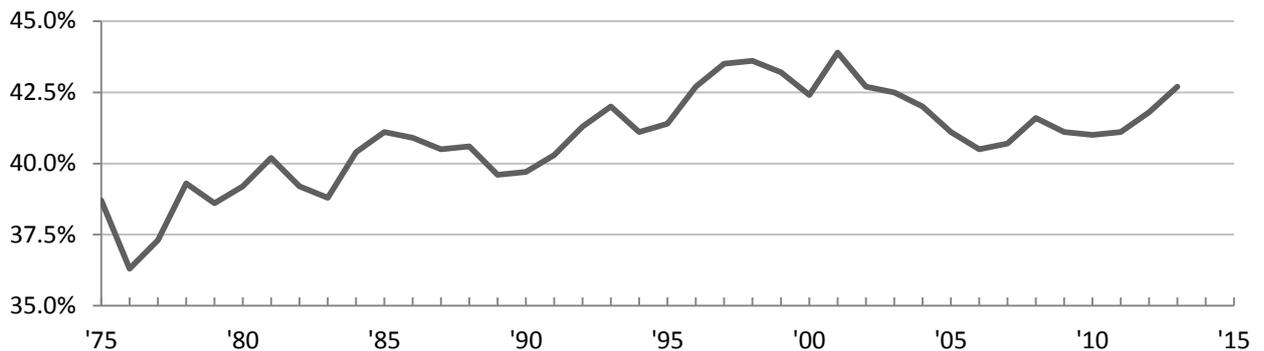
Abbildung 3: relative Nennungen ausgewählter einnahmenseitiger Maßnahmen und Schlagwörter mit einnahmenseitiger Budgetbelastung sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden (Wahljahre hell markiert)



Quellen: eigene Darstellung, 2015

Auch hier war ein Steuerentlastungspaket die Folge der hohen Quote, deren Wert in den folgenden Jahren in die Nähe von 40% sinken konnte. Ein Vergleich zwischen relativen Nennungen und einem Wirtschaftswachstum lässt sich maximal für die eben erwähnte Periode zwischen 2003 und 2006 erkennen. Hier betrug das Wachstum zwischen 2,5% und 3,6%, schlüssige Zusammenhänge zu den Budgetreden sind hier allerdings nicht möglich, da es in anderen Zeiträumen ähnliche Wachstumsphasen gab, ohne dass sich die Erwähnung von einnahmensenkenden Maßnahmen und Schlagwörtern veränderte.

Abbildung 4: Entwicklung der Abgaben (Quote von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen gemessen am BIP) zwischen 1975 und 2013)



Quellen: Wirtschaftskammer, 2013 (online)

Zeitlich gesehen lässt sich feststellen, dass es unter der „Schwarz-Blauen-Regierung“ zu Beginn des neuen Jahrtausends eine Forcierung von steuerentlastenden Erwähnungen in den Budgetreden gab. Besonders interessant ist die Untersuchung der relativen Nennungen von steuerentlastenden Maßnahmen und Schlagwörtern in jenen Budgetreden, die direkt vor bzw. in Wahljahren gehalten wurden (in Abbildung 3 sind diese Jahre hervorgehoben). So zeigt sich gut, dass die die Budgetreden für die Jahre 1994 sowie 2006 besonders hohe Werte vorweisen, in beiden Fällen gab es kurz darauf eine ordentliche Nationalratswahl. Ansatzweise kann hier ein politischer Konjunkturzyklus erkannt werden, eine Theorie aus der Neuen Politischen Ökonomie. Sie besagt, dass Regierungen kurz vor Wahljahren versuchen, die Konjunktur durch höhere Staatsausgaben oder Senkung der Steuereinnahmen bewusst zu stimulieren. Lediglich in einem der beiden erwähnten Fälle (1994 bzw. 2006) blieb die regierende Partei nach den Wahlen an der Macht. Die SPÖ konnte ihre Regierung 1994 behalten, während die Wahlen 2006 einen Regierungswechsel von ÖVP zu SPÖ hervorbrachten. Vor den anderen Wahlterminen lässt sich hingegen kein direkter Zusammenhang erkennen.

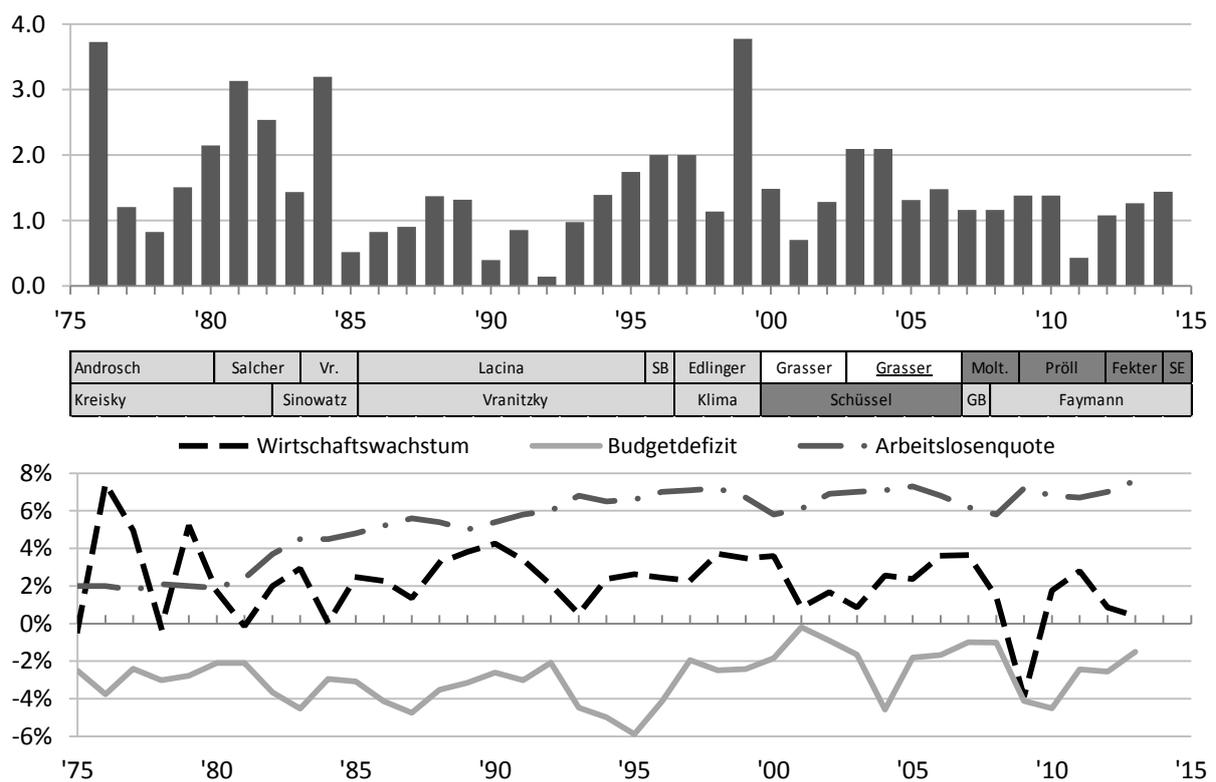
#### **9.4. Expansive Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik**

Jene Maßnahmen und Schlagwörter, die eine Ausdehnung der Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik behandeln, finden über die analysierten Jahre verteilt zahlreiche Nennungen; es gibt nur wenige Jahre, in denen kaum Erwähnungen diesbezüglich vorkommen. Politische Maßnahmen zum Thema Beschäftigungspolitik tragen nahezu in jeder Budgetrede eine sehr hohe Priorität, obwohl die Formulierungen und die konkreten Ziele innerhalb des Analysezeitraumes deutliche Unterschiede aufweisen. Deutlich erkennbar ist hier die bereits schon erwähnte Dominanz der auf Erhaltung einer möglichst hohen Beschäftigungsrate orientierten Politik der „Ära-Kreisky“. Stabilitäts- und Beschäftigungssicherung galten als die größten politischen Ziele in den Budgetreden der Jahre 1976 bis 1983. Besonderen Stellenwert hatte die Erhaltung der Vollbeschäftigung, das entspricht in Österreich einer Arbeitslosenquote von etwa 3,5% oder weniger. Eine höhere Quote gab es erst im Jahr 1982, bis dahin wirkte die Politik unter Kanzler Kreisky sowie Finanzminister Androsch und die Zahl der Unbeschäftigten konnte gering gehalten werden. Besonders in den Budgetreden für die Jahre 1980 bis 1982 wurde die Erhaltung der Vollbeschäftigung auffallend häufig genannt.

Mitte der 80er Jahre ging die Zahl der relativen Nennungen von stabilitäts- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen und Schlagwörtern zurück und stieg erst wieder Mitte der 90er Jahre unter der Regierung Vranitzky etwas an. Dies gipfelte in der Budgetrede für das Jahr 1999, in der die „Sicherung von Beschäftigung sowie der verstärkte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ (Edlinger, 1998) als Schwerpunkte angesehen wurden. Zu diesem Zeitpunkt herrschte in Österreich eine Arbeitslosenquote von über 7%, einer der höchsten Werte der letzten 50 Jahre. Nach den Wahlen im Herbst 1999, ging die Zahl der Nennungen in den folgenden Budgetreden ein wenig zurück. Das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung fand in weiterer Folge sowohl in der Rede für das Doppelbudget 2003/2004 als auch nach der

Ablöse der „Schwarz-Blauen Regierung“ durch die große Koalition in der Rede für die Budgetjahre 2007 und 2008 wieder Erwähnung. So sprach Finanzminister Molterer bei seiner Rede im März 2007: „Wir haben uns daher auch mit diesen Budgets dem ehrgeizigen Ziel Vollbeschäftigung bis zum Jahr 2010 verschrieben – anspruchsvoll, aber machbar!“. Die Arbeitslosenquote konnte in weiterer Folge zwar wieder in Richtung 6%-Marke gesenkt werden, stieg im Zuge der Finanzkrise 2008 aber wieder deutlich an. Unter Kanzler Faymann sowie den ÖVP-Finanzministern Fekter, Pröll und Spindelegger wurde in den Budgetreden der letzten Jahre zwar weiterhin die Prämisse der Arbeitsplatzschaffung- bzw. Sicherung ausgegeben, die Zahl der relativen Nennungen dieser Schlagwörter und Maßnahmen ging jedoch wieder etwas zurück.

Abbildung 5: relative Nennungen von stabilitäts- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen und Schlagwörtern sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden (eigene Darstellung)



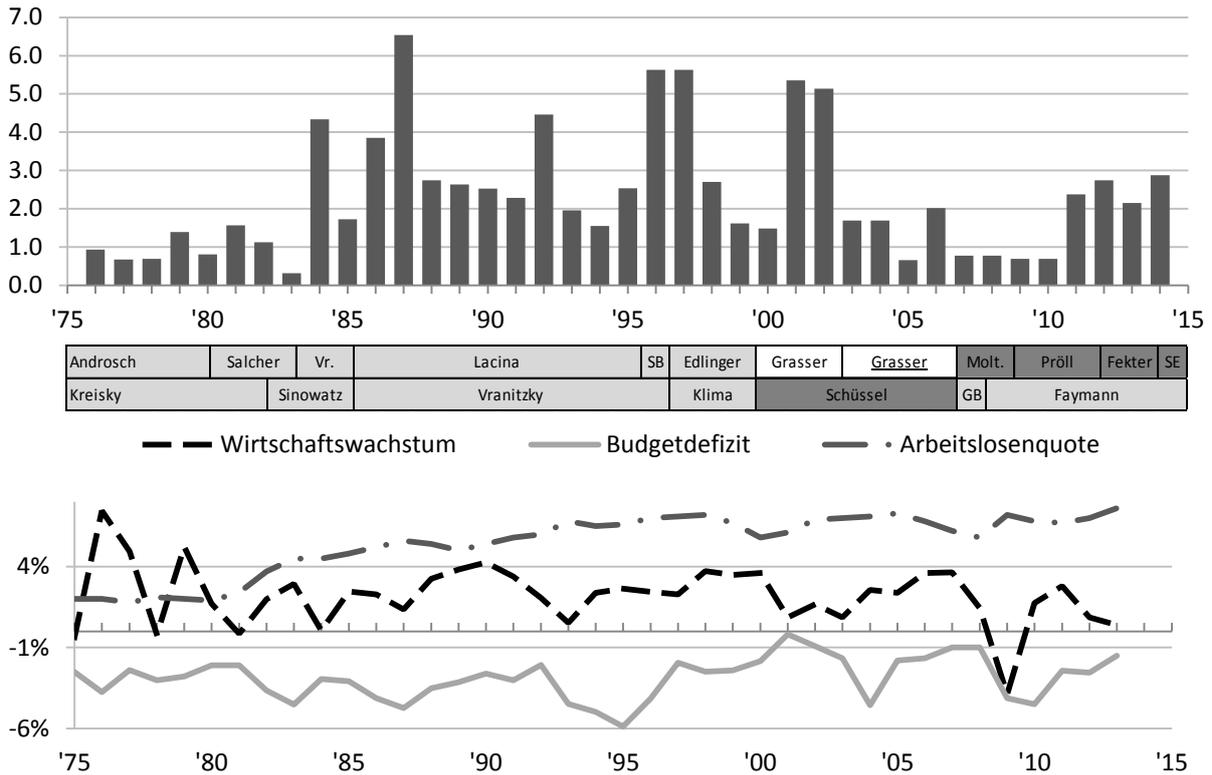
Quellen: eigene Darstellung, 2015

Zusammenfassend lässt sich innerhalb der Budgetreden der Fokus auf der Erhaltung einer möglichst hohen Beschäftigung innerhalb der 70er und frühen 80er Jahre gut erkennen. Mit Ende der SPÖ-Alleinregierung zeigt sich eine stückweise Reduzierung dieses Regierungsziels. Auch die Erwähnung der Vollbeschäftigung fand nach dem Ende der SPÖ-Alleinregierung erst wieder Mitte der 2000er Jahre Einzug in die Budgetreden.

### **9.5. Anwendung restriktiver Fiskalpolitik zur Eindämmung der Staatsschulden**

Die Ergebnisanalyse der relativen Nennungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Schlagwörtern, die die Reduzierung der Staatsschulden im Zuge einer restriktiven Finanzpolitik behandeln, zeigt zeitlich verschobene Unterschiede auf. Wie schon bei den Ergebnisanalysen zuvor, erkennt man die geringe Bedeutung, die der Senkung des Defizits unter Bundeskanzler Kreisky beigemessen wurde. In den Budgetreden für die Jahre 1976 bis 1983 spielt die Erwähnung von restriktiven Maßnahmen und Schlagwörtern, wie in Abbildung 6 erkennbar, eine untergeordnete Rolle, der Fokus lag hier eindeutig auf der expansiven Finanzpolitik (zur vorrangigen Sicherung der Arbeitsplätze). Gleichzeitig kam es allerdings besonders in dieser Periode zu einer deutlichen Erhöhung der staatlichen Verschuldung. Die öffentliche Schuldenquote stieg gemessen am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1980 und 1984 von 35,4% auf 46% an (WKO, online). In der Budgetrede für das Jahr 1984 verwendete Finanzminister Salcher erstmals den Begriff der „Budgetkonsolidierung“, unter ihm wuchs das Defizit bis 1988 auf 57,7% des BIP an.

Abbildung 6: relative Nennung von Maßnahmen und Schlagwörtern einer restriktiven Fiskalpolitik sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden

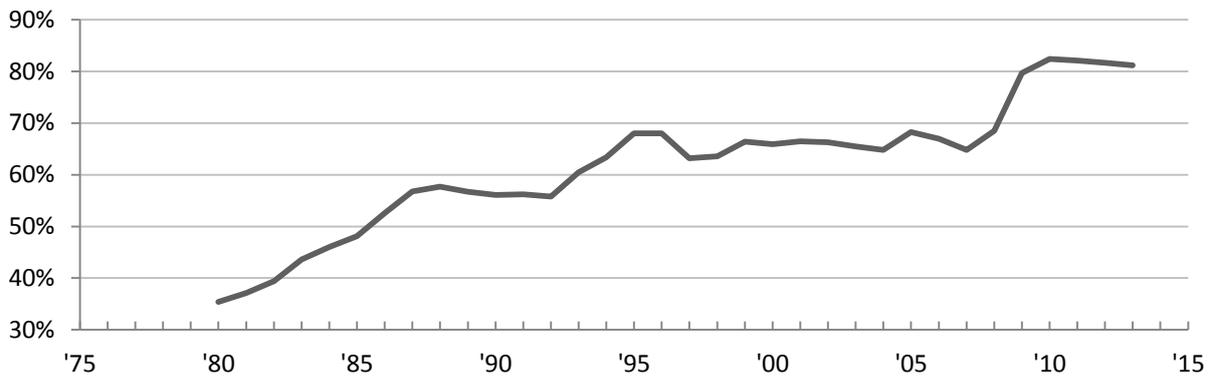


Quellen: eigene Darstellung, 2015

Besonders die analysierten Reden der Jahre 1984 bis 1987 heben sich in der relativen Zahl der Erwähnungen restriktiver Maßnahmen etwas ab. Innerhalb der 90er Jahre stechen speziell die Budgetreden für 1992 bzw. 1996 und 1997 (Doppelbudget) hervor, auch hier dominierte der Begriff der „Konsolidierung“, da die Schulden weiterhin stark anstiegen (siehe Abbildung 7). Eine besondere Ausprägung der sparsamen Budgetpolitik zeigt sich auch zu Beginn des neuen Jahrtausends zu erkennen. Unter Finanzminister Grasser galt die Reduzierung der Finanzschulden als eines der wichtigsten Budgetziele. In dieser Zeit entstand auch der Begriff des „Nulldefizits“, dessen Verwendung auch die Budgetreden prägte. Dies spiegelt sich in Abbildung 6 besonders in den Budgetreden für die Jahre 2001 und 2002 wider, die Sanierung

des Budgets stand hier eindeutig im Vordergrund<sup>56</sup> und wird auch dadurch erfolgreich belegt, dass die Staatsschulden prozentuell zum BIP zwischen 1999 und 2007 sogar leicht reduziert werden konnten.

Abbildung 7: öffentliche Staatsschulden (in % des BIP) - Daten nur für ausgewählte Jahre vorhanden



Quellen: WKO, 2013 (online)<sup>57</sup>

Mit Ende der „Schwarz-Blauen-Koalition“ nehmen auch die Erwähnungen restriktiver Maßnahmen und Schlagwörter in den Budgetreden merkbar ab, erst in der Rede für das Jahr 2011 erfolgt wieder ein Anstieg dieser Nennungen. Bedingt ist dies wohl neuerlich durch einen starken Anstieg des jährlichen Haushaltsdefizits (für die Jahre 2009 und 2010 betrug dieser immerhin mehr als 4%), womit sich auch die Staatsschuldenquote deutlich erhöhte.

Die Erwähnungen von politischen Maßnahmen und Schlagwörtern, die sich mit dem Abbau der Schulden beschäftigen zeigen ein interessantes Bild. Hielten sich die relativen Nennungen in den Zeiten der SPÖ-Alleinregierung noch in Grenzen, nahmen sie ab Mitte der 80er Jahre merkbar zu. Der Anstieg der Staatsschuldenquote spielt in diesem Zusammenhang eine gewichtige Rolle.

Außerdem lässt sich der strikte Sparkurs der „Schwarz-Blauen-Regierung“ zu Beginn des

<sup>56</sup> Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die berühmte Aussage von Finanzminister Grasser: „Ein guter Tag beginnt mit einem sanierten Budget! Das ist ein so schöner Satz, dass man ihn noch einmal sagen muss: Ein guter Tag beginnt mit einem sanierten Budget!“ (Grasser, 2000).

<sup>57</sup> Berechnung ab 1995 lt. Europäischem System der VGR (ESVG) 2010

Jahrtausends deutlich erkennen. Innerhalb der letzten Jahre, unter der Regierung der großen Koalition, schoss der Schuldenstand wieder markant nach oben. Ein Bekennen zu Sparmaßnahmen innerhalb der „Ära-Faymann“ und ein damit verbundener Anstieg ebensolcher Maßnahmen in den Budgetreden der letzten fünf Jahre waren die Folge. Ein konkreteres Bild über die Erwähnungen von Sparmaßnahmen liefert der anschließende Punkt.

### **9.6. Einsparungen der Staatsausgaben zum Abbau des Budgetdefizits**

Die Analyse jener Maßnahmen und Schlagwörter, die eine ausgabenseitige Reduzierung des Defizits implizieren zeigt für den Analysezeitraum kein besonders konstantes Bild. Ein Blick auf die Darstellung der relativen Nennungen in Abbildung 8 verdeutlicht, dass vor allem in der Phase des „Austro-Keynesianismus“ immer auf nötige Einsparungen und Kürzungen hingewiesen wurde. Ebenfalls klar erkennbar ist der Anstieg der relativen Nennungen rund um das Jahr 1995, als Österreich der Europäischen Union beitrug und sich damit bereit erklärte, die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages zu erfüllen. Da sich das Defizit zwischen 1993 und 1995 jeweils deutlich über der 3%-Grenze befand, lässt sich der starke Anstieg der relativen Nennungen von Einsparungsmaßnahmen in den Budgetreden für die Jahre 1995 sowie 1996/1997 (Doppelbudget) gut erklären. Die anteilmäßig geringste Anzahl an Nennungen von Sparmaßnahmen gab es in der Periode der „Schwarz-Blauen-Regierung“. Die von Minister Grasser bevorzugten Schlagwörter zur Umsetzung seines restriktiven Kurses beliefen sich zumeist auf „Sparbudget“ sowie „Kürzungen“. Des Weiteren gab es in der Budgetrede 2011 eine relativ große Anzahl an Erwähnungen von Sparmaßnahmen, dies ist aber als Reaktion auf das hohe jährliche Budgetdefizit in den Jahren direkt nach der Finanzkrise zu deuten.

Abbildung 8: relative Nennung von Maßnahmen und Schlagwörtern zur ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung (eigene Darstellung)

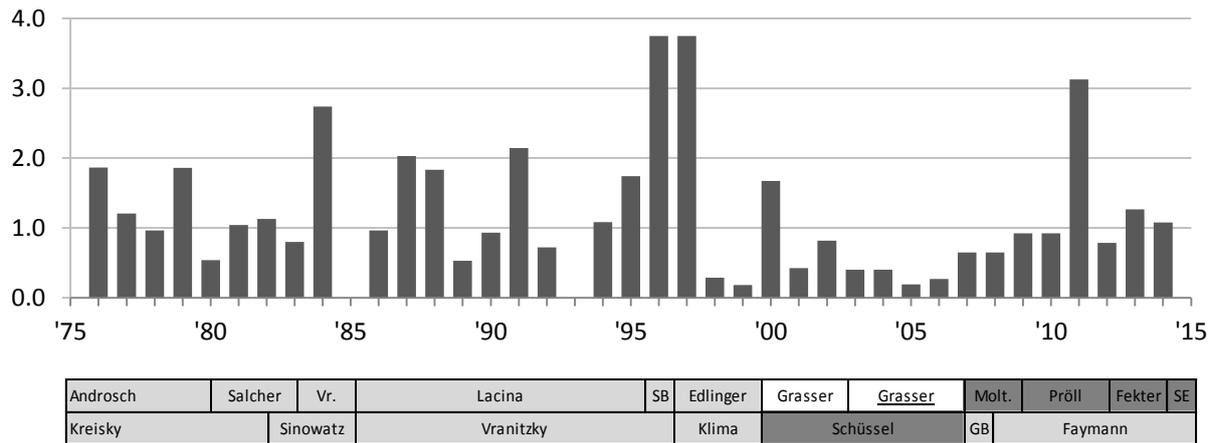
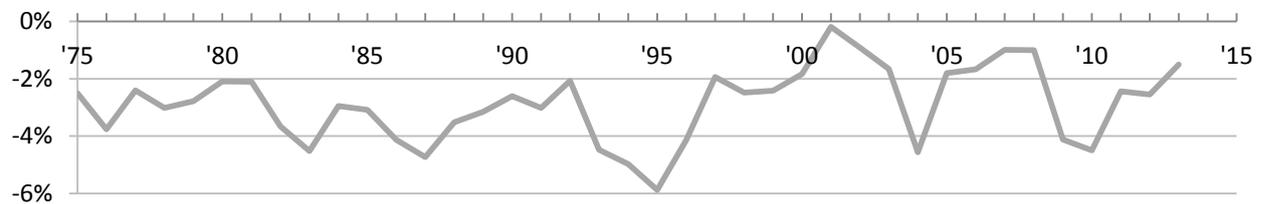


Abbildung 9: Jährliches Budgetdefizit für die Jahre 1975 bis 2013



Quellen: eigene Darstellung, 2015

Zwischen den Nennungen ausgabenseitiger Kürzungsmaßnahmen in den Budgetreden und der Entwicklung des jährlichen Defizits kann ein gewisser Zusammenhang geschlossen werden. Wie in Abbildung 8 ersichtlich, wurden dann viele Nennungen von Einsparungen und Kürzungen getätigt, wenn die Neuverschuldung im Vorjahr besonders hoch war (1983/84, 1995/96 sowie 2010/11) Ausschließlich die Rede für das Jahr 2004 (in dem mit einem Budgetdefizit von -4,57% saldiert wurde) und Rede für das Jahr 2005 (hier beliefen sich die relativen Nennungen von Einsparungsmaßnahmen auf lediglich 0,66 / 1000 Worte) stellen Ausnahmen dar.

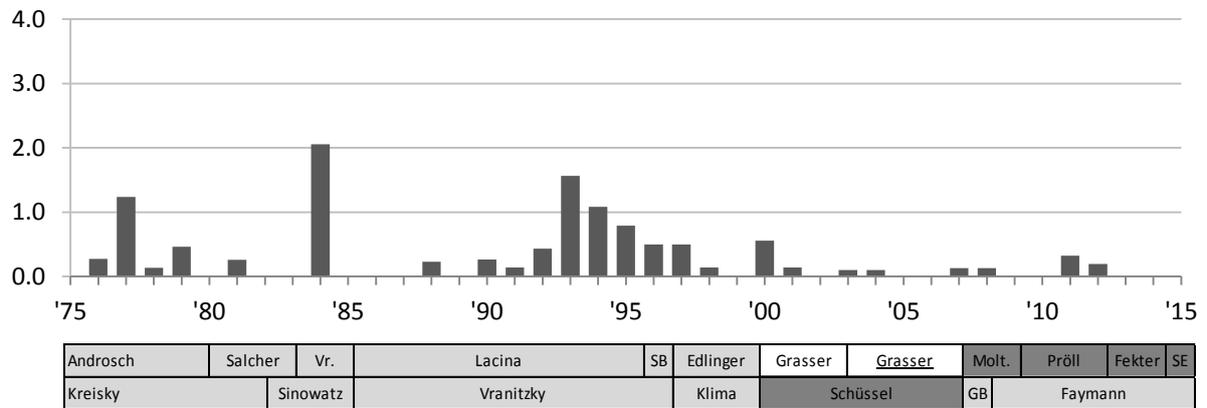
### **9.7. Erhöhung der öffentlichen Einnahmen zum Schuldenabbau**

Bei der Auswertung der relativen Nennungen jener Maßnahmen und Schlagwörtern, die eine Steigerung der Staatseinnahmen bezwecken, um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, fallen primär die geringen Werte auf. Dies ist auf die geringe Anzahl der analysierten Wörter in diesem Bereich des Maßnahmenkataloges zurückzuführen (es wurde hierbei nach Abgabenerhöhungen oder der Einführung neuer Abgaben gesucht). Der Großteil der Budgetreden verfügt über eine geringe Anzahl an relativen Nennungen.

Dennoch stechen einzelne Jahre/Perioden heraus, insbesondere die Budgetrede für das Jahr 1984. Damals gab es unter Minister Salcher eine flächendeckende Erhöhung von Steuern und Gebühren; zur Konsolidierung des Budgets setzte man damals bewusst auf eine größere Gewichtung der Einnahmenseite (Salcher, 1983). Neben der Rede für 1984 ragen bei der einnahmenseitigen Konsolidierung auch die Budgetvorschläge für die Jahre 1993 bis 1995 hervor, auch hier kam es zu Erwähnungen von Anpassungen der öffentlichen Einnahmen.

Sieht man von diesen Ausnahmefällen ab, zeigt sich doch ein Gesamtbild mit überraschend geringen Nennungen einnahmenseitiger Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere in der jüngeren Vergangenheit.

Abbildung 10: relative Nennung von Maßnahmen und Schlagwörtern zur einnahmenseitigen Budgetkonsolidierung (eigene Darstellung)

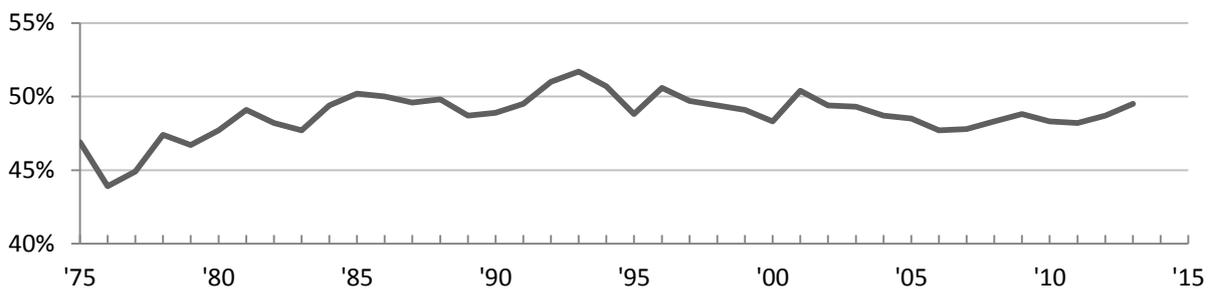


Quellen: eigene Darstellung, 2015

In Abbildung 11 ist die österreichische Einnahmenquote dargestellt, d.h. die Einnahmen des Gesamtstaates in % des BIP. Vergleicht man diese mit den Nennungen der Maßnahmen und Schlagwörter aus

Abbildung 10, so lässt sich ein Anstieg der Quote besonders über die erwähnten Jahre (1984 bzw. 1993 und 1994) erkennen. Auch die Tatsache, dass es seit 1995 kaum mehr große Auswüchse gab, stärkt die Aussage, dass die Einnahmenseite innerhalb der letzten 20 Jahre von Finanzministern (unterschiedlicher Parteizugehörigkeiten) in den Budgetreden in gleichem Maße unbehandelt gelassen wurde.

Abbildung 11: Entwicklung der Abgaben (Quote von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen gemessen am BIP) seit 1975



Quellen: Wirtschaftskammer, 2013 (online)

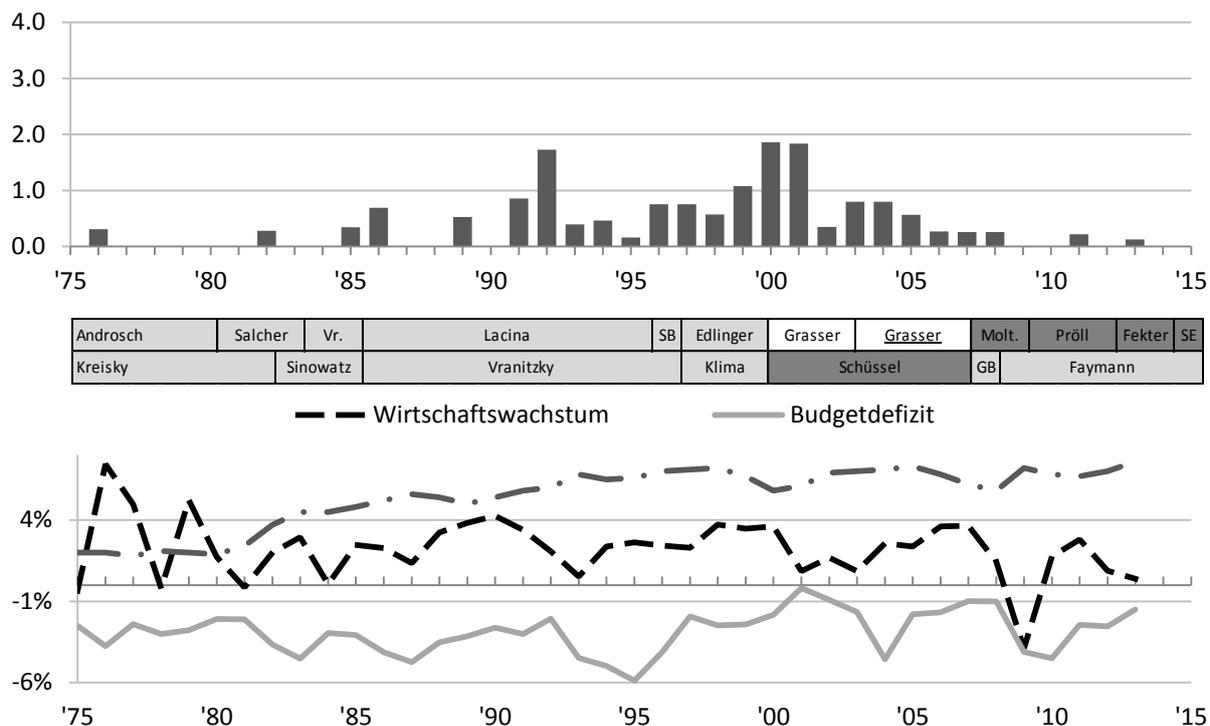
Der Schwerpunkt der Erwähnungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Schlagwörtern zur einnahmenseitigen Budgetkonsolidierungen ist somit Mitte der 1990 Jahre auszumachen, wobei zusätzlich in einzelnen Budgetreden (hier besonders jene für 1977 und 1984) starke Häufungen zu erkennen waren. Die Ausübung jener Maßnahmen beschränkte sich zumeist auf ein bestimmtes Jahr, anstatt einer längeren zeitlichen Abfolge.

### 9.8. Liberalisierung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes

Die Analyse der relativen Nennungen von Maßnahmen und Schlagwörtern, die eine verstärkte Liberalisierung des staatlichen Handelns beschreiben, zeigt ebenfalls starke zeitliche Unterschiede auf. Der Fokus der häufigen Nennungen liegt hier eindeutig auf den SPÖ-Regierungen der 90er-Jahre (unter den Kanzlern Vranitzky und Klima) sowie der „Schwarz-

Blauen-Regierungen“ unter Kanzler Schüssel. Sowohl unter Vranitzky und Klima als auch unter Schüssel kam es zu einer großen Welle an Privatisierungen von verstaatlichten und staatsnahen Betrieben.

Abbildung 12: relative Nennung von Maßnahmen und Schlagwörtern zur Liberalisierung der staatlichen Eingriffe



Quellen: eigene Darstellung, 2015

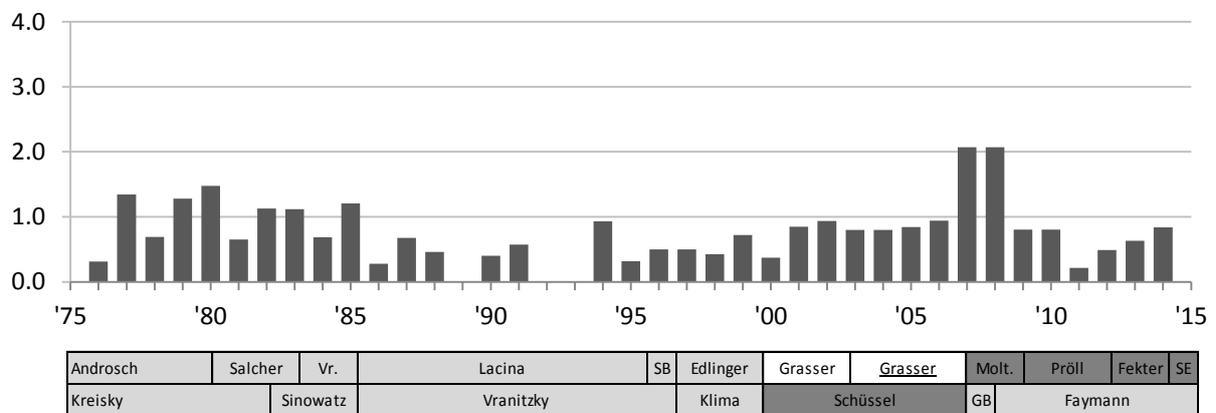
Besonders viele relative Nennungen entfallen auf die Budgetreden für die Jahre 1992 (u.a. Privatisierungen der Simmering-Graz-Pauker Verkehrstechnik sowie der Voest Alpine Eisenbahnsysteme) sowie 2000 und 2001. Die letzten Jahre reflektieren den Privatisierungsdrang unter Kanzler Schüssel besonders stark, kam es hier zur Deregulierung von u.a. der Telekom Austria, der Post sowie dem Flughafen Wien. Der liberale Kurs der Regierung Schüssel unter dem Slogan „mehr privat, weniger Staat“ ist in Abbildung 12 erkennbar. Ebenfalls markant sind die beiden, Perioden vor 1990 bzw. nach 2006, in denen so gut wie keine

Maßnahmen und Schlagwörter der Deregulierung des staatlichen Wirkens, Erwähnung finden. Hier ist ein deutlicher Fokus auf die oben genannten Regierungsperioden zwischen 1990 und 2006 zu erkennen. Die starke Privatisierungswelle zu Beginn des neuen Jahrtausends war mit ein Grund für die erfolgreiche Reduzierung des Budgetdefizits unter Bundeskanzler Schüssel und Finanzminister Grasser, das im Jahr 2001 auf -0,19% des BIPs gesenkt werden konnte, und zwischen 2000 und 2008 immer besser als -2% ausfiel. Unter Kanzler Faymann und den jeweiligen VP-Finanzministern verschwanden Erwähnungen der Liberalisierung des staatlichen Handelns faktisch zur Gänze aus den Budgetreden. Hierzu trugen u.a. die Finanzkrise 2008 aber auch die Notverstaatlichung der Hypo-Alpe-Adria im darauffolgenden Jahr bei; beides Ereignisse, die staatliches Eingreifen eher forcierten denn davon Abstand nahmen.

### 9.9. Regionalpolitische Instrumente und Schlagwörter in österreichischen Budgetreden

Im dritten Teil der Analyse des Maßnahmenkataloges wurde die relative Nennung jener Begriffe untersucht, die sich mit Regionalpolitik und Regionalentwicklung in Österreich beschäftigen. Eine chronologische Darstellung erfolgt in Abbildung 13 – hier ist bereits zu erkennen, dass sich nur einzelne Jahre bezüglich der Nennungen regionalpolitischer Maßnahmen abheben. Es stechen die Budgetreden für die Jahre 1976 und 1985 ebenso hervor wie jene für 2007.

Abbildung 13: Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik und Regionalentwicklung



Quellen: eigene Darstellung, 2015

Bundeskanzler Kreisky plante mehrere Sonderprogramme zur Unterstützung strukturschwacher Regionen. So heißt es beispielsweise in der Budgetrede für das Jahr 1977: „Die Bundesregierung sieht in einer umfassenden Unterstützung zur Strukturanpassung, die soziale und regionalpolitische Maßnahmen beinhaltet, das vorrangige Ziel ihrer Landwirtschaftspolitik.“ (Androsch, 1976). Neben der Landwirtschaft kam auch dem Bergbau ein besonders hoher Stellenwert zu, beiden Sektoren wurden unter Kreisky jährliche Sonderprogramme zugesprochen.

Zu Beginn der 80er Jahre kam es im Zuge des Zieles der „Regionalförderung zur Stärkung entwicklungsschwacher Räume“ (Salcher, 1981) zur Gründung von Entwicklungsgesellschaften. Zudem wurde der Industriesektor, hier besonders die Eisen- und Stahlindustrie mit einer regionalen Förderung versehen. In der Rede für das Jahr 1984 kommt werden aktive Fördermaßnahmen seitens des Bundes zur Unterstützung von „Klein- und Mittelbetrieben“ erwähnt. Hier erklärt Minister Salcher: „Den Klein- und Mittelbetrieben gilt das besondere Augenmerk der Bundesregierung. Zur Stärkung ihrer Innovations- und Investitionstätigkeit, zur Stärkung des Eigenkapitals und zur Erschließung neuer Produktionen werden folgende Aktivitäten gesetzt: Die Gründung einer Innovationsagentur , die Initiative zu Wagnisfinanzierungen und zusätzlich 140 Millionen Schilling für die Forschungsförderung sollen eine Verbesserung der Innovationsbereitschaft und der Forschungsintensität der Betriebe bewirken!“ (Salcher, 1983).

Gegen Ende der 80er und den Beginn der 90er-Jahre nimmt die Nennung regionalpolitischer Maßnahmen in den Budgetreden ab, durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 lässt sich wiederum ein leichter Anstieg erkennen. Haupterwähnungen finden hier die Förderungen der Regional- und Strukturpolitik mittels EU-Kofinanzierung aber auch Beratungsmaßnahmen für KMUs. Dennoch fällt, verglichen mit den Regierungen davor, unter den Finanzministern der Regierungen Vranitzky I-IV die Erwähnung von Maßnahmen zur regionalen Entwicklung etwas geringer aus.

Die Budgetreden der ÖVP-FPÖ-Koalition unter Bundeskanzler Schüssel und Finanzminister Grasser heben erneut die Förderung von Landwirtschaft und Bergbau hervor. In Punkto kleinregionaler Wirtschaft kam es zur Gründung der „Austrian Business Agency“, die „gemeinsam mit den regionalen Ansiedlungsgesellschaften Firmen bei der Ansiedlung in Österreich unterstützt“ (Grasser, 2001). Hier fand wieder eine forcierte Erwähnung

regionalpolitischer Maßnahmen in den Budgetreden statt, die sich unter den SPÖ-Bundeskanzlern Gusenbauer und Faymann bzw. den VP-Finanzministern Molterer und Pröll zunächst fortsetzte. Infolge kam es in den Jahren 2007 und 2008 zu großen regionalen Infrastruktur- und Beschäftigungsoffensiven zur Stärkung des ländlichen Raums. In den letzten fünf Jahren unter Kanzler Faymann standen neben regionalen Beschäftigungsoffensiven zur Bekämpfung der Finanzkrise (und ihren Folgen) auch weitere Fördermaßnahmen zur Stärkung sowie nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes auf dem Plan.

Im Allgemeinen sind in den Budgetreden der letzten 40 Jahre zwar zahlreiche Maßnahmen und Schlagwörter zu finden, die auf regionalpolitische Entwicklung abzielen, dennoch lässt sich ein zeitlicher Fokus schwer festlegen. Regionalpolitik ist zwar Teil der jeweiligen Budgetreden, spielt hier allerdings eine vergleichsweise untergeordnete Rolle, wie die Anzahl der relativen Nennungen beweist. Dies lässt sich dadurch verdeutlichen, dass die Wörter „Regionalentwicklung“ und „Regionalpolitik“ kaum genannt werden. Im Vordergrund dieser Reden steht eindeutig der budgetpolitische Aspekt, dennoch konnte ein völliges Fehlen von regionalpolitischen Erwähnungen zumeist ausgeschlossen werden.

Auch konnte innerhalb der 90er Jahre, mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und den damit verbundenen Fördermaßnahmen (insbesondere im Regionalbereich) kein Anstieg relativer Nennungen von regionalpolitischen Maßnahmen in den untersuchten Budgetreden festgestellt werden. Zwar gibt es einzelne Regierungsperioden, in welchen die relative Nennung dieser Maßnahmen und Schlagwörter anstieg, dennoch ist über die untersuchten Jahre hinweg eine gleichmäßige Verteilung der gewählten Begriffe zu erkennen.

## 10. Zusammenfassung

### 10.1. Fiskalpolitik

Die Analyse der fiskalpolitischen Maßnahmen und Ziele innerhalb der Budgetreden der letzten 40 Jahre bestätigt eine klare inhaltliche Abgrenzung der einzelnen Regierungen. So lag der Schwerpunkt der konjunkturbelebender Fiskalpolitik in den Ausläufen der 70er- und frühen 80er-Jahren. Die Nachwirkungen des „Austro-Keynesianismus“ waren durch eine expansive Budgetpolitik primär zur Sicherung der Arbeitsplätze und Erhaltung der Vollbeschäftigung gekennzeichnet. Eine restriktivere Politik kam erst in den 80er-Jahren auf, mit dem Ende der SP-Alleinregierung und in weiterer Folge mit dem Beginn der großen Koalition. Der zunehmende Anstieg der Staatsschulden erforderte einen disziplinierten Haushaltsplan, der größtenteils über die Einnahmenseite erfolgte. Am Höhepunkt der restriktiven Finanzpolitik, jener Zeit der „Schwarz-Blauen-Koalition“, konnte eine Sanierung des Budgets zwar kurzzeitig in Angriff genommen werden, dennoch kam es ebenfalls zur Forcierung von steuerentlastenden Maßnahmen, weshalb eine Verringerung der staatlichen Verschuldung utopisch blieb. Diese konnte auch in der jüngsten Vergangenheit, einer erneuten Regierung zwischen SPÖ und ÖVP, nicht abgebaut werden.

Die beschleunigten fiskalpolitischen Paradigmen innerhalb der Budgetreden zeigen Ansätze von sowohl staatsinterventionistischen als auch neoliberalen Maßnahmen; eine klare Linie konnte zumeist aus politischer Sicht nicht vorangetrieben werden. Die Auswertungen zeigen daher ein zyklisches Bild, in der das parteipolitische Kalkül vor dem gesamtstaatlichen Gemeinwohl (und dem Ziel des Schuldenabbaus) stehen dürfte.

Des Weiteren sind Zusammenhänge zwischen den erwähnten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Indikatoren für gewisse Perioden deutlich erkennbar. Die Vielzahl an

Erwähnungen von expansiven Maßnahmen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung unter Kanzler Kreisky wies über einige Jahre die historisch geringsten Arbeitslosenquoten auf; jedoch auf Kosten der staatlichen Verschuldung. Generell ist eine direkte Relation zwischen Erwähnungen expansiver Finanzmaßnahmen und dem Anstieg des staatlichen Defizits festzustellen.

Auch sind zeitliche Analogien zu wirtschaftspolitischen Ereignissen deutlich zu erkennen. So zeigten die beiden Erdölkrisen in den 70er- und 80er-Jahren deutliche Auswirkungen in expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen (mit verbundenem Anstieg der Staatsschulden), während der Beitritt zur Europäischen Union und die Erfüllung der Konvergenzkriterien eine stärkere Disziplin in der Budgeterstellung Mitte der 90er-Jahre mit sich brachte. Auch die Finanzkrise 2008 bedingte einen Anstieg der Nennungen expansive fiskalpolitischer Maßnahmen, zur Stützung der Konjunktur. Schließlich bleibt zu urteilen, dass das staatliche Defizit trotz aller Sparmaßnahmen, die österreichische Regierungen (aller Parteien) bekundet haben, stetig gestiegen ist und wohl auch in Zukunft weiter zunehmen wird.

## **10.2. Regionalpolitik**

Obwohl die Budgetreden der Finanzminister in erster Linie ein Instrument zur Darstellung der fiskalpolitischen Ziele und Maßnahmen sind, ist der Stellenwert der Regionalentwicklung beachtlich. Wie die Analyse der Budgetreden ergab, spielen bei der Auswertung der zeithistorische Hintergrund und damit verbundene Zugang zur Regionalentwicklung (sowohl der Politiker als auch der Bevölkerung) beeinflussende Rollen. Die politischen Maßnahmen und Ziele im regionalpolitischen Bereich sind daher unterschiedlich, und wenngleich die Analyse ergab, dass anhand der quantitativen Nennungen keine Regierungsperiode besonders hervorsteht, zeigt sich in der qualitativen Präsenz eine gewisse Entwicklungstendenz. Die späten 70er-Jahre

waren unter der zweiten Hälfte der „Ära-Kreisky“ stark geprägt von der Unterstützung zur Strukturanpassung. Im Vordergrund standen soziale und regionalpolitische Maßnahmen, hier sind die Disparitäten der ländlichen Regionen noch stark vorhanden, weshalb eine Stärkung von entwicklungsschwachen Räumen forciert wurde.

Innerhalb der 80er-Jahre kam es zu einem strategischen Weiterdenken. Mit der Gründung von Entwicklungsgesellschaften sowie aktiver Fördermaßnahmen seitens des Bundes zur Unterstützung von „Klein- und Mittelbetrieben“ wurde nicht nur die Innovationskraft unterstützt, sondern es kam auch der Gedanke der endogenen Regionalentwicklung erstmals auf.

Innerhalb der 90er-Jahre waren die regionalpolitischen Maßnahmen inhaltlich erwartungsgemäß stark dominiert vom Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Der Gedanke der endogenen Potenziale wurde weiterentwickelt und durch die neuen Chancen, die die EU-Mitgliedschaft nun ermöglichte, fortgedacht. In Folge kam es zur verstärkten Förderung von Kooperationen und Netzwerke von Unternehmen sowie deren Beratung, um die vorhandenen Potenziale auch international möglichst gut zu verkaufen.

Die Vernetzung von regionalen Betrieben wurde auch im neuen Jahrtausend vorangetrieben, zusätzlich kam es gerade unter den Regierungen seit 2000 zu einer starken Offensive für die regionale Infrastruktur zur Stärkung des ländlichen Raums. Der Stellenwert der Regionalentwicklung kann innerhalb der Budgetreden nicht übersehen werden, auch die Strategie der Maßnahmen hat sich von „quantitativen“ Förder- und Strukturprogrammen zu „qualitativen“ Handlungen (Informations- und Wissensaustausch) entwickelt.

Ein zeitlicher Schwerpunkt intensiver Regionalförderung ist aus der Analyse der Budgetreden nicht herauszulesen. Regionalpolitik ist in den Reden nahezu immer präsent (wenngleich nicht in

dominantem Ausmaß). So konnte auch kein Anstieg der Nennungen innerhalb der 90er Jahre, mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und den damit verbundenen Fördermaßnahmen, beobachtet werden.

### **10.3. Schlussfolgerungen**

Aus der Analyse der fiskal- sowie regionalpolitischen Maßnahmen in den Budgetreden wird deutlich, dass Politiker in starkem Maße zu verhältnismäßig kurzfristigen Handlungen tendieren. Fiskalpolitisch langfristige Ziele, wie die Senkung der staatlichen Verschuldung, finden zwar mehrmals Erwähnung, wie sich jedoch statistisch belegen lässt, blieb das Vorhaben ergebnislos. Wie die letzten Jahrzehnte zweifelsfrei bewiesen, tendieren österreichischen Regierungspolitiker (egal welcher Parteizugehörigkeit) zu einem zeitweiliges Denken. So wurden konjunkturbelebende Maßnahmen meist bei geringem Wirtschaftswachstum und Sparmaßnahmen bei hohem Defizit getätigt, allerdings mit fehlendem Weitblick, da beide Fälle schließlich eine Erhöhung des Defizits zur Folge hatten.

Wie die Analyse der Budgetreden zudem belegt stellen Wahljahre häufig einen Sonderfall dar; am Ende einer Legislaturperiode entscheiden Politiker besonders tendenziell zu „einnahmenseitigen Begünstigungen“ der Wähler, zumeist mit hohen Defizitraten in den Folgejahren. Die Erwähnung bestimmter Maßnahmen in Budgetreden gibt zwar kurzfristigen Aufschluss über die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierung, mittelfristig ist jedoch ein Abweichen des Kurses erkennbar, insbesondere wenn sich die jeweilige Regierungsperiode dem Ende zuneigt. Die Theorie des „stop-and-go-Prinzips“ (vgl. Kapitel 6.4), nach der zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode ein Anlauf unternommen wird, um das Budgetdefizit zu reduzieren, sobald allerdings konjunkturbedingte Erfolge einsetzen, vermehrt Geld ausgegeben wird,

womit es wieder zu einem Anstieg des Haushaltsdefizit kommt, kann also durchaus bestätigt werden.

Das Verfolgen klarer wirtschaftspolitischer Theorien ist in der österreichischen Politik seit Beginn der 80er Jahre kaum zu erkennen. Vermutlich wird dies zu einem Großteil durch die Dominanz der Großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP innerhalb der letzten Jahrzehnte bedingt, die eine grobe ideologische Zuordnung (mehr staatlicher Eingriff vs. liberaler Markt) der wirtschaftspolitischen Programme zusehend erschwert.

Regionalpolitik ist zwar Teil der Budgetreden und findet über die Jahre verteilt etwa gleichmäßig Erwähnung, die jeweiligen Maßnahmen können allerdings auch hier keiner der Theorien zugeordnet werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wirtschafts- und regionalpolitische Maßnahmen über den Großteil des analysierten Zeitraumes vielmehr auf kurzfristigen Entscheidungen der Politiker (angepasst an die jeweilige Konjunkturlage) basieren, als auf wirtschaftsstrategischem Voraussicht. Ein stringentes Agieren bzw. Festlegen und Befolgen eines langfristigen wirtschaftspolitischen Kurses ist aufgrund der Kürze einer politischen Karriere, insbesondere in budgetplanerischer Funktion, nicht möglich.

# 11. Quellenverzeichnis

## 11.1. Schriftliche Quellen

Abele, Hannes (1982): Anmerkungen zu einer Wirtschaftsgeschichte der Gegenwart: Österreich seit 1945 in Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik; Verlag Manz, Wien

Blanchard, Illing (2009): Makroökonomie. 5. Auflage; Pearson Studium, München

Balázs, István: Einführung in regionale Wachstums- und Entwicklungstheorien – Vortrag vom 9.12.2014 in Wien

Bartel, Rainer und Pruckner, Gerald (1994): Budgetpolitik in Österreich. Interpretation struktureller Budgetsalden von Bund und Gesamtstaat, erschienen in Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Vol. 45, Nummer 2; Linz

Bortis, Prof. Heinrich (2012): Einführung in die ökonomische Theoriengeschichte (Skriptum); Universität Freiburg

Butschek, Felix (2004): Vom Staatsvertrag zur EU – österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart; Böhlau Verlag, Wien

Buhr, Daniel (2014): Wirtschaft und Politik - eine Einführung; Kohlhammer, Stuttgart

Dehling, Jochen und Schubert, Klaus (2011): Ökonomische Theorien der Politik; Springer Verlag, Wiesbaden

Downs, Anthony (1974): Ökonomische Theorie des politischen Handelns in der Demokratie, in: Widmaier, Hans Peter: Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates; Frankfurt (am Main), Athenäum-Fischer-Taschenbuch-Verlag

Frey, Bruno und Pommerehne Werner (1979): Ökonomische Theorie der Politik – Springer; Berlin, Heidelberg, New York

Eynern, Gert von (1973): Wörterbuch zur politischen Ökonomie; Westdeutscher Verlag, Opladen

Haslinger, Franz (1982): Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 11. Jahrgang, Heft 5

Heintel, Martin (2001): Mainstream Regionalentwicklung Heft 5/2001; Blackwell Wissenschafts-Verlag, Berlin erschienen in Landnutzung und Landentwicklung

Heintel, Martin (2005): Regionalmanagement in Österreich. Professionalisierung und Lernorientierung; Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung

Huber, Wolf (2011): Einführung und Kontext in: Politik und Raum in Theorie und Praxis. Texte von Wolf Huber kommentiert durch Zeit-, Raum- und WeggefährtInnen; ÖROK, Wien

Hummelbrunner, Richard (2002): Systemische Instrumente für die Regionalentwicklung – Endbericht; Graz, ÖAR-Regionalberatung

Jäger, Johannes und Novy Andreas (2005): Internationale Politische Ökonomien (Skriptum)

- Keynes, John Maynard (1936), *The General Theory of Employment, Interest and Money*; Macmillan, London
- Keynes, John Maynard (1937), *The General Theory of Employment*. *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 51; S. 209-223
- Klein, Josef (Hrsg., 1989): *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung*; Opladen, Düsseldorf
- Klump, Rainer (2006): *Wirtschaftspolitik*; Pearson Studium, München
- Michtell, William (1968): *The New Political Economy*; *Social Research*, 35
- Nowotny, Ewald (1993): *Vom 'Austro-Keynesianismus' zum 'Euro-Keynesianismus'?* in: F. Weber, (Hrsg.), *Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis*, Verlag für Jugend und Volk, Wien
- Rothschild, Kurt (1993): *Austro-Keynesianismus aus ökonomischer Sicht* in: F. Weber (Hrsg.), *Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis*, Verlag für Jugend und Volk, Wien
- Olson, Mancur. (1965), *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*, Cambridge/Mass.
- Samuelson, Paul Anthony (2010): *Volkswirtschaftslehre – Eine Einführung*, 4. Auflage, Band I.; *Mi-Wirtschaftsbuch*, München
- Say, Jean-Baptiste (1803): *A treatise on political economy: or The production distribution and consumption of wealth*; Philadelphia
- Schätzl, Ludwig (2003): *Wirtschaftsgeographie 1 – Theorie*, 9.Auflage, Schöningh, Paderborn
- Scheer, Günther: *Erfahrungen mit der Organisation eigenständiger Regionalentwicklung*, in: Schaffer, F. (Hrsg.): *Innovative Regionalentwicklung*, Augsburg; S. 127-134
- Scherf, Harald (1989); Starbatty, Joachim (Hrsg.): *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Bd. 2: *Von Karl Marx bis John Maynard Keynes*; Beck, München
- Schumpeter, Joseph Alois (1950): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 2. erweiterte Auflage; UTB, Stuttgart
- Schulmeister, Stephan (2005): *Anmerkungen zu Wirtschaftspolitik und Wachstumsdynamik in Österreich seit 1955* in: Frodl G., Kruntorad P., Rauchensteiner M.: *Physiognomie der 2. Republik*; Czernin Verlag, Wien S. 333 – 365.
- Seidel, Hans (1984): *Die Stabilisierungsfunktion der Budgetpolitik, gestern – heute – morgen*, hektographiert; Wien
- Söllner, Fritz (2001): *Die Geschichte des ökonomischen Denkens – 2. Auflage*; Springer Berlin, Heidelberg, New York
- Stiller Joachim (2012): *Zur Geschichte der Wirtschaftstheorie – Beiträge zur dynamischen Wirtschaftstheorie (Skriptum)*

Wienert, Helmut (2008): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre – Band 2: Makroökonomie, 2. Auflage; Kohlhammer, Stuttgart

Wörgötter, Andreas (1993): Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes in Österreich seit den 70er Jahren“ 1994 erschienen in G. Chaloupek, M. Mesch, (Hrsg.): Wissenschaftliche Tagungen der Arbeiterkammer, Band 1; Verlag Orac, Wien

Ziegler, Bernd (2008): Geschichte des ökonomischen Denkens - Paradigmenwechsel in der Volkswirtschaftslehre – 2. Auflage; Oldenburg, München

## 11.2. Online-Quellen<sup>58</sup>

Arbeit-Wirtschaft – Vollbeschäftigung, was ist das?

[http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03\\_1.a\\_2007\\_09\\_10.a&cid=1192029236746](http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03_1.a_2007_09_10.a&cid=1192029236746) (29.3.2015)

Bundeskanzleramt – Regionalentwicklung in Österreich

<https://www.bka.gv.at/site/3497/default.aspx> (31.01.2015)

Bundeskanzleramt – Bankenpaket mit Garantie für alle privaten Spareinlagen

[https://www.bka.gv.at/site/infodate\\_\\_20.10.2008/5913/default.aspx?id32196](https://www.bka.gv.at/site/infodate__20.10.2008/5913/default.aspx?id32196) (15.3.2015)

OECD (2014) – General government deficit (indicator)

<http://data.oecd.org/gga/general-government-deficit.htm> (2.12.2014)

Statistik Austria (2014) – öffentliches Defizit

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/oeffentliche\\_finanzen\\_und\\_steuern/maast\\_richt-indikatoren/oeffentliches\\_defizit/019649.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maast_richt-indikatoren/oeffentliches_defizit/019649.html) (10.12.2014)

Statistik Austria (2014) – öffentlicher Schuldenstand

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/oeffentliche\\_finanzen\\_und\\_steuern/maast\\_richt-indikatoren/oeffentlicher\\_schuldenstand/](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maast_richt-indikatoren/oeffentlicher_schuldenstand/) (29.11.2014)

Springer Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon,

Geschichte der Volkswirtschaftstheorie  
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/volkswirtschaftstheorie-dogmengeschichte.html> (15.11.2013)

---

<sup>58</sup> In Klammer wird das Datum des letzten Abrufes der Homepage angegeben.

Neoklassik

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/neoklassik.html?referenceKeywordName=Neoklassische+Theorie> (17.11.2013)

Post-Keynesianismus

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/keynesianismus.html?referenceKeywordName=Postkeynesianismus#head3> (6.6.2014)

Neue Klassische Mikroökonomik

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/neue-klassische-makroekonomik.html> (31.7.2014)

österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut: Schleicher, Stefan P.: Die makroökonomische Analyse – Kapitel 3: „Klassik, Neoklassik und Keynes“

[http://stefan.schleicher.wifo.ac.at/down/ma1/ScrMa1\\_3.pdf](http://stefan.schleicher.wifo.ac.at/down/ma1/ScrMa1_3.pdf) (22.11.2013); Folien 3-4

österreichisches Parlament (2014) – Stenographische Protokolle

<http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/> (22.10.2014)

Wirtschaftskammer Österreich (2014) - Defizit und Verschuldung des Gesamtstaates

<http://wko.at/statistik/jahrbuch/budget-maastricht.pdf> (22.2.2015)

Wirtschaftskammer Österreich (2014) - Abgabenquote und Staatseinnahmenquote

<http://wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/lang-abgaben.pdf> (21.2.2015)

### 11.3. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Unterschiede zwischen Neoklassischen und Keynesianischen Wirtschaftstheorie.....	27
Tabelle 2: Darstellung der untersuchten Budgetreden (1975 – 2013) .....	66
Tabelle 3: Maßnahmen und Schlagwörter zur Konjunkturbelebung .....	68
Tabelle 4: Maßnahmen und Schlagwörter zur Ausdehnung der Staatsausgaben .....	69
Tabelle 5: Maßnahmen und Schlagwörter zur Senkung der Staatseinnahmen.....	69
Tabelle 6: Maßnahmen und Schlagwörter einer aktiven Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik ..	70
Tabelle 7: Maßnahmen und Schlagwörter zur Reduzierung der Staatsschulden .....	70
Tabelle 8: Maßnahmen und Schlagwörter zur Verringerung der Staatsausgaben .....	71
Tabelle 9: Maßnahmen und Schlagwörter zur Erhöhung der Staatseinnahmen.....	72
Tabelle 10: Maßnahmen und Schlagwörter zum Abbau der staatlichen Intervention.....	72
Tabelle 11: Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalentwicklung .....	73
Tabelle 12: Nennungen konjunkturbelebender Maßnahmen und Schlagwörter in der Budgetrede für das Jahr 1976 .....	74
Tabelle 13: Abkürzungen der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter .....	108
Tabelle 14: Abkürzungen der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter .....	109
Tabelle 15: Abkürzungen der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik .....	109
Tabelle 16: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (1975-82; Quelle: eigene Darstellung) .....	110
Tabelle 17: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (1983-91; Quelle: eigene Darstellung) .....	111
Tabelle 18: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (1991-2000; Quelle: eigene Darstellung) .....	112
Tabelle 19: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (2001-11; Quelle: eigene Darstellung) .....	113
Tabelle 20: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (2011-13; Quelle: eigene Darstellung) .....	114
Tabelle 21: absolute und relative Anzahl der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter (1975-82) .....	115
Tabelle 22: absolute und relative Anzahl der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter (1983-91) .....	116
Tabelle 23: absolute und relative Anzahl der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter (1991-2000) .....	117
Tabelle 24: absolute und relative Anzahl der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter (2000-10) .....	118
Tabelle 25: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (2011-13) .....	119
Tabelle 26: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (1975 – 82).....	120

Tabelle 27: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (1983-91) .....	120
Tabelle 28: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (1991-2000) .....	121
Tabelle 29: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (2000-10) .....	121
Tabelle 30: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (2011-13) .....	122

#### **11.4. Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: relative Nennungen ausgewählter konjunkturbelebender Maßnahmen und Schlagwörter in den österreichischen Budgetreden sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden .....	77
Abbildung 2: relative Nennungen ausgewählter ausgabenseitiger Maßnahmen und Schlagwörter zur Ankurbelung des Konsums sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden .....	79
Abbildung 3: relative Nennungen ausgewählter einnahmenseitiger Maßnahmen und Schlagwörter mit einnahmenseitiger Budgetbelastung sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden .....	80
Abbildung 4: Entwicklung der Abgaben (Quote von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen gemessen am BIP) zwischen 1975 und 2013) .....	82
Abbildung 5: relative Nennungen von stabilitäts- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen und Schlagwörtern sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden (eigene Darstellung).....	84
Abbildung 6: relative Nennung von Maßnahmen und Schlagwörtern einer restriktiven Fiskalpolitik sowie Vergleich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Indikatoren und Regierungsperioden .....	85
Abbildung 7: öffentliche Staatsschulden (in % des BIP) - Daten nur für ausgewählte Jahre vorhanden .....	87
Abbildung 8: relative Nennung von Maßnahmen und Schlagwörtern zur ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung (eigene Darstellung).....	88
Abbildung 9: Jährliches Budgetdefizit für die Jahre 1975 bis 2013.....	89
Abbildung 10: relative Nennung von Maßnahmen und Schlagwörtern zur einnahmenseitigen Budgetkonsolidierung (eigene Darstellung).....	91
Abbildung 11: Entwicklung der Abgaben (Quote von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen gemessen am BIP) seit 1975 .....	91
Abbildung 12: relative Nennung von Maßnahmen und Schlagwörtern zur Liberalisierung der staatlichen Eingriffe .....	92
Abbildung 13: Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik und Regionalentwicklung .....	94

## 11.5. Anhang

Im Anhang erfolgt die tabellarische Darstellung der absoluten und relativen Werte der Budgetreden innerhalb des Untersuchungszeitraumes. Um die Anzahl der Tabellen nicht maßlos ansteigen zu lassen, werden den untersuchten Maßnahmen Kürzel vergeben, die zu Beginn erläutert werden.

Tabelle 13: Abkürzungen der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter

<b>expFis</b>	<b>konjunkturbelebenden Fiskalpolitik als allgemeine Zielsetzung</b>	<b>expSuB</b>	<b>Expansive Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik</b>
expFis1	Betreibung einer (aktiven) Konjunkturpolitik	expSuB1	Gesamtstabilität erzielen
expFis2	Konjunkturbelebungs-/ Belebungsmaßnahmen/ konjunkturbelebende Politik	expSuB2	Fortsetzung der Stabilitätspolitik
expFis3	Forcierung einer expansiven Wirtschafts- und Budgetpolitik	expSuB3	hohes Beschäftigungsniveau halten/ aktive Beschäftigungspolitik
expFis4	Abkehr von Maßnahmen der restriktiven Budgetpolitik	expSuB4	Verhinderung von Beschäftigungseinbrüchen
expFis5	Inkaufnahme einer Defiziterhöhung/ Anstieg des Defizits	expSuB5	Vollbeschäftigung (Erhaltung/Sicherung)
expFis6	Anstieg der Staats- /Finanzschulden/ Neuverschuldung als	expSuB6	Sicherung der Arbeitsplätze/ Beschäftigung
expFis7	Ankurbelung der gesamtwirtschaftliche Nachfrage	expSuB7	Schaffung neuer Arbeitsplätze
<b>AusSA</b>	<b>Staatausgaben: Ausdehnung der öffentlichen Investitionen</b>	expSuB8	Aktive Arbeitsmarktpolitik/ Arbeitsmarktförderung
AusSA1	Erhöhung der Investitionen	<b>SenkSE</b>	<b>Senkung der Staatseinnahmen:</b>
AusSA2	Maßnahmen zur Investitionsbelebungs / Investitionsoffensive	SenkSE1	Entlastung (der Steuerzahler)/ Belastung senken
AusSA3	staatliche Stimulierung der Wirtschaft	SenkSE2	Steuersenkung/ Steuerentlastung
AusSA4	Erhöhung der Staatsausgaben/ zusätzliche Staatsausgaben/ Mehrausgaben	SenkSE3	Senkung der Abgabenquote
AusSA5	Ausdehnung/Erhöhung von Subventionen	SenkSE4	Geldwertstabilität sichern/ fortsetzen
AusSA6	Ausdehnung/von Beihilfen	SenkSE5	hohe Investitionsquote
AusSA7	Erhöhung von Zuschüssen	SenkSE6	Fortsetzung der Hartwährungspolitik
AusSA8	Erhöhung von Zulagen/ Freibeträgen	SenkSE7	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
AusSA9	Ausdehnung von Förderungen	SenkSE8	kurzfristige Periode
		SenkSE9	hohe Exportrate/ Förderung der Exporte

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 14: Abkürzungen der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter

restFis	Anwendung restriktiver Fiskalpolitik zur Eindämmung der Staatsschulden	EinspSA	Staatsausgaben: Einsparungen zum Abbau des Budgetdefizits
restFis1	restriktive Budgetpolitik/ restriktive	EinspSA1	Sparmaßnahmen/Sparbudget
restFis2	vorsichtiger Budgetkurs/ verantwortungsvolle	EinspSA2	Reduzierung von Investitionen
restFis3	Budgetentlastung	EinspSA3	Reduzierung von Zuschüssen
restFis4	(Fortsetzung der) Konsolidierung	EinspSA4	Sparsamkeit/ Einsparungen
restFis5	(ausgabenseitige) (Budget-)Sanierung	EinspSA5	ausgabenseitige Kürzungen
restFis6	Staatsverschuldung	EinspSA6	Verringerung von Förderungen/Förderausgaben/Zuschüssen
restFis7	Staatsausgaben einschränken/ Ausgabenreduktion	EinspSA7	Reduktion bzw. Evaluierung von Subventionen
restFis8	Ausgabendisziplin/	EinspSA8	Rationalisierung
restFis9	Absenkung der Ausgabendynamik	<b>Lib</b>	<b>Liberalisierung des staatlichen Handelns</b>
restFis1	Defizit einschränken/ verringern/	Lib1	Flexibilität der Finanzpolitik/Wirtschaftspolitik/
restFis1	Defizitstabilisierung/	Lib2	Flexibilisierung
restFis1	Nulldefizit	Lib3	wirtschaftliche Regeln/ Regulierung/
<b>ErhSE</b>	<b>Erhöhung der Staatseinnahmen</b>	Lib4	Rücknahme von staatlichen Aktivitäten
ErhSE1	Erhöhung von Abgaben/Beiträgen/Gebühren	Lib5	Privatisierung bzw. Ausgliederung von staatsnahen Betrieben
ErhSE2	Steuererhöhung		
ErhSE3	Einführung neuer Steuern		

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 15: Abkürzungen der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik

Reg	Regionalpolitische Instrumente	Reg	Schlagwörter
Reg4		Reg4	Förderung für KMUs (Klein- und Mittelbetriebe)
Reg1	Maßnahmen und (Sonder-)programme zur	Reg5	Unterstützung zur Strukturanpassung/ Maßnahmen zur Strukturverbesserung im regionalen
Reg2	Stärkung des ländlichen Raumes	Reg6	Ausbau der regionalen Infrastruktur
Reg3	Agrarförderung/ Agrarsubvention/ Förderung der Landwirtschaft	Reg4	Förderung für KMUs (Klein- und Mittelbetriebe)

Quelle: eigene Darstellung

weitere Abkürzungen: BR 1975 (1976) = Budgetrede 1975 für das Jahr 1976, abs./rel. (6441) = absolute/relative Anzahl der Nennungen (in Klammer die Länge der Budgetrede in Wörtern)

Tabelle 16: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (1975-82; Quelle: eigene Darstellung)

	BR 1975 (1976)		BR 1976 (1977)		BR 1977 (1978)		BR 1978 (1979)		BR 1979 (1980)		BR 1980 (1981)		BR 1981 (1982)		BR 1982 (1983)	
	abs.	rel. (6441)	abs.	rel. (7450)	abs.	rel. (7262)	abs.	rel. (8610)	abs.	rel. (8761)	abs.	rel. (7668)	abs.	rel. (7094)	abs.	rel. (6277)
<b>expFis</b>	<b>6</b>	<b>0,93</b>	<b>15</b>	<b>2,01</b>	<b>4</b>	<b>0,55</b>	<b>7</b>	<b>0,81</b>	<b>6</b>	<b>0,68</b>	<b>4</b>	<b>0,52</b>	<b>3</b>	<b>0,42</b>	<b>4</b>	<b>0,64</b>
expFis1	1	0,16	1	0,13	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis2	2	0,31	5	0,67	1	0,14	3	0,35	2	0,27	2	0,26	1	0,14	1	0,16
expFis3	2	0,31	2	0,27	0	0,00	1	0,12	2	0,27	1	0,13	1	0,14	1	0,16
expFis4	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,16
expFis5	0	0,00	2	0,27	1	0,14	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	1	0,16
expFis6	0	0,00	1	0,13	0	0,00	1	0,12	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis7	1	0,16	3	0,40	1	0,14	2	0,23	0	0,00	1	0,13	1	0,14	0	0,00
<b>AusSA</b>	<b>3</b>	<b>0,47</b>	<b>3</b>	<b>0,40</b>	<b>15</b>	<b>2,07</b>	<b>19</b>	<b>2,21</b>	<b>9</b>	<b>1,21</b>	<b>6</b>	<b>0,78</b>	<b>12</b>	<b>1,69</b>	<b>7</b>	<b>1,12</b>
AusSA1	1	0,16	1	0,13	4	0,55	0	0,00	2	0,27	0	0,00	1	0,14	2	0,32
AusSA2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,23	2	0,27	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA3	0	0,00	0	0,00	1	0,14	1	0,12	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,16
AusSA4	2	0,31	0	0,00	0	0,00	4	0,46	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,16
AusSA5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA6	0	0,00	1	0,13	0	0,00	7	0,81	0	0,00	0	0,00	2	0,28	1	0,16
AusSA7	0	0,00	0	0,00	1	0,14	1	0,12	0	0,00	1	0,13	1	0,14	0	0,00
AusSA8	0	0,00	0	0,00	0	0,00	4	0,46	0	0,00	1	0,13	0	0,00	1	0,16
AusSA9	0	0,00	1	0,13	9	1,24	0	0,00	5	0,67	4	0,52	8	1,13	1	0,16
<b>expSuB</b>	<b>24</b>	<b>3,73</b>	<b>9</b>	<b>1,21</b>	<b>6</b>	<b>0,83</b>	<b>13</b>	<b>1,51</b>	<b>16</b>	<b>2,15</b>	<b>24</b>	<b>3,13</b>	<b>18</b>	<b>2,54</b>	<b>9</b>	<b>1,43</b>
expSuB1	2	0,31	1	0,13	0	0,00	4	0,46	2	0,27	1	0,13	0	0,00	3	0,48
expSuB2	3	0,47	0	0,00	0	0,00	1	0,12	1	0,13	2	0,26	1	0,14	1	0,16
expSuB3	5	0,78	1	0,13	2	0,28	2	0,23	1	0,13	3	0,39	0	0,00	0	0,00
expSuB4	1	0,16	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	1	0,14	0	0,00
expSuB5	0	0,00	1	0,13	1	0,14	3	0,35	8	1,07	10	1,30	11	1,55	0	0,00
expSuB6	12	1,86	3	0,40	3	0,41	3	0,35	2	0,27	4	0,52	1	0,14	1	0,16
expSuB7	0	0,00	2	0,27	0	0,00	0	0,00	2	0,27	1	0,13	3	0,42	3	0,48
expSuB8	1	0,16	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,26	1	0,14	1	0,16
<b>SenkSE</b>	<b>1</b>	<b>0,16</b>	<b>1</b>	<b>0,13</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>	<b>5</b>	<b>0,58</b>	<b>8</b>	<b>1,07</b>	<b>5</b>	<b>0,65</b>	<b>4</b>	<b>0,56</b>	<b>4</b>	<b>0,64</b>
SenkSE1	1	0,16	0	0,00	1	0,14	4	0,46	4	0,54	4	0,52	2	0,28	1	0,16
SenkSE2	0	0,00	1	0,13	0	0,00	1	0,12	4	0,54	1	0,13	2	0,28	2	0,32
SenkSE3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,16
SenkSE4	1	0,16	1	0,13	1	0,14	1	0,12	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE5	1	0,16	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE6	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,35	1	0,13	3	0,39	0	0,00	1	0,16
SenkSE7	1	0,16	0	0,00	0	0,00	4	0,46	2	0,27	1	0,13	1	0,14	1	0,16
SenkSE8	3	0,47	1	0,13	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,28	2	0,32
SenkSE9	1	0,16	2	0,27	2	0,28	3	0,35	1	0,13	3	0,39	0	0,00	1	0,16

Tabelle 17: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (1983-91; Quelle: eigene Darstellung)

	BR 1983 (1984)		BR 1984 (1985)		BR 1985 (1986)		BR 1987 (1987)		BR 1987 (1988)		BR 1988 (1989)		BR 1989 (1990)		BR 1991 (1991)	
	abs.	rel. (4382)	abs.	rel. (5796)	abs.	rel. (7261)	abs.	rel. (4434)	abs.	rel. (4369)	abs.	rel. (3794)	abs.	rel. (7511)	abs.	rel. (7001)
<b>expFis</b>	<b>1</b>	<b>0,23</b>	<b>1</b>	<b>0,17</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>	<b>1</b>	<b>0,23</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>0,53</b>	<b>1</b>	<b>0,13</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>
expFis1	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis2	0	0,00	1	0,17	0	0,00	1	0,23	0	0,00	1	0,26	0	0,00	0	0,00
expFis3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis4	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis5	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis6	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	1	0,14
expFis7	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,26	0	0,00	0	0,00
<b>AusSA</b>	<b>14</b>	<b>3,19</b>	<b>9</b>	<b>1,55</b>	<b>7</b>	<b>0,96</b>	<b>6</b>	<b>1,35</b>	<b>7</b>	<b>1,60</b>	<b>9</b>	<b>2,37</b>	<b>4</b>	<b>0,53</b>	<b>5</b>	<b>0,71</b>
AusSA1	0	0,00	2	0,35	1	0,14	1	0,23	3	0,69	1	0,26	1	0,13	0	0,00
AusSA2	4	0,91	1	0,17	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,14
AusSA3	2	0,46	3	0,52	0	0,00	2	0,45	0	0,00	3	0,79	1	0,13	2	0,29
AusSA4	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00	1	0,23	0	0,00	0	0,00	2	0,29
AusSA5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA6	1	0,23	1	0,17	2	0,28	2	0,45	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00
AusSA7	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA8	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,26	0	0,00	0	0,00
AusSA9	6	1,37	2	0,35	3	0,41	1	0,23	2	0,46	4	1,05	1	0,13	0	0,00
<b>expSuB</b>	<b>14</b>	<b>3,19</b>	<b>3</b>	<b>0,52</b>	<b>6</b>	<b>0,83</b>	<b>4</b>	<b>0,90</b>	<b>6</b>	<b>1,37</b>	<b>5</b>	<b>1,32</b>	<b>3</b>	<b>0,40</b>	<b>6</b>	<b>0,86</b>
expSuB1	0	0,00	1	0,17	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	4	0,57
expSuB2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,14
expSuB3	3	0,68	1	0,17	2	0,28	0	0,00	1	0,23	4	1,05	2	0,27	1	0,14
expSuB4	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expSuB5	2	0,46	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00
expSuB6	4	0,91	1	0,17	3	0,41	2	0,45	1	0,23	1	0,26	0	0,00	0	0,00
expSuB7	4	0,91	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expSuB8	1	0,23	0	0,00	1	0,14	1	0,23	3	0,69	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>SenkSE</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>0,35</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>4</b>	<b>0,90</b>	<b>1</b>	<b>0,23</b>	<b>2</b>	<b>0,53</b>	<b>3</b>	<b>0,40</b>	<b>2</b>	<b>0,29</b>
SenkSE1	0	0,00	2	0,35	0	0,00	0	0,00	1	0,23	2	0,53	2	0,27	2	0,29
SenkSE2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	4	0,90	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00
SenkSE3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE4	0	0,00	0	0,00	2	0,28	1	0,23	1	0,23	0	0,00	1	0,13	0	0,00
SenkSE5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE6	0	0,00	0	0,00	2	0,28	0	0,00	0	0,00	0	0,00	4	0,53	1	0,14
SenkSE7	0	0,00	0	0,00	2	0,28	3	0,68	3	0,69	3	0,79	1	0,13	1	0,14
SenkSE8	1	0,23	0	0,00	0	0,00	1	0,23	1	0,23	0	0,00	1	0,13	1	0,14
SenkSE9	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,26	1	0,13	1	0,14

Tabelle 18: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (1991-2000; Quelle: eigene Darstellung)

	BR 1991 (1992)		BR 1992		BR 1993 (1994)		BR 1995 (1995)		BR 1996 (96,97)		BR 1997 (1998)		BR 1998 (1999)		BR 2000 I (2000)	
	abs.	rel. (6943)	abs.	rel. (5109)	abs.	rel. (6458)	abs.	rel. (6319)	abs.	rel. (7997)	abs.	rel. (7036)	abs.	rel. (5566)	abs.	rel. (5386)
<b>expFis</b>	<b>2</b>	<b>0,29</b>	<b>1</b>	<b>0,20</b>	<b>4</b>	<b>0,62</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>3</b>	<b>0,38</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,18</b>	<b>1</b>	<b>0,19</b>
expFis1	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,18	1	0,19
expFis3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis4	0	0,00	0	0,00	1	0,15	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis5	0	0,00	0	0,00	1	0,15	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis6	2	0,29	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis7	0	0,00	1	0,20	2	0,31	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>AusSA</b>	<b>5</b>	<b>0,72</b>	<b>6</b>	<b>1,17</b>	<b>14</b>	<b>2,17</b>	<b>7</b>	<b>1,11</b>	<b>15</b>	<b>1,88</b>	<b>8</b>	<b>1,14</b>	<b>10</b>	<b>1,80</b>	<b>4</b>	<b>0,74</b>
AusSA1	0	0,00	1	0,20	1	0,15	1	0,16	4	0,50	1	0,14	2	0,36	1	0,19
AusSA2	1	0,14	1	0,20	2	0,31	0	0,00	5	0,63	0	0,00	1	0,18	0	0,00
AusSA3	0	0,00	1	0,20	5	0,77	0	0,00	0	0,00	4	0,57	4	0,72	1	0,19
AusSA4	4	0,58	0	0,00	1	0,15	1	0,16	0	0,00	3	0,43	0	0,00	0	0,00
AusSA5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA6	0	0,00	0	0,00	1	0,15	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA7	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,16	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA8	0	0,00	0	0,00	2	0,31	4	0,63	2	0,25	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA9	0	0,00	3	0,59	2	0,31	0	0,00	4	0,50	0	0,00	3	0,54	2	0,37
<b>expSuB</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>	<b>5</b>	<b>0,98</b>	<b>9</b>	<b>1,39</b>	<b>11</b>	<b>1,74</b>	<b>16</b>	<b>2,00</b>	<b>8</b>	<b>1,14</b>	<b>21</b>	<b>3,77</b>	<b>8</b>	<b>1,49</b>
expSuB1	1	0,14	4	0,78	2	0,31	3	0,47	0	0,00	2	0,28	3	0,54	1	0,19
expSuB2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,47	0	0,00	1	0,14	3	0,54	1	0,19
expSuB3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,32	6	0,75	3	0,43	5	0,90	1	0,19
expSuB4	0	0,00	0	0,00	1	0,15	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expSuB5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,16	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,19
expSuB6	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,16	4	0,50	1	0,14	3	0,54	3	0,56
expSuB7	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,38	0	0,00	3	0,54	1	0,19
expSuB8	0	0,00	1	0,20	6	0,93	1	0,16	3	0,38	1	0,14	4	0,72	0	0,00
<b>SenkSE</b>	<b>4</b>	<b>0,58</b>	<b>3</b>	<b>0,59</b>	<b>10</b>	<b>1,55</b>	<b>1</b>	<b>0,16</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>	<b>3</b>	<b>0,54</b>	<b>2</b>	<b>0,37</b>
SenkSE1	3	0,43	3	0,59	8	1,24	0	0,00	0	0,00	1	0,14	3	0,54	2	0,37
SenkSE2	0	0,00	0	0,00	2	0,31	1	0,16	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE3	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE4	0	0,00	2	0,39	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE6	0	0,00	3	0,59	1	0,15	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE7	1	0,14	2	0,39	2	0,31	1	0,16	0	0,00	4	0,57	0	0,00	1	0,19
SenkSE8	3	0,43	1	0,20	0	0,00	1	0,16	0	0,00	0	0,00	1	0,18	1	0,19
SenkSE9	0	0,00	1	0,20	0	0,00	1	0,16	2	0,25	3	0,43	6	1,08	0	0,00

Tabelle 19: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (2001-11; Quelle: eigene Darstellung)

	BR 2000 II (2001)		BR 2001 (2002)		BR 2003 (03, 04)		BR 2004 (2005)		BR 2005 (2006)		BR 2007 (07, 08)		BR 2009 (09, 10)		BR 2010 (2011)	
	abs.	rel. (8562)	abs.	rel. (10036)	abs.	rel. (10653)	abs.	rel. (7443)	abs.	rel. (7733)	abs.	rel. (8696)	abs.	rel. (9273)	abs.	rel. (10196)
<b>expFis</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>5</b>	<b>0,50</b>	<b>5</b>	<b>0,47</b>	<b>2</b>	<b>0,27</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>3</b>	<b>0,34</b>	<b>3</b>	<b>0,32</b>	<b>1</b>	<b>0,10</b>
expFis1	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis2	0	0,00	3	0,30	1	0,09	1	0,13	0	0,00	1	0,11	0	0,00	1	0,10
expFis3	0	0,00	0	0,00	1	0,09	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis4	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis5	0	0,00	0	0,00	3	0,28	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis6	0	0,00	1	0,10	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11	3	0,32	0	0,00
expFis7	0	0,00	1	0,10	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11	0	0,00	0	0,00
<b>AusSA</b>	<b>8</b>	<b>0,93</b>	<b>21</b>	<b>2,09</b>	<b>8</b>	<b>0,75</b>	<b>7</b>	<b>0,94</b>	<b>10</b>	<b>1,29</b>	<b>28</b>	<b>3,22</b>	<b>8</b>	<b>0,86</b>	<b>12</b>	<b>1,18</b>
AusSA1	4	0,47	5	0,50	0	0,00	1	0,13	2	0,26	4	0,46	2	0,22	1	0,10
AusSA2	1	0,12	2	0,20	2	0,19	2	0,27	3	0,39	2	0,23	0	0,00	0	0,00
AusSA3	1	0,12	6	0,60	1	0,09	0	0,00	1	0,13	2	0,23	0	0,00	2	0,20
AusSA4	1	0,12	3	0,30	2	0,19	1	0,13	1	0,13	9	1,03	2	0,22	5	0,49
AusSA5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA6	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,27	1	0,13	1	0,11	0	0,00	0	0,00
AusSA7	0	0,00	2	0,20	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,34	2	0,22	2	0,20
AusSA8	0	0,00	0	0,00	1	0,09	0	0,00	1	0,13	2	0,23	0	0,00	0	0,00
AusSA9	1	0,12	3	0,30	2	0,19	1	0,13	1	0,13	5	0,57	2	0,22	2	0,20
<b>expSuB</b>	<b>11</b>	<b>1,28</b>	<b>21</b>	<b>2,09</b>	<b>14</b>	<b>1,31</b>	<b>11</b>	<b>1,48</b>	<b>9</b>	<b>1,16</b>	<b>12</b>	<b>1,38</b>	<b>4</b>	<b>0,43</b>	<b>11</b>	<b>1,08</b>
expSuB1	2	0,23	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	1	0,11	2	0,20
expSuB2	0	0,00	2	0,20	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,10
expSuB3	3	0,35	8	0,80	5	0,47	4	0,54	0	0,00	3	0,34	0	0,00	3	0,29
expSuB4	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11	0	0,00	0	0,00
expSuB5	4	0,47	2	0,20	1	0,09	2	0,27	4	0,52	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expSuB6	1	0,12	1	0,10	1	0,09	0	0,00	4	0,52	3	0,34	2	0,22	2	0,20
expSuB7	1	0,12	3	0,30	3	0,28	2	0,27	0	0,00	1	0,11	1	0,11	1	0,10
expSuB8	0	0,00	5	0,50	4	0,38	2	0,27	1	0,13	4	0,46	0	0,00	2	0,20
<b>SenkSE</b>	<b>4</b>	<b>0,47</b>	<b>15</b>	<b>1,49</b>	<b>26</b>	<b>2,44</b>	<b>17</b>	<b>2,28</b>	<b>5</b>	<b>0,65</b>	<b>8</b>	<b>0,92</b>	<b>2</b>	<b>0,22</b>	<b>7</b>	<b>0,69</b>
SenkSE1	4	0,47	10	1,00	21	1,97	13	1,75	2	0,26	7	0,80	2	0,22	5	0,49
SenkSE2	0	0,00	4	0,40	2	0,19	1	0,13	2	0,26	1	0,11	0	0,00	2	0,20
SenkSE3	0	0,00	1	0,10	3	0,28	3	0,40	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE4	1	0,12	2	0,20	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11	1	0,10
SenkSE5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE6	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE7	2	0,23	1	0,10	1	0,09	0	0,00	0	0,00	1	0,11	2	0,22	3	0,29
SenkSE8	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE9	1	0,12	3	0,30	1	0,09	1	0,13	2	0,26	0	0,00	0	0,00	0	0,00

Tabelle 20: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (2011-13; Quelle: eigene Darstellung)

	BR 2011 (2012)		BR 2012 (2013)		BR 2013 (2014, 2015)	
	abs.	rel. (10196)	abs.	rel. (7899)	abs.	rel. (8343)
<b>expFis</b>	<b>1</b>	<b>0,10</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
expFis1	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis2	1	0,10	0	0,00	0	0,00
expFis3	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis4	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis5	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis6	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expFis7	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>AusSA</b>	<b>12</b>	<b>1,18</b>	<b>9</b>	<b>1,14</b>	<b>9</b>	<b>1,08</b>
AusSA1	1	0,10	0	0,00	1	0,12
AusSA2	0	0,00	2	0,25	1	0,12
AusSA3	2	0,20	5	0,63	4	0,48
AusSA4	5	0,49	0	0,00	0	0,00
AusSA5	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA6	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA7	2	0,20	0	0,00	1	0,12
AusSA8	0	0,00	0	0,00	0	0,00
AusSA9	2	0,20	2	0,25	2	0,24
<b>expSuB</b>	<b>11</b>	<b>1,08</b>	<b>10</b>	<b>1,27</b>	<b>12</b>	<b>1,44</b>
expSuB1	2	0,20	1	0,13	2	0,24
expSuB2	1	0,10	1	0,13	1	0,12
expSuB3	3	0,29	1	0,13	2	0,24
expSuB4	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expSuB5	0	0,00	0	0,00	0	0,00
expSuB6	2	0,20	3	0,38	3	0,36
expSuB7	1	0,10	2	0,25	2	0,24
expSuB8	2	0,20	2	0,25	2	0,24
<b>SenkSE</b>	<b>7</b>	<b>0,69</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
SenkSE1	5	0,49	0	0,00	0	0,00
SenkSE2	2	0,20	0	0,00	0	0,00
SenkSE3	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE4	1	0,10	0	0,00	2	0,24
SenkSE5	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE6	0	0,00	0	0,00	0	0,00
SenkSE7	3	0,29	2	0,25	1	0,12
SenkSE8	0	0,00	0	0,00	1	0,12
SenkSE9	0	0,00	1	0,13	0	0,00

Tabelle 21: absolute und relative Anzahl der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter (1975-82)

	BR 1975 (1976)		BR 1976 (1977)		BR 1977 (1978)		BR 1978 (1979)		BR 1979 (1980)		BR 1980 (1981)		BR 1981 (1982)		BR 1982 (1983)	
	abs.	rel. (6441)	abs.	rel. (7450)	abs.	rel. (7262)	abs.	rel. (8610)	abs.	rel. (8761)	abs.	rel. (7668)	abs.	rel. (7094)	abs.	rel. (6277)
<b>restFis</b>	<b>6</b>	<b>0,93</b>	<b>5</b>	<b>0,67</b>	<b>5</b>	<b>0,69</b>	<b>12</b>	<b>1,39</b>	<b>6</b>	<b>0,81</b>	<b>12</b>	<b>1,56</b>	<b>8</b>	<b>1,13</b>	<b>2</b>	<b>0,32</b>
restFis1	2	0,31	0	0,00	0	0,00	2	0,23	1	0,13	5	0,65	2	0,28	2	0,32
restFis2	0	0,00	2	0,27	1	0,14	1	0,12	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis3	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00	2	0,27	2	0,26	0	0,00	0	0,00
restFis4	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis6	1	0,16	1	0,13	1	0,14	1	0,12	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis7	1	0,16	1	0,13	1	0,14	2	0,23	0	0,00	0	0,00	4	0,56	0	0,00
restFis8	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis9	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis10	2	0,31	1	0,13	1	0,14	5	0,58	2	0,27	5	0,65	2	0,28	0	0,00
restFis11	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,12	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis12	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>EinspSA</b>	<b>12</b>	<b>1,86</b>	<b>9</b>	<b>1,21</b>	<b>7</b>	<b>0,96</b>	<b>16</b>	<b>1,86</b>	<b>4</b>	<b>0,54</b>	<b>8</b>	<b>1,04</b>	<b>8</b>	<b>1,13</b>	<b>5</b>	<b>0,80</b>
EinspSA1	1	0,16	0	0,00	0	0,00	3	0,35	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00
EinspSA2	0	0,00	1	0,13	1	0,14	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA3	0	0,00	0	0,00	1	0,14	3	0,35	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA4	8	1,24	5	0,67	0	0,00	6	0,70	0	0,00	5	0,65	6	0,85	4	0,64
EinspSA5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,39	0	0,00	0	0,00
EinspSA6	1	0,16	2	0,27	3	0,41	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA7	1	0,16	1	0,13	2	0,28	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,14	1	0,16
EinspSA8	1	0,16	0	0,00	0	0,00	4	0,46	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>ErhSE</b>	<b>2</b>	<b>0,28</b>	<b>9</b>	<b>1,24</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>	<b>4</b>	<b>0,46</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>0,26</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
ErhSE1	2	0,31	8	1,07	1	0,14	0	0,00	0	0,00	2	0,26	0	0,00	0	0,00
ErhSE2	0	0,00	1	0,13	0	0,00	4	0,46	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
ErhSE3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Lib</b>	<b>2</b>	<b>0,31</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>0,28</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>								
Lib1	1	0,16	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00
Lib2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib3	1	0,16	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib4	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 22: absolute und relative Anzahl der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter (1983-91)

	BR 1983 (1984)		BR 1984 (1985)		BR 1985 (1986)		BR 1987 (1987)		BR 1987 (1988)		BR 1988 (1989)		BR 1989 (1990)		BR 1991 (1991)	
	abs.	rel. (4382)	abs.	rel. (5796)	abs.	rel. (7261)	abs.	rel. (4434)	abs.	rel. (4382)	abs.	rel. (5796)	abs.	rel. (7261)	abs.	rel. (4434)
<b>restFis</b>	<b>19</b>	<b>4,34</b>	<b>10</b>	<b>1,73</b>	<b>28</b>	<b>3,86</b>	<b>29</b>	<b>6,54</b>	<b>12</b>	<b>2,75</b>	<b>10</b>	<b>2,64</b>	<b>19</b>	<b>2,53</b>	<b>16</b>	<b>2,29</b>
restFis1	0	0,00	0	0,00	4	0,55	1	0,23	1	0,23	0	0,00	1	0,13	0	0,00
restFis2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis3	3	0,68	1	0,17	2	0,28	1	0,23	3	0,69	0	0,00	1	0,13	0	0,00
restFis4	9	2,05	6	1,04	17	2,34	20	4,51	4	0,92	4	1,05	8	1,07	8	1,14
restFis5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis6	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00	0	0,00	1	0,26	3	0,40	1	0,14
restFis7	3	0,68	0	0,00	1	0,14	0	0,00	0	0,00	2	0,53	1	0,13	2	0,29
restFis8	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,23	0	0,00	1	0,26	1	0,13	1	0,14
restFis9	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,26	0	0,00	1	0,14
restFis10	4	0,91	3	0,52	2	0,28	5	1,13	4	0,92	1	0,26	3	0,40	3	0,43
restFis11	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00
restFis12	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>EinspSA</b>	<b>12</b>	<b>2,74</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>7</b>	<b>0,96</b>	<b>9</b>	<b>2,03</b>	<b>8</b>	<b>1,83</b>	<b>2</b>	<b>0,53</b>	<b>7</b>	<b>0,93</b>	<b>15</b>	<b>2,14</b>
EinspSA1	0	0,00	0	0,00	1	0,14	2	0,45	1	0,23	0	0,00	0	0,00	4	0,57
EinspSA2	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,14
EinspSA3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,69	0	0,00	1	0,13	0	0,00
EinspSA4	7	1,60	0	0,00	1	0,14	4	0,90	1	0,23	0	0,00	4	0,53	8	1,14
EinspSA5	2	0,46	0	0,00	2	0,28	3	0,68	1	0,23	0	0,00	0	0,00	1	0,14
EinspSA6	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,23	1	0,26	0	0,00	0	0,00
EinspSA7	2	0,46	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,26	0	0,00	0	0,00
EinspSA8	0	0,00	0	0,00	2	0,28	0	0,00	1	0,23	0	0,00	2	0,27	1	0,14
<b>ErhSE</b>	<b>9</b>	<b>2,05</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,23</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>0,27</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>
ErhSE1	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,23	0	0,00	1	0,13	1	0,14
ErhSE2	2	0,46	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
ErhSE3	6	1,37	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00
<b>Lib</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>0,35</b>	<b>5</b>	<b>0,69</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>0,53</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>6</b>	<b>0,86</b>
Lib1	0	0,00	2	0,35	4	0,55	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,14
Lib4	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib5	0	0,00	0	0,00	1	0,14	0	0,00	0	0,00	2	0,53	0	0,00	5	0,71

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 23: absolute und relative Anzahl der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter (1991-2000)

	BR 1991 (1992)		BR 1992		BR 1993 (1994)		BR 1995 (1995)		BR 1996 (96,97)		BR 1997 (1998)		BR 1998 (1999)		BR 2000 I (2000)	
	abs.	rel. (6943)	abs.	rel. (5109)	abs.	rel. (6458)	abs.	rel. (6319)	abs.	rel. (6943)	abs.	rel. (5109)	abs.	rel. (6458)	abs.	rel. (6319)
<b>restFis</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,13</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
restFis1	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis2	2	0,29	3	0,59	1	0,15	0	0,00	1	0,13	2	0,28	0	0,00	0	0,00
restFis3	23	3,31	5	0,98	3	0,46	9	1,42	28	3,50	6	0,85	4	0,72	3	0,56
restFis4	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,25	0	0,00	0	0,00	2	0,37
restFis5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	2	0,28	0	0,00	1	0,19
restFis6	1	0,14	2	0,39	0	0,00	1	0,16	5	0,63	2	0,28	0	0,00	2	0,37
restFis7	1	0,14	0	0,00	2	0,31	0	0,00	0	0,00	1	0,14	1	0,18	0	0,00
restFis8	2	0,29	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	2	0,28	0	0,00	0	0,00
restFis9	2	0,29	0	0,00	4	0,62	1	0,16	2	0,25	3	0,43	4	0,72	0	0,00
restFis10	0	0,00	0	0,00	0	0,00	5	0,79	3	0,38	1	0,14	0	0,00	0	0,00
restFis11	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis12	5	0,72	0	0,00	7	1,08	11	1,74	30	3,75	2	0,28	1	0,18	9	1,67
<b>EinspSA</b>	<b>2</b>	<b>0,29</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>0,31</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,13</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>3</b>	<b>0,56</b>
EinspSA1	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,32	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,38	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA3	2	0,29	0	0,00	3	0,46	4	0,63	20	2,50	1	0,14	1	0,18	5	0,93
EinspSA4	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,38	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,47	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA6	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,25	0	0,00	0	0,00	1	0,19
EinspSA7	0	0,00	0	0,00	2	0,31	2	0,32	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA8	3	0,43	8	1,57	7	1,08	5	0,79	4	0,50	1	0,14	0	0,00	3	0,56
<b>ErhSE</b>	<b>3</b>	<b>0,43</b>	<b>6</b>	<b>1,17</b>	<b>4</b>	<b>0,62</b>	<b>3</b>	<b>0,47</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>3</b>	<b>0,56</b>
ErhSE1	0	0,00	2	0,39	2	0,31	2	0,32	3	0,38	0	0,00	0	0,00	0	0,00
ErhSE2	0	0,00	0	0,00	1	0,15	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00
ErhSE3	12	1,73	2	0,39	3	0,46	1	0,16	6	0,75	4	0,57	6	1,08	10	1,86
<b>Lib</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,16</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
Lib1	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	4	0,72	0	0,00
Lib3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,19
Lib4	12	1,73	2	0,39	3	0,46	0	0,00	6	0,75	4	0,57	2	0,36	9	1,67
Lib5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 24: absolute und relative Anzahl der restriktiven Maßnahmen und Schlagwörter (2000-10)

	BR 2000 II (2001)		BR 2001 (2002)		BR 2003 (03, 04)		BR 2004 (2005)		BR 2005 (2006)		BR 2007 (07, 08)		BR 2009 (09, 10)		BR 2010 (2011)	
	abs.	rel. (7095)	abs.	rel. (8562)	abs.	rel. (10036)	abs.	rel. (10653)	abs.	rel. (7443)	abs.	rel. (7733)	abs.	rel. (8696)	abs.	rel. (9273)
<b>restFis</b>	<b>38</b>	<b>5,36</b>	<b>44</b>	<b>5,14</b>	<b>17</b>	<b>1,69</b>	<b>7</b>	<b>0,66</b>	<b>15</b>	<b>2,02</b>	<b>6</b>	<b>0,78</b>	<b>6</b>	<b>0,69</b>	<b>22</b>	<b>2,37</b>
restFis1	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11	0	0,00
restFis2	0	0,00	1	0,12	1	0,10	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	1	0,11
restFis3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis4	16	2,26	13	1,52	5	0,50	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	9	0,97
restFis5	11	1,55	14	1,64	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11
restFis6	5	0,70	7	0,82	3	0,30	1	0,09	5	0,67	2	0,26	1	0,11	8	0,86
restFis7	4	0,56	3	0,35	3	0,30	1	0,09	2	0,27	1	0,13	1	0,11	3	0,32
restFis8	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	2	0,23	0	0,00
restFis9	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,09	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis10	0	0,00	1	0,12	1	0,10	1	0,09	3	0,40	1	0,13	1	0,11	0	0,00
restFis11	0	0,00	1	0,12	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis12	2	0,28	4	0,47	4	0,40	3	0,28	5	0,67	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>EinspSA</b>	<b>3</b>	<b>0,42</b>	<b>7</b>	<b>0,82</b>	<b>4</b>	<b>0,40</b>	<b>2</b>	<b>0,19</b>	<b>2</b>	<b>0,27</b>	<b>5</b>	<b>0,65</b>	<b>8</b>	<b>0,92</b>	<b>29</b>	<b>3,13</b>
EinspSA1	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,23	3	0,32
EinspSA2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11
EinspSA4	2	0,28	7	0,82	3	0,30	2	0,19	2	0,27	4	0,52	5	0,57	24	2,59
EinspSA5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00
EinspSA6	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11
EinspSA7	0	0,00	0	0,00	1	0,10	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA8	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11	0	0,00
<b>ErhSE</b>	<b>1</b>	<b>0,14</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,10</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,13</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>3</b>	<b>0,32</b>
ErhSE1	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,11
ErhSE2	0	0,00	0	0,00	1	0,10	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	2	0,22
ErhSE3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Lib</b>	<b>13</b>	<b>1,83</b>	<b>3</b>	<b>0,35</b>	<b>8</b>	<b>0,80</b>	<b>6</b>	<b>0,56</b>	<b>2</b>	<b>0,27</b>	<b>2</b>	<b>0,26</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>0,22</b>
Lib1	1	0,14	1	0,12	1	0,10	1	0,09	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00
Lib2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	0	0,00
Lib3	1	0,14	0	0,00	2	0,20	1	0,09	1	0,13	0	0,00	0	0,00	2	0,22
Lib4	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib5	10	1,41	2	0,23	5	0,50	4	0,38	1	0,13	0	0,00	0	0,00	0	0,00

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 25: absolute und relative Anzahl der expansiven Maßnahmen und Schlagwörter (2011-13)

	BR 2011 (2012)		BR 2012 (2013)		BR 2013 (2014, 2015)	
	abs.	rel. (10196)	abs.	rel. (7899)	abs.	rel. (8343)
<b>restFis</b>	<b>28</b>	<b>2,75</b>	<b>17</b>	<b>2,15</b>	<b>24</b>	<b>2,88</b>
restFis1	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis2	0	0,00	1	0,13	1	0,12
restFis3	0	0,00	0	0,00	0	0,00
restFis4	9	0,88	4	0,51	2	0,24
restFis5	1	0,10	1	0,13	1	0,12
restFis6	9	0,88	4	0,51	5	0,60
restFis7	0	0,00	1	0,13	2	0,24
restFis8	1	0,10	0	0,00	5	0,60
restFis9	2	0,20	0	0,00	0	0,00
restFis10	6	0,59	5	0,63	5	0,60
restFis11	0	0,00	1	0,13	2	0,24
restFis12	0	0,00	0	0,00	1	0,12
<b>EinspSA</b>	<b>8</b>	<b>0,78</b>	<b>10</b>	<b>1,27</b>	<b>9</b>	<b>1,08</b>
EinspSA1	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA2	1	0,10	0	0,00	0	0,00
EinspSA3	0	0,00	0	0,00	1	0,12
EinspSA4	7	0,69	9	1,14	7	0,84
EinspSA5	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA6	0	0,00	1	0,13	1	0,12
EinspSA7	0	0,00	0	0,00	0	0,00
EinspSA8	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>ErhSE</b>	<b>2</b>	<b>0,20</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
ErhSE1	1	0,10	0	0,00	0	0,00
ErhSE2	0	0,00	0	0,00	0	0,00
ErhSE3	1	0,10	0	0,00	0	0,00
<b>Lib</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>	<b>0,13</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
Lib1	0	0,00	1	0,13	0	0,00
Lib2	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib3	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib4	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Lib5	0	0,00	0	0,00	0	0,00

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 26: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (1975 – 82)

	BR 1975 (1976)		BR 1976 (1977)		BR 1977 (1978)		BR 1978 (1979)		BR 1979 (1980)		BR 1980 (1981)		BR 1981 (1982)		BR 1982 (1983)	
	abs.	rel. (4382)	abs.	rel. (5796)	abs.	rel. (7261)	abs.	rel. (4434)	abs.	rel. (4369)	abs.	rel. (3794)	abs.	rel. (7511)	abs.	rel. (7001)
<b>Reg</b>	<b>2</b>	<b>0,31</b>	<b>10</b>	<b>1,34</b>	<b>5</b>	<b>0,69</b>	<b>11</b>	<b>1,28</b>	<b>11</b>	<b>1,48</b>	<b>5</b>	<b>0,65</b>	<b>8</b>	<b>1,13</b>	<b>7</b>	<b>1,12</b>
Reg1	1	0,16	4	0,54	2	0,28	3	0,35	2	0,27	1	0,13	3	0,42	2	0,32
Reg2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,14	1	0,16
Reg3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,12	0	0,00	1	0,13	1	0,14	0	0,00
Reg4	1	0,16	2	0,27	2	0,28	1	0,12	2	0,27	2	0,26	1	0,14	1	0,16
Reg5	0	0,00	4	0,54	0	0,00	4	0,46	6	0,81	1	0,13	2	0,28	2	0,32
Reg6	0	0,00	0	0,00	1	0,14	2	0,23	1	0,13	0	0,00	0	0,00	1	0,16

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 27: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (1983-91)

	BR 1983 (1984)		BR 1984 (1985)		BR 1985 (1986)		BR 1987 (1987)		BR 1987 (1988)		BR 1988 (1989)		BR 1989 (1990)		BR 1991 (1991)	
	abs.	rel. (4382)	abs.	rel. (5796)	abs.	rel. (7261)	abs.	rel. (4434)	abs.	rel. (4369)	abs.	rel. (3794)	abs.	rel. (7511)	abs.	rel. (7001)
<b>Reg</b>	<b>3</b>	<b>0,68</b>	<b>7</b>	<b>1,21</b>	<b>2</b>	<b>0,28</b>	<b>3</b>	<b>0,68</b>	<b>2</b>	<b>0,46</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>3</b>	<b>0,40</b>	<b>4</b>	<b>0,57</b>
Reg1	1	0,23	2	0,35	1	0,14	1	0,23	1	0,23	0	0,00	0	0,00	2	0,29
Reg2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Reg3	0	0,00	1	0,17	0	0,00	2	0,45	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,14
Reg4	1	0,23	3	0,52	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Reg5	1	0,23	1	0,17	1	0,14	0	0,00	1	0,23	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Reg6	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,40	1	0,14

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 28: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (1991-2000)

	BR 1991 (1992)		BR 1992		BR 1993 (1994)		BR 1995 (1995)		BR 1996 (96,97)		BR 1997 (1998)		BR 1998 (1999)		BR 2000 I (2000)	
	abs.	rel. (6943)	abs.	rel. (5109)	abs.	rel. (6458)	abs.	rel. (6319)	abs.	rel. (7997)	abs.	rel. (7036)	abs.	rel. (5566)	abs.	rel. (5386)
<b>Reg</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>6</b>	<b>0,93</b>	<b>2</b>	<b>0,32</b>	<b>4</b>	<b>0,50</b>	<b>3</b>	<b>0,43</b>	<b>4</b>	<b>0,72</b>	<b>2</b>	<b>0,37</b>
Reg1	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Reg2	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Reg3	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	0	0,00	1	0,18	2	0,37
Reg4	0	0,00	0	0,00	2	0,31	0	0,00	1	0,13	0	0,00	1	0,18	0	0,00
Reg5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Reg6	0	0,00	0	0,00	4	0,62	2	0,32	2	0,25	3	0,43	2	0,36	0	0,00

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 29: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (2000-10)

	BR 2000 II (2001)		BR 2001 (2002)		BR 2003 (03, 04)		BR 2004 (2005)		BR 2005 (2006)		BR 2007 (07, 08)		BR 2009 (09, 10)		BR 2010 (2011)	
	abs.	rel. (7095)	abs.	rel. (8562)	abs.	rel. (10036)	abs.	rel. (10653)	abs.	rel. (7095)	abs.	rel. (8562)	abs.	rel. (10036)	abs.	rel. (5386)
<b>Reg</b>	<b>6</b>	<b>0,85</b>	<b>8</b>	<b>0,93</b>	<b>8</b>	<b>0,80</b>	<b>9</b>	<b>0,84</b>	<b>7</b>	<b>0,94</b>	<b>16</b>	<b>2,07</b>	<b>7</b>	<b>0,80</b>	<b>2</b>	<b>0,22</b>
Reg1	0	0,00	1	0,12	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,23	0	0,00
Reg2	1	0,14	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	0,13	4	0,52	1	0,11	1	0,11
Reg3	2	0,28	2	0,23	1	0,10	2	0,19	1	0,13	1	0,13	2	0,23	0	0,00
Reg4	1	0,14	2	0,23	4	0,40	4	0,38	2	0,27	3	0,39	0	0,00	0	0,00
Reg5	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Reg6	2	0,28	3	0,35	3	0,30	3	0,28	3	0,40	8	1,03	2	0,23	1	0,11

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 30: absolute und relative Anzahl der Maßnahmen und Schlagwörter zur Regionalpolitik (2011-13)

	BR 2011 (2012)		BR 2012 (2013)		BR 2013 (2014, 2015)	
	abs.	rel. (10196)	abs.	rel. (7899)	abs.	rel. (8343)
<b>Reg</b>	<b>5</b>	<b>0,49</b>	<b>5</b>	<b>0,63</b>	<b>7</b>	<b>0,84</b>
Reg1	1,00	0,10	1,00	0,13	1,00	0,12
Reg2	1	0,10	1	0,13	2	0,24
Reg3	1	0,10	1	0,13	1	0,12
Reg4	0	0,00	0	0,00	1	0,12
Reg5	0	0,00	1	0,13	0	0,00
Reg6	2	0,20	1	0,13	2	0,24

Quelle: eigene Darstellung